

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 25. August 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Bieteschel. 3.50 RM, monatl. 1.10 RM,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
blätter mit Illustration. Sonntags-
beilage. Die neue Zeit 10 Pfg. Welt-
Abonnement: 1.10 RM pro Monat.
Eingetragen in die Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich. Ungefähr
2 Mark für das übrige Ausland.
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteilte Geld außer Montag.

Die Interfons-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berichtsblätter 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (Zeil-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellengruppe und Schlaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
16 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Zulage für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraph.-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren.

Arg verspätet, wie immer in den letzten Jahren, sind endlich auch in die Jahresberichte über die sächsische Gewerbeaufsicht für 1907 erschienen. Diesmal ist die Verpätung um so mehr fühlbar, weil ohnehin über eine wirtschaftliche Periode berichtet wird, die sich von der jetzigen unterscheidet wie der Tag von der Nacht. Von glänzendem Geschäftsgange in fast allen Industriezweigen enthielt der Bericht Mitteilungen, die Fabriken waren überhäuft mit Aufträgen; es fehlte vielfach an Arbeitskräften, ja in der Textilindustrie war namentlich der Mangel an Arbeiterinnen zu einer Katastrophe geworden. Wie anders heute: Allenhalben herrscht in der sächsischen Industrie der Krisengeist, am schlimmsten ist es in den Spinnereien und Webereien, die so schwach beschäftigt sind, daß häufig nur einige Tage in der Woche gearbeitet werden konnte. Von der starken Nachfrage nach Arbeitskräften ist nichts mehr zu spüren, es sind im Gegenteil die Arbeitsnachweiskstellen mit Arbeitslosen belagert. Statt der fröhlichsten industriellen Tätigkeit im Berichtsjahre herrscht jetzt die bleierne Ruhe des geschäftlichen Niederganges und das schrecklichste aller sozialen Uebel: die Arbeitslosigkeit.

Kein Zweifel, im Jahre 1907, worüber die sächsischen Fabrikinspektoren diesmal ja nur berichten, stand die Wirtschaftskontunktur, wenigstens soweit die sächsische Industrie in Betracht kommt, auf einem vorher kaum erreichten Höhepunkte. Das wird auch bestätigt durch ein außerordentlich starkes Anwachsen der beschäftigten Arbeiter. Stieg doch die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter, die der heutige Unternehmer ja nur beschäftigt, wenn nicht anders geht, wenn entweder billige jugendliche oder weibliche Ausbeutungsobjekte nicht mehr vorhanden oder solche nicht zu verwenden sind, von 390 139 im Jahre 1906 auf 420 116 im Berichtsjahre, also um 29 777. Eine solche Vermehrung war in Sachsen noch nicht zu verzeichnen, was um so mehr in Betracht kommt, weil im Jahre 1906 auch schon ein besserer Geschäftsgang herrschte. Wenn die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen dagegen trotz allen Imports von auswärts nur um 8005 gestiegen ist, so nur deshalb, weil nicht mehr zu bekommen waren. Auffällig ist auch, daß die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Kinder unter 14 Jahren wieder im Steigen, nachdem in den letzten Jahren wohl infolge der Kinderschutzgesetze ein Rückgang zu beobachten war. Schon 1906 war aber wieder ein geringes Anwachsen um 35 zu verzeichnen, 1907 aber werden 445 Kinder unter 14 Jahren mehr in den Fabriken beschäftigt, nämlich insgesamt 1913. Daraus läßt sich wohl der Schluß ziehen, daß es die Unternehmer mehr und mehr verstehen, auch die Kinderarbeit in Fabriken trotz der gesetzlichen Einschränkungen profitabel zu gestalten und gleichzeitig das Gesetz gelegentlich zu umgehen.

Es wäre traurig um die Arbeiter bestellt, wenn es ihnen nicht gelänge, wenigstens in den Zeiten geschäftlicher Hochkonjunktur die Löhne und Arbeitsverhältnisse etwas zu verbessern. Diesmal wurden die Arbeiter ja durch die Teuerung noch besonders angepornt, Lohnerhöhungen zu ertrotzen. Man kann es daher wohl als richtig annehmen, wenn die sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten aus fast allen Bezirken und Industriezweigen Lohnerhöhungen berichten, die 5-20 Proz., in einzelnen Fällen auch bis zu 25 Proz. betragen haben sollen. Daß diese Erfolge hauptsächlich von den Arbeitern durch die Macht ihrer Organisationen errungen wurden, suchen die sächsischen Fabrikinspektoren in ihren Berichten nach Möglichkeit zu verschleiern, einzelne sehen sich aber doch veranlaßt, diese Tatsache wenigstens anzudeuten. So wird aus dem Leipziger Bezirke mitgeteilt, daß die Löhne eine zum Teil recht wesentliche Steigerung erfahren hätten, „zumeist freiwillig, nicht selten aber unter dem Drucke von Arbeiterbewegung und Umständen“. Wie den Einfluß der Gewerkschaftsorganisationen so unterschätzen die sächsischen Aufsichtsbeamten auch die schlimmen Wirkungen der Teuerung, die bei der Beurteilung der „wirtschaftlichen Lage der Arbeiter“ vielfach nicht einmal erwähnt wird. Einige haben dieses wichtige soziale Faktum aber doch nicht ganz ignorieren können. So wird aus dem Bautzener Bezirke mitgeteilt: Mit den gewährten oder erzwungenen Lohnerhöhungen, die 5-20 Proz., stellenweise aber auch mehr betragen, „haben die Preissteigerungen der Lebensmittel und der Gebrauchsgüter, insbesondere auch der Kohlen fast gleichen Schritt gehalten“. Ähnlich lassen sich auch einige andere Aufsichtsbeamte aus; die Inspektorin der Kreis-hauptmannschaft Dresden aber betont, daß „die Verteuerung der Lebensmittel von der arbeitenden Bevölkerung sehr hart empfunden wird.“ Tatsächlich liegen die Verhältnisse wohl so, daß die höheren Löhne durch die höheren Lebensmittelpreise zumeist aufgefressen worden sind. Ueberdies sind ja die höheren Arbeiterinkommen in den Zeiten guten Geschäftsganges zum guten Teil durch Überstundenarbeit und größere Anstrengungen bei Akkordfabrikation erreicht worden, denn diese herrscht ja in den meisten Industriezweigen vor.

Die vermehrte Anspannung der Kräfte, die die wirtschaftliche Hochkonjunktur für den Arbeiter mit sich bringt, hat in der Regel aber auch eine Steigerung der Unfallziffer zur Folge. Bei der Hebe der Akkordarbeit und in dem damit zusammenhängenden größeren Ermüdungszustande achtet der Arbeiter weniger als sonst auf die Gefahren stehender Zahnräder und flatternder Treibriemen, die den geringsten Fehltritt fürchterlich rächen. Auch im sächsischen Industriegebiete hat die schiefe Tätigkeit eine starke Vermehrung der Unfälle zur Folge gehabt. So stieg, um diese Tatsache wenigstens durch einige Angaben zu illustrieren, in Leipzig die Unfallziffer im Berichtsjahre von 4542 auf 5048, also beinahe um 500, dazu kommen noch 97 Unfälle in den Eisenbahnwerkstätten; im Bezirk Döbeln wurden 812 Unfälle gemeldet, 139 oder rund 15 Proz. mehr als im Vorjahre. Im Bezirk Dresden stieg die Unfallziffer von 632 auf 728; auf 1000 Arbeiter entfielen hier 1906 13,4 Unfälle, 1907 aber 14,8. Daraus erkennt man eine stete Vermehrung der Unfallgefahr, die aber trotzdem wohl nicht in dem Maße zutage tretend wäre, wenn die Unternehmer mehr für gute Schutzvorrichtungen sorgen und die Fabrikinspektoren energischer solche fordern würden.

Die günstigeren Verhältnisse im Wirtschaftsleben des Vorjahres haben die Arbeiter vielfach dazu benützt, eine Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit zu erringen. Aus fast allen 13 Bezirken wird berichtet, daß diese Bemühungen von Erfolg gewesen sind. Bemerkenswert ist, daß im Bezirke Chemnitz die Textilindustriellen Halbtagsschichten für verheiratete Arbeiterinnen eingeführt haben. Damit wollten sie wohl eine vermehrte Heranziehung der verheirateten Arbeiterinnen zur Fabrikfron erreichen. Das Experiment soll befriedigenden Erfolg gezeitigt haben. Dasselbe hat man auch in Ziegenleien des Dresdener Bezirkes versucht. — Mehrfach müssen die Aufsichtsbeamten konstatieren, daß die Arbeitszeitverkürzung um 1/2-1 Stunde weder eine Verminderung der Produktionsmenge noch eine Schwächung des Arbeitsverdienstes zur Folge hatte. So wurde in einer Chemnitzer Maschinenfabrik die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden reduziert. Der berichtserstattende Fabrikinspektor bemerkt dazu: Ein Produktionsausfall war nicht zu bemerken. Ähnliches findet sich auch in Berichten aus Leipzig verzeichnet, wo auch mitgeteilt wird, daß Arbeitszeitverkürzungen von einer Stunde ohne Verdienstschwächung durchgeführt worden sind.

Recht unangenehme Erfahrungen haben die Unternehmer mehrfach mit importierten ausländischen Ausbeutungsobjekten gemacht. Im Bautzener Bezirke hatte eine Fabrik, wahrscheinlich weil ein Streik drohte, 20 ausländische Arbeiter eingestellt. Sie sollen jedoch ohne Ausdauer in der Arbeit und roh und unfauber gewesen sein, sodas schon nach sechs Monaten die letzten wieder fort waren, obwohl sich alle auf 1 Jahr verpflichtet hatten. In einer Meißener Ziegelei sind zwölf galizische Arbeiter unter Kontraktbruch nachts heimlich auf und davon gegangen; auch aus dem Würzener Bezirke wird über Unzuverlässigkeit und Kontraktbruch ausländischer, besonders polnischer Hausarbeiter geklagt. Man ersieht daraus, daß die ausländischen Arbeiter weniger geneigt sind, sich schuldig zu lassen, als manche in der verdammten Zufriedenheit erzeugten inländischen Leute.

Die weibliche Fabrikinspektion scheint immer mehr festen Boden zu gewinnen. Es berichten die Beamtinnen, daß die Unternehmer sich entgegenkommender wie früher gezeigt haben, wo es den meisten nicht in den Sinn wollte, ihre Betriebe von Frauen kontrollieren zu lassen. Auch mit den Arbeiterinnen wollen die Beamtinnen jetzt mehr Fühlung erlangen haben. Freilich, der Arbeiterinnenverkehr in den Sprechtunden der weiblichen Aufsichtsbeamtinnen ist nach wie vor minimal. Nur im Dresdener Bezirke, wo in 26 Fällen Arbeiterinnen Rat suchten oder Beschwerden vordrachten, war es etwas besser. Freilich können mit wenig Ausnahmen auch die sächsischen Fabrikinspektoren keinen nennenswerten Arbeiterverkehr melden. In den letzten Jahren sind ihnen aber mehrfach Beschwerden von Gewerkschaftsbureaus zugegangen. Mit diesem Zustande sind einzelne Beamte auch sehr zufrieden, denn sie betonen, daß die durch Gewerkschaftsbeamte vorgelegten Beschwerden fast durchweg berechtigt gewesen sind und zu Anordnungen verschiedener Art Anlaß boten. In Dresden und Leipzig wurden auch die Aufsichtsbeamtinnen bei Ermittlungen unzulässiger Kinderarbeit von der „Kinderschutzkommission der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ tatkräftig unterstützt.

Die Durchführung und Beachtung des Kinderschutzgesetzes läßt nach wie vor nach den Mitteilungen der mit der Ueberwachung betrauten Beamtinnen noch viel zu wünschen übrig. Die meisten Verstöße wurden in der Heimindustrie und bei der Zeitungsfolportage festgestellt. Anzeigen und Bestrafungen sind aber verhältnismäßig sehr selten erfolgt. In den meisten Fällen lassen es die Aufsichtsbeamtinnen bei Verwarnungen bewenden. Erst in Wiederholungsfällen ist vereinzelt Anzeige erstattet worden. Die schlimmsten Zustände herrschen ja zweifellos bei der Heimarbeit, wo auch die Kontrolle am schwierigsten ist. Wie notwendig aber gerade hier gründliche Klärung not tut, geht aus folgender Auslassung der Dresdener Beamtin über die schädliche Wirkung der Heimarbeit hervor. Wir lesen auf Seite 192 des Berichts: „Einige Lehrer von Schulgemeinden, in denen die Heimarbeit erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit Eingang gefunden

hat, klagten über den Rückgang der geistigen Frische und Ausnahmefähigkeit der Kinder. Vernerfenswert ist auch die in solchen Orten beobachtete stark verminderte Benutzung der Schulbibliotheken durch die Kinder, denen nach Aussage der Lehrer von den Eltern keine Zeit mehr zum Lesen gewährt würde. Neben diesen unmittelbaren Einflüssen der Heimarbeit kamen andere gewohnheitsmäßige Versäufnisse der Eltern an ihren Kindern zur Kenntnis der Beamtin. So wurde ihr mitgeteilt, daß Mütter ihren kleinen Kindern, um sie ruhig zu erhalten und durch sie in ihrer Arbeit nicht gestört zu werden, häufig sogenannte Schlaftröbchen verabreichten, deren fortwährender Gebrauch die geistige Entwicklung der Kinder ungünstig beeinflussen soll.“

Diese Schilderung offenbart die Schäden der Heimindustrie für Arbeiterjugend und Familienleben so deutlich, daß man gründliche Klärung dringend wünschen muß. Freilich, es ist das nur ein Teil der Nachseite der Volksnot unter der Herrschaft des Kapitalismus. Kinderschutzgesetze sind hier kaum ausreichend, Hilfe zu schaffen. Die kann nur kommen, wenn dem ganzen verderblichen System die Art an die Wurzel gelegt wird. Für Sachsen aber haben die Schäden der Heimindustrie ganz besondere Bedeutung. Denn nirgends ist sie wohl so verbreitet wie hier.

Eine neue Schiebung.

Bekanntlich war die Frage der Budgetbewilligung auf zwei Portreitagen, 1894 in Frankfurt am Main und 1901 in Lübeck, höchst ausgiebig diskutiert worden. Damals beriefen sich die Befürworter der Budgetbewilligung auf alle möglichen Argumente und Präzedenzfälle. So z. B. auf Hessen, dessen sozialdemokratische Landtagsfraktion ebenfalls für den Etat gestimmt hatte. Aber niemandem fiel ein, sich auf Sachsen zu berufen.

Da nun kommt jetzt Genosse E. R. in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ her und behauptet, daß nicht nur in grauer Zeit einmal Liebsteht selbst für den sächsischen Etat gestimmt habe, sondern daß in der Zeit von 1877 bis 1900 die sächsischen Genossen mit zwei Ausnahmen stets für den Etat gestimmt hätten.

Es versteht sich, daß die verbläbte Nachricht von süddeutschen Organen sofort freudig entgegengenommen wurde. Wohl gemerkt, die Lesart, daß bei zwölf Budgetabstimmungen die Genossen nur zweimal dagegen, aber zehnmal dafür gestimmt hätten! Darauf antwortete Genosse Geher in der „Leipziger Volkszeitung“, er sei augenblicklich nicht in der Lage, die ganze Sachlage aufzurollen, aber um Mißverständnisse auszuschließen, müsse er erklären, daß die sächsische Landtagsfraktion nie in prinzipieller oder taktischer Absicht das Budget bewilligt habe.

Die Abstimmung über den Etat ist im Landtage formell anders als im Reichstage. Ob diese Abweichung die Ursache zu einer etwaigen Versäumnis bei der Abstimmung war, lasse ich dahingestellt, aber das steht fest, daß die Absichten, die für die Haltung unserer süddeutschen Landtagsfraktionen bei der Bewilligung des Budgets maßgebend gewesen sind, bei der sächsischen Fraktion gänzlich ausgeschlossen waren. Ueberdies würde die Partei längst Einspruch erhoben haben, wenn die sächsische Landtagsfraktion sich eines Vorstoßes gegen das Prinzip der Partei schuldig gemacht hätte.

Wir gestehen, daß wir gewünscht hätten und auch erwartet hätten, daß sich die in Frage kommenden Genossen etwas ausführlicher über die wunderbare Entdeckung des Genossen E. R. ausgesprochen hätten. Denn Genosse Geher muß es jetzt erleben, daß Genosse E. R. in begrifflichem Entdeckerlos behauptet, Geher habe „in gewissem Sinne eine Verstärkung seiner Darstellung“ gegeben. Denn aus der Erklärung geht hervor, daß die sächsischen Landtagsabgeordneten sowohl wie die sächsischen Parteigenossen überhaupt der Abstimmung über das Budget keinerlei Bedeutung beigemessen hätten. Daraus ergebe sich aber, daß es „völlig verfehlt“ sei, heute die Budgetabstimmung als entscheidend für den Kampf gegen die herrschende Gesellschaft und unsere Stellung zum Klassenstaat hinzustellen.

Ganz anders aber noch versuchen einige süddeutsche Blätter die Sache auszuschlichten. Sie behaupten schlichtweg, Geher selbst gebe zu, daß die sächsischen Genossen „gewöhnheitsmäßig“ für den Etat gestimmt hätten!

Das ist denn doch nichts Beringeres als eine völlige Sinnentstellung, eine Fälschung der Erklärung Geher's. Was Geher in Wirklichkeit sagt, wird in der „Ebersfelder Freien Presse“ richtig dahin ausgedrückt:

„Danach ist also das Verhalten der sächsischen Fraktion wohl in der Art der wohl noch weniger als oberflächlichen Schlussabstimmung über das Budget zu suchen, und man kann die Tatsache wohl so formulieren: Unseren sächsischen Genossen ist es nicht eingefallen, der Regierung die Mittel zum Weiterregieren zu bewilligen, aber sie haben bei der Oberflächlichkeit, mit welcher die Abstimmung vorgenommen wurde, nicht eine direkte Gegen demonstration veranstaltet. Das ist in der Tat nicht zu vergleichen mit den bestimmten Absichten und Gründen, denen die badischen und bayerischen Abgeordneten nach reiflicher Vorüberlegung bei ihrer Abstimmung gefolgt sind.“

Nicht für das Budget haben also in verschiedenen Fällen die sächsischen Genossen gestimmt, sondern sie haben es nur mehrfach nicht der Mühe wert gehalten, ihre selbstverständliche Ablehnung des Budgets formell zu betonen! In mehreren Fällen betrachteten es aber sogar die sächsischen Genossen als eine schärfere und demonstrativere Form der Ablehnung des Budgets, daß sie den Saal vor der Abstimmung ver-

liehen, statt einfach gegen das Budget zu votieren! Schreibt und doch Genosse Bebel:

Die Behauptung des Genossen E. N., in Sachsen sei das Budget von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mit zwei Ausnahmen traditionell bewilligt worden, und dies sei sogar im Jahre 1890 unter meiner Führung geschehen, übertrifft mich in höchstem Grade. Ich bin von 1881 bis 1890, in welchem Jahre ich nach Berlin übersiedelte, Mitglied des sächsischen Landtages gewesen, neben mir unter anderen Bollmar, irre ich nicht, von 1883 bis 1887. Die Kämpfe, die wir in diesen Jahren mit der sächsischen Regierung durchgeföhrt haben, waren die denkbar erbittertesten. Einer solchen Regierung das Budget zu bewilligen, konnte uns nicht im Traume einfallen. Wohl ist aber in Sachsen bei der Abstimmung über das Budget einige Male in der Form demonstriert worden, daß die Fraktion den Saal vor der Abstimmung verließ.

Ganz mit Recht hat die Redaktion bereits darauf hingewiesen, daß weder in Frankfurt noch in Lübeck gegen die Sachsen ein Vorwurf erhoben wurde, als hätten sie das Budget bewilligt. Bollmar, der in Frankfurt in einer von seinem Standpunkt aus guten Rede das Vorgehen der bayerischen Genossen auch damit rechtfertigte, daß man in Baden und Hessen wiederholt das Budget bewilligt hat, schweig von Sachsen. Ich selbst führte in Frankfurt aus (Seite 115 des Protokolls): „Man kann sehr wohl, das versichere ich, zur Ansicht kommen, daß es sich hier nur um eine Frage der Taktik, nicht um eine Frage des Prinzips handelt, hatten wir doch in Sachsen ursprünglich eine andere Taktik geübt, als gegenwärtig.“

Die andere Taktik wurde vor meinem Eintritt in den Landtag geübt, nachher nicht mehr.“

Das also ist der von Genossen E. N. zum Mißverstand und Elefanten aufgeschobene Pudel: In altersgrauer Zeit einmal ist in Sachsen von den Genossen das Budget bewilligt worden. Seit 1881 aber nicht mehr! Daß man nicht gegen das Budget stimmte, lag teils daran, daß man vor der Abstimmung demonstrativ den Saal verließ, teils, daß man später die Ablehnung als etwas so Selbstverständliches betrachtete, — daß man sich um die überhaupt als nebensächlich behandelte Formalität der Abstimmung gar nicht mehr kümmerte!

Man kann ja nun sehr wohl der Meinung sein, daß die sächsischen Genossen die Ablehnung besser unzweideutig durch ein ablehnendes Votum vorgenommen hätten, schon um Genossen von dem archaischen Spürsinn und der lächerlichen Kombinationsgabe des Genossen E. N. die Aufstellung unrichtiger und bei ihrer Weiterverbreitung erst recht skrupellos mißdeuteter Behauptungen unmöglich zu machen! Aber wie sind ohne weiteres überzeugt, daß man in Sachsen künftig solchen Auslegungen durch die Art der Abstimmung einen Riegel vorzulegen wird!

Um die ganze Schönheit dieser famosen Schiebung zu erkennen, muß man sich indes vergegenwärtigen, wach abgrundtiefer Unterschied besteht zwischen einer Stimmhaltung zum Zwecke der Demonstration oder sei es selbst aus dem von E. N. geltend gemachten Grunde, daß man der Ablehnung als einer Formalität keine besondere Bedeutung beimißt, und dem Stimmen für ein Budget. Man kann sogar der „fränkischen Tagespost“ darin zustimmen, daß der Akt der Ablehnung des Budgets an sich keineswegs eine politische „Tat“ sei. Sofern er nur die logische Konsequenz der ganzen Tätigkeit einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Partei ist, kann er ganz natürlich den herrschenden Klassen und der Regierung nichts Neues sagen, kein besonderes Schrecknis für sie sein. Er ist — auf absehbare Zeit wenigstens — lediglich das Schlußglied in der Kette der Klassenkampfaktion der Partei, soweit sie auf parlamentarischen Gebiete zu führen ist; keine politische „Tat“. Dagegen ist die Bewilligung des Etats allerdings eine politische Tat! Zwar nicht im Sinne des Klassenkampfes, aber als Symptom, als Beweis, als Aufkündigung der Mauern der Sozialdemokratie zur praktischen Politik, zur bloßen Reformpartei, zum Kuhhandel mit Regierungen und Parteien, zur — Bloßpolitik! Dem man will doch — sonst wäre ja der ganze Krieg um die Budgetbewilligung wirklich nur ein Streit um des Kaisers Bart! — von der Regierung, von den bürgerlichen Parteien durch die Budgetbewilligung etwas erreichen! Man will durch ein Angehörige Gegengeschenke erlangen! Man will seine Wählbarkeit für die bürgerlichen Parteien, ja für die Regierung selbst beweisen! Man will es — mit einem Worte — dem auch von den sächsischen Genossen so viel geschmähten Liberalismus nachtun!

Und um diese lächerlichen Zwecke zu beschönigen, beruft man sich auf die sächsische Fraktion, der, welche Fehler sie auch sonst immer begangen haben mag, der gleiche staatsmännische Gedankens weitensern lag!

So wirds aber gemacht!

Die Wendung in Marokko.

Auf französische Hilfe hat sich der Sultan Abdul Wäs verlassen — an der französischen Hilfe ist er zugrunde gegangen. Er gilt den Marokkanern als ein Verräter des Landes; von seinem siegreichen Bruder Mulay Hafid erhoffen sie die Rettung von der französischen Invasion. Die französischen Kanonen und Infanterie, die sich bei der Bahalla Abdul Wäs befanden — angeblich gegen den Willen der französischen Regierung, die in Verfolgung ihrer angeblichen Neutralität schon am 15. Juni den Herren den Befehl gegeben hat, sich an den inneren Kämpfen nicht zu beteiligen —, haben dem Sultan nichts nützen können. Ein Teil seiner Truppen verließ ihn in der entscheidenden Stunde, ging zum Gegenkämpfer über. So hat Mulay Hafid einen vernichtenden Schlag führen können. Wie groß der Eindruck der Schlacht von Kalah ist, das erhellt aus dem Umstand, daß ihr auf dem Fuße die Proklamierung Mulay Hafids zum Herrscher in der wichtigsten Hafenstadt Tanger gefolgt ist.

Die Telegramme melden über die Vorgänge:

Madrid, 23. August. Nach einer Mitteilung des spanischen Gesandten in Tanger laufen dort über die Niederlage Abdul Wäs drei Versionen um. Nach der einen wäre sie dem Verrat des Schajas zuzuschreiben, nach der anderen dem plötzlichen und furchtbaren Angriff der hafidischen Streitkräfte unter dem Befehl des Kaisers Benkebu, eines Sohnes des alifischen Regenten von Agemur, nach der dritten endlich der Kavallerie Mulay Hafids, die sich die mangelhafte Sorgfalt Abdul Wäs während seines Marsches auf Marrakech zumute machte.

Tanger, 23. August. (Telegramm der Agence Havas.) Abdul Wäs ist in Begleitung von El Wafri, den Sultan und dem Marabut von Bu Diab in Seetat eingetroffen und wird sich nach Casablanca begeben. Er soll die Absicht haben, nach Damaskus in Syrien zu gehen und von dort, wenn die Umstände es gestatten, nach Marokko zurückzukehren.

Tanger, 23. August. Unter dem Drängen der Tanger benachbarten Stämme, welche die Stadt bedrohten, wenn Mulay Hafid nicht zum Sultan ausgerufen würde, versammelten sich die marokkanischen Notabeln von Tanger in der Moschee, um über den Vorlauf einer Proklamation zu beraten. Man kam überein, erstens, Versuche, Mureue zu stiften, entgegenzutreten, zweitens, keine Repressalien gegen den früheren Gegner anzuwenden und drittens, den Beamten des Sultans ihre Funktionen zu lassen. Der französische Gesandte Regnaud hatte eine Unterredung mit einer Delegation der Notabeln. Er dankte den Delegierten für ihr Vorgehen, erklärte, daß er sich nicht einmischen würde in dynastische Fragen bezüglich der inneren Politik des Landes, und nahm Kenntnis von den Versicherungen der Delegierten betreffend die Sicherheit der fremden Kolonien und der Aufrechterhaltung der Ordnung. Der spanische Geschäftsträger dankte gleichfalls den Delegierten und schloß sich vollständig der Erklärung Regnauds an. Nach der Zusammenkunft lehrten Guebbas und Menedi in die Moschee zurück, wo die Proklamation unter enthusiastischem Ruf der Anwesenden stattfand. Die Freude der Bewohner ist allgemein.

Die französische Presse behandelt zurzeit die Frage, ob Frankreich Mulay Hafid anerkennen werde, noch sehr zurückhaltend.

Die Regierungsblätter sind einstimmt der Ansicht, daß Frankreich Mulay Hafid erst werde anerkennen können nach dem Zutritt einer neuen internationalen Konferenz und wenn er einwillige, mit den Mächten ein Abkommen zu schließen.

Dem „Echo de Paris“ erscheint jedoch eine neue Konferenz der Mächte nicht unbedingt erforderlich. Jedenfalls werde Frankreich aber nicht auf eigene Faust handeln, sondern die an der Afte von Algieras beteiligten Mächte befragen und sich mit Spanien unmittelbar ins Einbernehmen setzen.

Mit dieser Haltung der französischen Regierung können die übrigen Mächte zufrieden sein. Indes verrät sich in deutschen Blättern deutlich die Reizung, jetzt die Marokkofrage neu aufzurollen und den Sieg Mulay Hafids, den unsere Alldeutschen schon längst als Freund und Werkzeug Deutschlands auszuspielen versucht haben, gegen Frankreich auszunutzen. Solchem Bestreben muß sofort entgegengetreten werden. Es muß als eine sehr unangebrachte Demonstration bezeichnet werden, daß die deutsche Kolonie zu Tanger den Triumph Mulay Hafids wie einen eigenen Sieg gefeiert hat. Es ist das um so bedenklicher, da sich der aggressive Ton gegen Frankreich schon bis in Organe der freisinnigen Volkspartei erstreckt, die in dieser „nationalen Frage“ sich schier von den Organen der beschränktesten Chauvinisten nicht mehr unterscheiden. Um so mehr muß die Arbeiterpresse dagegen protestieren, daß durch ein Ausspielen Mulay Hafids gegen Frankreich die heisse Situation verschärft wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. August 1908.

Die Heeres-Neuformation.

Die „Alln. Volksztg.“ zählt in einer Notiz die neuen Brigaden, Regimenter und Bataillone auf, die am 1. Oktober dieses Jahres infolge der Bewilligungen des Reichshaushaltsetats durch die bürgerlichen Parteien errichtet werden sollen:

1. Der Stab der 39. Kavalleriebrigade bei der 39. Division, mit dem Standort Colmar i. E. Zu der Brigade treten die 14. Dragoner und die 3. Jäger zu Pferde. 2. Ein Pionierregimentsstab für das 7. (westfälische) Armeekorps, mit dem Standort Köln a. Rh. Diefem Stabe werden die Bataillone 7 und 8 unterstellt. 3. Ein Kavallerieregiment unter der Bezeichnung „Jägerregiment zu Pferde Nr. 5“, mit dem Standort Wülhausen i. E. An das neu zu errichtende Regiment gibt das 3. (brandenburgische) Armeekorps eine Dragoner- oder Husaren- Schwadron, das 7. (westfälische) eine Schwadron der Düsseldorfser (5.) Ulanen, das 16. (lothringische) und das 18. (hessenthüringische) Armeekorps je eine Dragonerschwadron ab. 4. Ein Pionierbataillon (2. westfälisches Nr. 24), mit dem Standort Köln a. Rh. für das die Bataillone 4, 7, 10 und 11 je eine geschlossene Kompanie stellen.

Der Offiziersetat des Heeres vermehrt sich durch die Neuformation (und einige andere Bestimmungen des Reichshaushaltsetats) vom 1. Oktober ab um die folgenden 60 Stellen: 1 General als Brigadefeldkommandeur, 2 Stabsoffiziere als Regimentskommandeure, 3 Majore, 13 Hauptleute und Rittmeister, 9 Oberleutnants, 23 Leutnants, 4 Hauptleute.

So traurig es auch um die Finanzlage des Reiches bestellt ist, für die Errichtung neuer Regimenter ist stets Geld vorhanden. —

Blochparteiliches.

Mit einer Genauigkeit, die schon mehr an Albernheit grenzt, registriert die Blochpresse tagtäglich jeden kleinen oder großen Trost innerhalb der Sozialdemokratie und jedes Wort, das dabei von der einen wie der anderen Seite gesagt worden ist. Darüber fehlt es ihr natürlich an Zeit und Raum, um von den Brüderlichkeiten innerhalb der Blochgenossenschaft, die sie doch eigentlich viel näher angehen, überhaupt Notiz zu nehmen. Wir wollen diese läche ausfüllen und teilen deshalb einem größeren Publikum mit, was dieser Tage in den nationalliberalen „Iphoeer Nachrichten“ gestanden hat. Dieses Blatt behauptet, das Disziplinarverfahren gegen Dr. Schädling sei gar nicht wegen dessen freisinniger Gesinnung erfolgt, sondern weil er in seinen Schriften „Nichtsnutzigkeiten“ und „wider besseres Wissen erhobenen Anschuldigungen“ gegen die ihm vorgeordneten Regierungsbehörden sich habe zuschulden kommen lassen. Dann nennt das Blatt den in schwersten Kampfe um seine Existenz stehenden Blochgenossen einen „Berliner Tagesblatt-Helden“ und fährt fort:

„Wir wollen nicht denselben Fehler begehen wie der Freisinn und nicht dem Uebel vorgehen, aber wir wollen doch daran erinnern, daß es höchst bezeichnend ist, daß Schädling just das „Berliner Tagesblatt“ sich erwählt hat, um seine politischen Gesinnungsbilder zu veröffentlichen; dieses Organ ist doch bei dem offiziellen „Blochfreisinn“ geradezu verhaftet, dieses Blatt hat doch die heilige freisinnige „Schädling-Grande“ bisher mit den größten Schmähungen traktiert. Und das offizielle Organ des angeblichen „Volksparteilers“ Schädling, die „Freis. Ztg.“, hat diesem würdigen Blatt oft genug seine „Nichtsnutzigkeiten“ und seine „wider besseres Wissen erhobenen Anschuldigungen“ vorgehalten! Nicht gegen den „freisinnigen Volksparteiler“, sondern gegen den „Berliner Tagesblatt“-Streben wird disziplinarisch vorgegangen. Auf Schädling trifft allerdings das hardschöne satirische Wort nicht zu, daß sich die Mitarbeiter des „Berl. Tagesbl.“ anlässlich wie die Augusten. Aber er wird das Rädeln sicher auch bald lernen wie sein „B. Z.“-Kollege Oberst a. D. Gaeble.“

Wir legen zu unserer Regierung das feste Vertrauen, daß sie dem Freisinn recht werden läßt, was dem Zentrum billig war. Und auch wir würden unsererseits auf eine Blochpolitik keinerlei Wert legen können, die durch politische unmoralische Konzeptionen sich ihr Leben sichert. Lieber mit Ehren untergehen, als mit Schande leben. Wir mühten den Fürsten Untow völlig deckeln, wenn wir annähmen, daß er in Sachen Schädling

politische Schachergeschäfte unternommen würde. Solche Kuhhandelspolitik würde seiner Autorität ein jämmerliches Ende bereiten. Ebenso wie dem Roeren, der seinen Wistuba vor der rächenden Hand der Remests retten wollte, indem er mit dem Abschwenken seiner Partei aus dem Regierungslager drohte, von Dernburg entgegengetreten wurde, — ebenso wird der Minister Rolke dem Dr. Wiermer entgegenzutreten müssen, der den Dr. Schädling dem rechtmäßigen Disziplinarverfahren entziehen will. Was Dernburg tat, wird auch Rolke leisten: Die Aufrechterhaltung der politischen Unantastbarkeit und die Integrität des Rechtsverfahrens!“

Man wird zugeben, daß diese Järlichkeiten alles, was innerhalb der Sozialdemokratie je selbst in den heftigsten Auseinandersetzungen vorgekommen ist, übersteigen — insbesondere an Niedertracht und Hinterlist. Denn hier liefert man aus dem eigenen Lager dem Feinde das Messer, womit er dem armen Bürgermeister und Blochgenossen den Hals abschneiden soll.

Uebrigens sind jetzt dem Minister Rolke schon zwei Wege gewiesen worden — beide von nationalliberaler Seite —, wie er sich aus der Affäre ziehen und den armen Dr. Schädling doch schlachten lassen kann. Die „Alln. Ztg.“ nämlich riet ihm dieser Tage:

„Der Minister mißbilligt offenbar das Verhalten der Regierungsinanz in Schledowig, will das aber offenbar nur in der zarten Weise ausdrücken, wie es in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ geschehen ist. Auch schon damit aber hat er nicht umhin gekonnt, seiner persönlichen Meinung über das Vorgehen einer Disziplinarbehörde Ausdruck zu geben, und er wird sicher vor dem Parlament gezwungen werden, das in noch viel deutlicherer Weise zu tun. Angesichts dieser Sachlage bedauern wir, daß er nicht heute schon mit noch größerer Deutlichkeit aufgetreten ist. Wenn der Fall Schädling, das Verfahren auf Amtsenthebung und der dann herangezogene Zeugniszwang sich als eine Maßregel herausstellt, die lediglich von einer unteren Behörde ausgegangen ist, und in die der Minister aus formellen Gründen nicht eingreifen kann, die er aber als Politiker nicht billigt, so wäre damit die politische Bedeutung des Falles Schädling ausgemäkt. Einmal wird der Minister sich zu der Frage äußern müssen, und deshalb hätte er es ebenso gut jetzt schon tun können, ehe die politischen Folgen sich noch unangenehmer bemerkbar machen.“

Also nun braucht Herr Rolke nur zu erklären, daß er „als Politiker“ das Verfahren gegen Schädling nicht billigt, aber „als Beamter“ nicht eingreifen kann, so ist der Liberalismus befriedigt, betrachtet die politische Bedeutung des Falles als „ausgeräumt“, und dann kann „der Beamte“ Rolke „den Beamten“ Schädling, zwar zum großen Bedauern des „Politikers“ Rolke, aber doch in aller Gemütsruhe abblenden.

Und soll wundern, ob Herr Rolke die sanfte Kölner oder die grobe Iphoeer Methode vorziehen wird. Aber soviel scheint heute schon sicher: soweit es auf die brüderliche Hilfe der Blochgenossen ankommt, wird Herr Schädling auf alle Fälle geschlachtet. —

Preußen und Bayern.

Der Prinz Ludwig von Bayern, der so oft schon den Regierenden in Berlin unangenehme Wahrheiten sagte, hat wieder bei dem Festhalten des Deutschen Schiffschiffvereins in München eine Rede gehalten, in der er sich offen über die Benachteiligung Bayerns beim Ausbau der Wasserstraßen beklagte:

„Im Süden verlange man auch einen Pfah am Wasser, ein Verlangen, das leider sehr unvollkommen erfüllt sei. Bayern habe eine Wasserstraße, sie befände sich aber noch auf demselben Standpunkt wie vor sechzig Jahren. Es fehle an Anschlag, und es sei Bayerns gutes Recht, ihn zu verlangen. Wir sind ja ein Reich und bringen gern mit Freuden alle Opfer für das Reich, verlangen aber volle Gegenseitigkeit. Seit Jahren ist der Vertrag geschlossen. Es ist jedoch noch kein Spatenstich geschehen, um den Anschlag herzustellen. Ein preussisches Gesetz besagt: Kanäle dürfen nicht gebaut werden, bis Vinnenschiffahrtsabgaben eingeführt werden.“ Kanäle werden trotzdem gebaut, der Anfang ist gemacht, der Anschlag am Main aber noch in keiner Weise. Nun wissen Sie, daß wir in Bayern uns bereit erklärten, für Schiffsfahrtsabgaben zu stimmen. Wenn sie nicht zustande kommen, so können wir nichts dafür. Aber wir sind geirakt, wenn wir aus solchen Ursachen immer hinterzehen müssen. Es ist unglücklich, daß der ganze Südosten von Deutschland vom großen Weltverkehr mit der Ost- und Nordsee ganz abgeschlossen ist. Der Westen hat es gut, er hat den Rhein, der recht gut schiffbar ist bis Mannheim und Ludwigshafen und verhältnismäßig gut schiffbar bis Straßburg und Nehl. Es geht sogar bis Basel hinauf. Wir wären froh, wenn wir so gut daran wären wie das Schweizervolk. Das sind wir leider nicht, und deshalb bitte ich sehr, daß die Herren aus dem Norden uns unterstützen, daß endlich dieser Zustand, den wir nicht schon finden, beseitigt wird.“

Die schwarzen Blattern in Duisburg!

Als im Anfang der verfloffenen Woche in Duisburg die Mitteilung durch die Presse ging, daß in einer in bezug auf Reinlichkeit sehr vernachlässigten Straße — Sternbuschweg — ein Rodenfall amtlisch festgestellt sei, da dachte wohl niemand daran, daß schon am Wochenanfang die ganze Umgebung des betreffenden Hauses, in dem der Rodenfall konstatiert, als verseucht gelten würde, wie es jetzt tatsächlich der Fall ist. Bereits über 20 Personen mußten im Laufe der Woche in die für Seuchenfrankt eingetrichteten Isolier-Baracken eingeliefert werden und annähernd 300 Personen wurden der zwanzeiwelben Schulsimpfung unterzogen, zu welchem Zwecke eine besondere Impfstation in einer in jenem Häuserviertel gelegenen Wirtschaft eingerichtet ist. Mehrere der an der Seuche Erkrankten sind bereits gestorben.

Wie gewöhnlich die Ursachen solcher Seuchen in schlechten sanitären Verhältnissen der Umgebung zu suchen sind, so auch hier wieder. In geradezu ungläublicher Weise wird den Bewohnern jenes Straßenviertels, in dem die Krankheit ausgebrochen, die Luft verpestet. Wie in manchen anderen Städten, so ist auch in Duisburg die städtische Fäkalienabfuhr einem Privatunternehmer übertragen. Dieser, der in jener noch nicht besonders stark bebauten Gegend Grundstücke besitzt, läßt nun ganz ungenügend seine Jauchefässer dort entladen. Es sind ja seine Grundstücke, also wer will ihm was! Zwar hat unser dortiges Parteiblatt, die „Kieoerheimische Arbeiterzeitung“, das skandalöse Verfahren schon mehrfach kritisiert, aber es scheint, als ob es erst so weit kommen mußte, wie es jetzt gekommen ist, bevor Abhilfe geschaffen wird. Man isoliert jetzt, man impft, man desinfiziert die verpesteten Häuser, doch damit ist der Seuchenherd — der wohl mit ziemlicher Bestimmtheit in diesen Zuständen zu suchen ist — nicht beseitigt. Mancher wird die Hände über den Kopf zusammenschlagen, wenn er hört, daß es in einer Großstadt noch vorkommen kann, daß der Inhalt der entleerten Abortgruben auf Grundstücken inmitten der Umgebung menschlicher Wohnungen entleert wird. In den Gärten und Vertiefungen der fraglichen Grundstücke stehen die Tümpel fast süßlich und verbreiten den ekelhaftesten Geruch. In vielen Höfen jenes Straßenviertels laufen die sogenannten Senten — Kanalisierung ist leider noch nicht vorhanden — über und die faulen Abwässer verbreiten dann gleichfalls die widerlichsten Gerüche. So ist es eigentlich nur natürlich, daß in einem Straßenviertel wie dem hier in Frage kommenden, Seuchen entstehen. Einzelfälle von Typhus, Weidstarre usw. sollen schon mehrfach vorgekommen sein, ohne daß man besonders darauf geachtet zu haben scheint, was ebenfalls wieder in den dortigen Verhältnissen begründet ist.

Offentlich wächst sich die Krankheit nicht zu einer Epidemie aus, die Bekämpfung der in Frage kommenden Instanzen ist so schon gerade groß genug.

Des Landrats Garten.

Eine niedliche Schilderung preussischer Verwaltungszustände liefert das „Tageblatt für Vorpommern“ aus dem Landratsamt Grimmen, wo der Sohn des Oberpräsidenten von Pommern, Freiherr von Malchow, als Landrat „regiert“. Die Stadt Grimmen hatte vor einigen Jahren einem Bauhandwerker Pauland in der neu angelegten Vorstadt verkauft mit der für alles dortige Gelände bestehenden Verpflichtung, auf diesem binnen 5 Jahren einige Wohnhäuser zu errichten (um dem Wohnungsmangel abzuhelfen). Wegen dieser Käufer muß nun die Stadt lagbar werden, weil die Bedingung der Bebauung nicht erfüllt worden ist. Der Grund dafür liegt aber in der Kreisverwaltung. Vor 10 Jahren wurde, obgleich ein schönes Kreisgebäude vorhanden war, mit großen Kosten ein neues Landratsamtgebäude errichtet, das dem Landrat ein sehr „handgemähes“ Heim bietet. Aber auch das genügt noch nicht den Ansprüchen, und so wurden dem vorhin erwähnten Bauhandwerker die Baugrundstücke vom Kreise abgekauft — zur Errichtung des landrätlichen Gartens, ohne Rücksicht auf die vorgeschriebene Zweckbestimmung dieser Grundstücke. Deshalb verklagte die Stadt jetzt den ersten Käufer auf Rückgabe der Grundstücke, da der größere Kommunalverband sie an der Durchführung ihrer kommunalen Aufgaben gehindert hat.

Charakteristisch ist der Fall auch für die Handhabung der Dienstaufsicht. Die Veräußerung des Baugrundes durch die Stadt bedurfte natürlich der Zustimmung des Bezirksausschusses mit dem Regierungspräsidenten an der Spitze, der Haushalt der Stadt bedarf der Genehmigung des Ministers, beides Vorgesetzte des Landrats. Und doch war nachher der verwendungswidrige Ankauf für den landrätlichen Bedarf möglich. Als Besonderheit wird schließlich noch berichtet, daß der Ankauf aus den Mitteln des Gebäufonds erfolgte, obgleich man schwer erkennen wird, in welchem Zusammenhang der Garten mit dem Wegebau steht.

Speck v. Sternburg.

In Heidelberg ist heute der deutsche Botschafter in Washington, Herr Speck v. Sternburg, gestorben. Seit Jahren litt er an einem Krebsartigen Uebel. Zur Herbeiführung einer radikalen Heilung begab er sich vor drei Wochen in die Behandlung des Professors Czerny. Herr Speck v. Sternburg, der 1852 in Leeds (England) geboren wurde, kam 1888 an die deutsche Botschaft nach Washington, 1891 wurde er nach Belling verlegt, 1896 nach Buenos Aires und Belgard und 1901 als Generalkonsul nach Kalkutta, um endlich, als v. Holleben im Jahre 1903 abberufen wurde, als dessen Nachfolger zum dritten Male nach Washington zu gehen. —

Verfassungswidrigkeiten von Behörden und ihre Folgen.

Artikel 18 der heftigen Verfassung lautet: „Alle Oeffen sind vor dem Gesetze gleich.“ Diefem klaren Wortlaut entgegen steht die Praxis der Regierungs- und Verwaltungsorgane, die zu Ehrenämtern in kommunale Körperschaften gewählten Sozialdemokraten nicht bestätigen. In welchen Folgen das führt, zeigt ein heiterer Fall aus der Gemeinde Wöhrlin a. Main, einem Orte von circa 6000 Seelen. Am 27. September 1905 wurde dort der Genosse Jahn mit absoluter Majorität der Bürgerchaft zum Beigeordneten (Bürgermeisterstellvertreter) gewählt. Alle Inftanzen, Kreisaußschuß, Provinzialaußschuß und Ministerium versagten dem Gewählten die Bestätigung. Am 27. Dezember 1906 erfolgte dann zum zweiten Male die Wahl des Nichtbestätigten mit noch größerer Stimmenzahl. Wieder wurde die Bestätigung verjagt. Sein Gegenkandidat, ein Ultramontaner aber erklärte, er würde eine Ernennung seitens der Regierung nicht annehmen. Nunmehr ernannte das heftige Ministerium einen anderen Ultramontanen, einen gewissen Schily zum Beigeordneten. Das war im ersten Viertel des Jahres 1907, und bis in die jüngste Zeit hinein bekam der ernannte Beigeordnete keine Gelegenheit, Bürgermeisterdienst zu tun. Jetzt ist aber der amtierende Bürgermeister in die Ferien gegangen. Sein Stellvertreter Schily berief eine Gemeinderats-sitzung, und siehe da, die Sitzung konnte nicht abgehalten werden, weil die Gemeindevorsteher fehlten. Anwesend war der Beigeordnete Schily, ein gewählter bürgerlicher Gemeinderat, ein auf Grund seines Besitzes und eines allen reaktionären Privilegs stimmberechtigter nicht gewählter Vertreter und der Protokollant. Die gemeinliche Geschäftsstelle sitzt also vollständig im Sande fest. Einigermassen gespannt darf man sein, wie sich die Verwaltungsbehörde dazu stellt. Hinter den obstruktionsstrebenden Gemeindevorsteher steht die gesamte Bevölkerung, die dadurch zum Ausdruck bringt, daß sie den Mann ihres Vertrauens nicht preisgibt. Nach Artikel 45 der heftigen Landgemeindevorsteher hat der Kreisaußschuß das Recht, auf Antrag des Bürgermeisters die nicht erschienenen Gemeinderäte in eine Ordnungstrafe zu nehmen. Ein solcher Akt würde natürlich die Empörung der Einwohnerschaft nur noch mehr steigern. Um so mehr, als früher der bürgerliche Beigeordnete Konrad im Odenwald zwei Wähler, die nicht nach seinem Geschmack von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten, auf offener Straße halbtot schlug und heute noch im Amte ist. —

Konservative Heher.

Seit einigen Tagen bereits ist die Nachricht demontiert, daß im Landtagswahlkreise Kaiserlautern von unseren Genossen der Volksschullehrer Hofmann als Kandidat aufgestellt sei. Das hindert aber die konservativen „Arbeitszeitung“ nicht daran, mit dieser gar nicht bestehenden Kandidatur als mit einer Lausche zu rechnen und die niedliche hegerische Bemerkung daran zu knüpfen: „Dah ein Sozialdemokrat nicht zum Volksschullehrer geeignet ist, bedarf keiner Frage. Im Interesse der Volkserziehung ist es wünschenswert, daß die bayerische Regierung die notwendigen Folgerungen aus der Aufstellung des Lehrers Hofmann als sozialdemokratischen Kandidaten zieht.“ Diesmal hat sich das edle Hammerstein-Blatt umsonst bemüht.

Frankreich.

Vom Kriegszuge wider das Proletariat.

Paris, 23. August. Die Polizei nahm gestern in Villeneuve im Zusammenhange mit den letzten Streikunruhen zwei Verhaftungen vor, und zwar handelt es sich um einen Ausständigen und die Frau eines Arbeiters.

England.

Eine Milliarde für die Flotte.

Der „Observer“ berichtet, die Mitglieder der englischen Regierung seien sich einig, daß eine Verstärkung der englischen Marine notwendig geworden sei. Ein neues Flottenprogramm solle aufgestellt werden, welches innerhalb der nächsten 4—5 Jahre den Bau von 30 Schiffen vom Typ des Dreadnought und 30 Inflexible vorsieht. Jedes dieser Schiffe werde 2 Millionen Pfund Sterling kosten, so daß der Mehrbedarf des Marinebudgets sich auf rund 50 Millionen Pfund (1 Milliarde Mark) belaufen dürfte.

Türkei.

Die bosnische Frage.

Das Jungtürkische Komitee erklärt feierlich die Wiener Meldung des „Temps“, daß das türkische Parlament sich mit der bosnischen Frage zuerst beschäftigen und eine Intervention der Signatarmächte verlangen werde, für falsch, tendenziös und verleumderisch. Das Komitee werde keine Eroberungen, sondern nur Reformen im türkischen Besten anstreben. Das Komitee werde

auch die durch Serben hier inszenierte bosnische Propaganda einbannen.

Bosnien gehört bekanntlich nominell noch zur Türkei, in Wirklichkeit ist es eine Provinz Oesterreich-Ungarns. Die unklare Stellung des Landes bringt es aber mit sich, daß seine Bewohner nun den Wunsch empfinden, Bürger der Türkei zu sein, da ihnen die Konstitution ein besseres Regiment zu verhelfen scheint, als sie es jetzt haben. Die österreichisch-ungarische Verwaltung schaltet dort völlig unumschränkt, von Verfassung und Volksrechte ist keine Rede. Mit welsch unerhörten Mitteln gegen die Arbeiterbewegung vorgegangen wird, erhellt aus der neuerlichen Meldung von der polizeilichen Sprengung des Kongresses der sozialistischen Organisationen zu Scrajewo. Jetzt ist die Regierung geneigt, der Bevölkerung ein möglichst geringes Maß von Selbstbestimmungsrecht zu geben, um die Bewegung zum Anschluß an die Türkei zu dämpfen. Sie hofft, die Bevölkerung mit einer Halbheit abfinden zu können — nicht ein Landesparlament, sondern Bezirksvertretungen mit beratender Stimme werden geplant.

Eine Einigung.

Das Osmanische Komitee für Einheit und Fortschritt teilt mit, es sei mit dem Pariser Komitee zu vollem Einvernehmen gelangt. Die beiden Komitees werden unter dem Namen und mit dem Programm des Osmanischen Komitees für Einheit und Fortschritt zusammen arbeiten.

Amerika.

Hot Springs, 23. August. Laft erklärte in einer Wahlrede, er würde im Falle seiner Wahl den Kongress zu einer außerordentlichen Tagung einberufen, um sobald wie möglich eine Tarifrevision herbeizuführen. Das Programm seiner Partei lege ihm die Verpflichtung dazu auf.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Der Sozialdemokratische Verein Elberfeld-Barmen nahm zur Frage der Budgetbewilligung eine Resolution an, in der es heißt: „Um ähnlichen wie den jetzt in Süddeutschland sich zeigenden Vorläufern für die Zukunft vorzubeugen, beantragt die Versammlung beim Nürnberger Parteitag, dieser wolle beschließen, den 3. Absatz der Lübecker Resolution so zu fassen: Eine Zustimmung zum Etat darf nur erfolgen, wenn unsere Partei in einem Landtage die Mehrheit hat und infolgedessen das Budget ihrem Verlangen entsprechend gestalten kann.“ — Ihre Stellung zur Jugendbewegung präzisieren die Elberfeld-Barmener Genossen dahin: Die Leitung und Verwaltung ist den Jugendlichen zu überlassen, doch soll diesen ein Weirat von älteren erfahrenen Genossen zur Seite stehen. Die Versammlung erklärte sich aber gegen feste Jugendorganisationen, weil sie nach Lage der Verhältnisse in solchen eine Gefahr für die Agitation grundsätzlicher Art erblickt.

Auf der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Kassel sprach der Referent Genosse Wegener entschieden gegen die Budgetbewilligung. Einstimmige Annahme fand eine vom Genossen Scheidemann begründete Resolution, worin die Auseinandersetzungen über die Frage und ebenso die Tatsache, daß sie durch das Verhalten der bayerischen und bayerischen Landtagsfraktion notwendig werden, bebauert werden und festgesetzt wird, daß die Budgetbewilligung nicht nur ein politischer Fehler, sondern auch die Nichtachtung eines Parteitagbeschlusses war. — Zur Frage der Parteischule erklärte Genosse Hauschild: Kritik müsse die Parteischule sich schon gefallen lassen, aber die jetzige Art der Kritik sei offenbar verfehlt. Die zwei abgehaltenen Kurse ermöglichten noch kein abschließendes Urteil. Würde in der Auswahl der Schüler richtig verfahren, würden in bezug auf das Schülermaterial etwaige Mängel künftig vermieden, dann würde die Schule ihren Zweck, abzüglich einer Anzahl befähigter Genossen zum systematischen Eindringen in die sozialistischen Lehren anzuleiten, auch erfüllen.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Dortmund-Hörde resolvierte gegen die Budgetbewilligung, für selbständige Jugendorganisationen. Zwei Anträge an den Parteitag fordern, daß alle Parteiangehörigen am 1. Mai ihren Lohn an die örtliche Parteikasse abzuführen haben, sowie daß der Antimilitarismus und die Idee des Generalstreiks energischer zu propagieren sind. Zur Kaiserfeier wurde ein Beschluß gefaßt, der für die Arbeiterbewegung am 1. Mai eintritt und die Schaffung eines Kaiserfeiertags durch Parteivorstand und Generalkommission fordert. — Zum Parteitag werden drei Delegierte entsandt. — Der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Genosse Wölmelburg erklärte, daß er ganz auf dem Boden des Antrages zur Budgetbewilligung stehe.

Von der Generalversammlung des Wahlkreises Hagen-Schwelm wurde durch Urabstimmung der Genosse Konrad Ludwig Hagen als Delegierter zum Parteitag gewählt.

Aus den Organisationen.

Die Parteioffiziation des Wahlkreises Kassel-Melsungen hat im letzten Geschäftsjahre trotz der Krise eine Zunahme der organisierten Genossen um 400 zu verzeichnen, so daß deren Zahl jetzt 2700 beträgt.

Dem Jahresbericht des Wahlkreises Hagen-Schwelm entnehmen wir: Bei der Landtagswahl wurden über 5200 Urwählerstimmen (gegen 1983 im Jahre 1903) für unsere Wahlmänner abgegeben; Wahlmänner wurden 184 gewählt. Der Verein hatte im Berichtsjahre eine Einnahme von 18 414,64 M. und eine Ausgabe von 13 129,54 M. zu verzeichnen, so daß am 1. Juli d. J. ein Kassenbestand von 255,10 M. vorhanden war. In den Einnahmen sind nicht enthalten ausbezahlte Gelder für die Gemeindevorstände 2055,64 M. und für die Landtagswahl 2407,80 M., so daß sich die Gesamteinnahme auf 16 967,79 M. beläuft (abzüglich des Kassenbestandes von 970,29 M. am 1. Juli 1907).

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1908 2220; die Zunahme beträgt 244. Zum Oktober hat der Vorstand einen Vortragskursus des Genossen Dr. Herm. Dunker geplant.

Im Wahlkreise Dortmund-Hörde ist, wie der auf der Generalversammlung gegebene Jahresbericht des Vorstandes mitteilt, die Zahl der Wahlvereinsmitglieder von 57 auf 61 gestiegen. Die Mitgliederzahl beträgt 6907. Die Zunahme gegen das Vorjahr stellt sich trotz der großen Fluktuation und der Krise auf circa 800. Die Zahl der organisierten Frauen beträgt in 14 Orten 1800. Versammlungen fanden 708 statt. An Flugblättern wurden insgesamt 620 000 Stück verbreitet. Die „Arbeiterzeitung“ hat seit der letzten Generalversammlung 5000 Abonnenten gewonnen. Im vergangenen Herbst haben an 23 Orten Kommunalwahlen stattgefunden, in 18 Orten haben die sozialdemokratischen Kandidaten gesiegt. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher beträgt 57, von denen 53 auf die dritte und 4 auf die zweite Abteilung entfallen. Die Gesamteinnahme stellt sich im vergangenen Geschäftsjahre auf 32 507,08 M. Der Ueberschuß der Kaiserfeier beträgt 3783,07 M. Der Vermögensbestand beträgt 6555,01 M. Im Landtagswahlkreise Hörde, in dem bei der Reichstagswahl mehr als 50 Proz. der Wähler sozialdemokratisch stimmten, ist die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der Landtagswahl auf 6072 gegen 540 im Jahre 1903 gestiegen, in Dortmund-Stadt auf 5582 gegen 174, in Dortmund-Land auf 7194 gegen 551. Für die drei Wahlkreise stellt sich die Stimmenzahl insgesamt auf 17 083. Die Gegner dürften zusammen diese Stimmenzahl nicht erreicht haben. — Der Kursus, in dem Genosse Kühle Leipzig Wirtschaftsgeschichte gelehrt hat, hatte sich einer sehr guten Beteiligung zu erfreuen. Gleiche Veranstaltungen sollen im kommenden Winter wiederholt werden.

Der Geschäftsbericht, der auf der Kreisversammlung des Wahlkreises Götlich-Lauban erstattet wurde, ergibt, daß die Zahl der politisch organisierten 2129 beträgt. Der ordentliche Monatsbeitrag wurde von 20 auf 80 P. erhöht. An Stelle des bisherigen Reichstagskandidaten Dr. Müller-Werlin, der es den Genossen anheimgestellt hatte, von seiner Person Abstand zu nehmen, wurde Genosse Redakteur Paul Taubadel-Götlich aufgestellt.

Eine Ehrung für Daniel Lehmann. Die Pforzheimer Parteigenossenschaft veranstaltete am Sonntag am Grabe ihres vor 25 Jahren verstorbenen Führers eine einfache, würdevolle Erinnerungsfeier. Daniel Lehmann gehört zu den Pionieren der babilischen Sozialdemokratie und wirkte in Pforzheim in der Organisation der Bijouteriearbeiter, im babilischen Unterlande für die parteigenösslichen Ziele. 1882 stellte ihn die Massenjustiz auf fünf Monate in das Landesgefängnis zu Freiburg. Als gebrochener Mann verließ es Lehmann. Am 24. April 1883 starb der 48jährige. Sein Leichenzug gestaltete sich zur größten Volksdemonstration Pforzheims wider das Sozialistengesetz und die von Pforzheims Beamtenhierarchie und Bourgeoisie an Lehmann verübte Verfolgung. Am Grabe sprachen damals die Genossen Ehrhart, Dittus und Löbenberg, die auch schon zu den Toten gehören, sodann Reich, Lutz u. a. Die Erinnerungsfeier am Sonntag vereinigte weit über 1000 Personen um das Lehmann-Denkmal auf dem Pforzheimer Friedhof, das die Wüste des Alten trägt und die Inschrift: „Er wollte Frieden, Freiheit, Recht, das keiner sei des anderen Macht, um.“ Die vereinigten Gesangsvereine trugen zwei Lieder vor, die Gedächtnisrede hielt der Abgeordnete Adolf Wed; sodann widmete Stodinger-Pforzheim, Lutz, Waden und Huber-Karlruhe unter Niederlegung von Kränzen, die von Particiorganisationen gestiftet waren, dem Andenken Lehmanns ehrende Worte. Die junge Arbeiterschaft feuerte die Redner an, die Ueberzeugungstreue, Kampfeslust und Unerbittlichkeit des Verstorbenen zum Muster zu nehmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Drei Monate Gefängnis für „Fahrlässigkeit“.

In der „Götlicher Volkszeitung“ vom 11. September d. J. stand ein Leitartikel, überschrieben: Uniformierte Bestien. Der Artikel behandelte eine Berliner Landgerichtsverhandlung gegen mehrere Schupleute, die mit der Beurteilung der Angeklagten wegen Mißhandlungen auf der Polizeiwache endete. Durch diesen Artikel sollen die preussische Schupmannschaft und die preussischen Richter beleidigt worden sein, und war von den preussischen Ministern des Innern und der Justiz Strafantrag gestellt worden. Genosse Herm. Fleißner von der „Volkszeitung“ in Dresden, der den politischen Teil der „Götlicher Volkszeitung“ mit dem inkriminierten Artikel als verantwortlicher Redakteur zeichnete, wurde daraufhin am 18. März d. J. von dem Landgericht in Götlich zu der unerhöht hohen Strafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt, obgleich das Gericht als wahr unterstellte, daß der Artikel nur durch das Versehen des Retteurs, wider die Anordnung der Redaktion in das Blatt gelangte. Das Gericht stützte sich auf den fassenden dorus eventualis und meinte, Fleißner habe gewußt, daß der Retteur das Vergeben begehen könne und seit damit eventuell einverstanden gewesen. Wegen dieses Urteils legte Fleißner Revision ein. Das Reichsgericht gab ihr statt und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Götlich zurück. Diese Verhandlung fand am Sonnabend statt und endete mit der Beurteilung Fleißners zu drei Monaten Gefängnis. In der neuen Verhandlung wurde der oben geschilderte Sachverhalt durch die Vernehmung der Redakteure Dr. Gradnauer und Niem und des Retteurs Mißch zweifelsfrei erwiesen. Der Staatsanwalt ließ diesmal die Anklage aus § 20 des Preßgesetzes fallen — die Tatsache Fleißners wäre nur Vermittlung des dorus eventualis zu konstruieren gewesen und das mochte dem Vertreter der Anklage nun wohl selbst als sehr gekünstelt erscheinen. Aber er forderte dafür die Beurteilung abermals zu sechs Monaten Gefängnis wegen Vergehens gegen den § 21 des Preßgesetzes, der die Fahrlässigkeit bestraft. Das Gericht erklärte dann auch, der § 21 müsse angewandt werden, da Fahrlässigkeit des Angeklagten vorliege. Er habe sich unter allen Umständen vor der Drucklegung des Blattes den Inhalt überzeugen müssen. Strafverschärfend kamen die Vorstrafen in Betracht. — Das Strafmaß muß unter Berücksichtigung der Umstände als unerhöht bezeichnet werden.

Aus Industrie und Handel.

Die Arbeitslosigkeit in Industriestädten.

hat im Juli vielfach noch zugenommen. In einigen ist die Steigerung sogar unermittelt stark gewesen. So sei zum Beispiel Hamburg herausgegriffen, wo der Andrang Arbeitsuchender auf 100 offene Stellen von 161 im Juni auf 287 im Juli hinaufging. Im vorigen Jahre hatte im Hochsommer sogar noch Knappheit an Arbeitskräften bestanden; es waren für 100 offene Stellen nur 71 Arbeitsuchende vorhanden gewesen. Nächt Hamburg ist Köln a. Rh. von größeren Industriestädten zu nennen, wo der Arbeitsmarkt von Juni auf Juli eine ungewöhnliche Verschlechterung erfahren hat. Es meldeten sich hier auf 100 offene Stellen im Juni bereits 220 Arbeitsuchende, das Ueberangebot war also schon im Juni sehr stark. Der Juli brachte aber gar einen Andrang von 354! Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Hochsommer besonders verschlechtert; der Andrang Arbeitsuchender auf je 100 offene Stellen betrug nämlich an einigen wichtigeren Orten im

	Juli 1907	Juni 1908	Juli 1908
Dortmund	94	185	185
Barmen	101	126	184
Oberhausen	123	184	189
R.-Glabbach	59	189	228

In anderen deutschen Städten ist die Verschlechterung zwar meist geringer, doch immerhin noch in die Augen fallend. Von schlesischen Städten zum Beispiel ist vornehmlich Breslau zu nennen, wo der Andrang von 159 im Juni auf 232 im Juli hinaufging. In Gleiwitz kamen auf 100 offene Stellen im Juli gar 475 Arbeitsuchende gegen 137 im Juni. Auch in Klegny und Glogau ist die Zunahme des Andranges erheblich.

Die Krise in der schweizerischen Uhrenindustrie.

verschärft sich immer mehr. Gegenwärtig sind 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen ganz oder teilweise arbeitslos. Nach einem Bericht aus dem Kanton Solothurn haben sämtliche Uhrenfabriken die Arbeitszeit verkurzt. Tagelohnarbeiter werden höchstens vier, Affordarbeiter fünf Tage in der Woche beschäftigt, aber so ungenügend, daß die Arbeit in drei bis vier Tagen erledigt werden könnte. Es gebe Familien, in denen pro Woche kaum 1 Fr. verdient werde. Im ersten Halbjahr ist die Produktion um 600 000 Stück goldener und silberner Uhren geringer gewesen als in der gleichen Zeit 1907. Im Jahre 1907 betrug die Produktion goldener und silberner Uhren rund vier Millionen Stück, wovon 637 502 goldene und 3 188 127 silberne Uhren von den Kontrollämtern abgestempelt wurden; 25 000 goldene und 185 000 silberne Uhren wurden in England abgestempelt. Die Gesamtproduktion in 1907 war um 481 067 Stück geringer als 1906, jedoch entfiel der Anfall auf die letzten Monate des verfloffenen Jahres. Der Export von Uhren aus der Schweiz war dem Werte nach mit 189,8 Millionen Frank um 1 1/2 Millionen geringer als 1906.

Die Uhrenarbeitergewerkschaften verlangen von den Behörden in verschiedenen Formen Hilfe für die Kollektenden, aber in der Hauptsache ohne Erfolg. In Chaux-de-Fonds bietet man den Uhren-

arbeiten Beschäftigung an Straßenbauten an, ausgerechnet den
Uhrenarbeitern. Der Bankrott und die Unfähigkeit der kapitalistischen
Wirtschaftsordnung und ihrer Lenker sind wieder einmal komplett.

Saatenstand und Erntergebnis in Dänemark.

Das Generalkonsulat in Kopenhagen berichtet unterm 16. d. M.:
Das für Dänemark ungewöhnlich warme und beständige Sommer-
wetter dauerte bis Anfang August, wo allmählich Abkühlung und
Regen eintraten, doch anscheinend bisher nicht in einem Grade, der
die Saaten ungünstig beeinflusst hätte. Der heiße Juli hatte ein
reiches Reifen des Getreides zur Folge gehabt, so daß bereits zu
Anfang August mit dem Mähen des Roggens begonnen werden konnte.
Die Arbeiten waren vielfach dadurch sehr erschwert, daß sich der Roggen
häufig gelagert hatte. Im allgemeinen fällt es aber gut, die Weizen
sind groß und gut mit Körnern besetzt. Die Körnerentwicklung
scheint in diesem Jahre erheblich besser als im Vorjahre zu sein.
Nur nach dem Beginn der Roggenernte konnte auch mit der Gersten-
ernte angefangen werden, die ebenfalls ein günstiges Ergebnis zu
versprechen scheint. Auch der Weizen ist, wenigstens auf den Inseln,
erntereif. Die veränderten Witterungsverhältnisse werden möglicher-
weise die Reife eines Teils der Frühjahrssaaten etwas verzögern, was
jedoch für die Körnerfülle nur nützlich sein kann.

Vielfach wird über zu große Trockenheit der Wiesen geklagt,
so daß man sich stellenweise gezwungen sieht, das Vieh mit dem
fleisch gereinigten Heu zu füttern. Doch hofft man, daß sich dies bei
der jetzigen Witterung wieder ändern wird, so daß die Kühe noch
einmal auf die Weide herausgebracht werden können.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Rohrlieger.

In einer allgemeinen Versammlung der Rohrlieger und Helfer
Berlins und Umgegend, die am Sonntag im Gewerkschaftshause
stattfand, wurde der gegenwärtige Stand der Tarifbewegung einer
eingehenden Beratung unterzogen. Der Deutsche Metallarbeiterver-
band, der Verband der Kupferschmiede und der Verband der
Schmiede hatten die Versammlung einberufen. Handke als
Referent kennzeichnete die bestehende Situation, indem er die Ver-
handlungen in der Schlichtungskommission schilderte. Die Vertreter
der Arbeitgeber schienen zuerst wenig Wert darauf zu legen, in
Verhandlungen einzutreten; sie verhielten sich streng ablehnend und
der Vorsitzende Brandt erklärte, daß es ganz ausgeschlossen sei, eine
Lohnerhöhung zu gewinnen. Im Laufe der Verhandlung wurde von
dem Vorsitzenden festgesetzt, daß die Behauptung Wiesenthals, die
Unternehmer hätten schon eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. pro
Stunde zugestimmt, falsch ist; es sei nur vom Minimallohn die Rede
gewesen, die Unternehmer würden allen, die mehr verdienen, keinen
Pfennig bewilligen. Brandt hatte auch eine Verächtigung von
Wiesenthal verlangt, die dieser in der „Volkszeitung“ bringen
wollte; aber noch ist keine Verächtigung erschienen. Handke ken-
zeichnete in der schärfsten Weise die Taktik Wiesenthals, dem jedes
Mittel recht sei, den Deutschen Metallarbeiterverband herabzusetzen.
In der jetzigen Tarifbewegung habe er besonders scharfe Mittel zur
Anwendung gebracht. Erst brachte er den Schwinkel von dem
demütigen Brief auf, den Handke an die Unternehmer gerichtet
haben sollte. Jetzt behauptete er, eine Lohnerhöhung schon in der
Kasse zu haben und größere Zugeständnisse seien noch zu ge-
winnen, wenn der Deutsche Metallarbeiterverband nicht im Wege
stände. Auch diese Behauptung hat sich als unwahr erwiesen. Und
nun hat Wiesenthal noch in einer Versammlung am letzten Sonntag
erklärt, daß im Falle eines Angriffsstreiks, zu dem der Deutsche
Metallarbeiterverband vorgehe, die Mitglieder des Allgemeinen Ver-
bandes arbeiten würden (Pfeife). Nach Lage der Dinge
hielten es die Vertreter der Arbeitnehmer in der Schlichtungs-
kommission für geraten, die Hand zum Frieden zu bieten. Nach einer
Sonderberatung machten sie den Arbeitgebern den Vorschlag, daß
die Kündigung zurückgezogen und der bestehende
Tarif auf ein Jahr verlängert werde. Dieser Vor-
schlag brachte eine Wendung in den Verhandlungen, die vorher von
den Vertretern der Unternehmer nur als eine Fornsache behandelt
wurden. Der Vorsitzende selbst empfahl ihnen die Annahme dieses
Vorschlages. Unter Vorbehalt gaben sie ihre Zustimmung, indem
die Angelegenheit erst dem Arbeitgeberverband, der am nächsten
Mittwoch Sitzung hält, zur Beschlussfassung vorliegen wird. Am
Freitag dieser Woche wird dann die weitere Erledigung der Sache in
der Schlichtungskommission vorgenommen werden.

Vor Beginn der Versammlung am Sonntag fand eine Sitzung
der Vertrauensmänner der drei Organisationen, dem Deutschen
Metallarbeiterverband, dem Kupferschmiede- und dem Schmiede-
verband statt. Diese gaben ihre Zustimmung zu dem Vorschlage
einer Verlängerung des Tarifs und empfahlen ihn zur Annahme
in der Versammlung.

Handke hob noch hervor, daß man mit einer Verringerung des
Termins nicht einverstanden sein würde. Bekanntlich herrscht das
Bestreben in Unternehmerkreisen, alle Verträge mit Arbeitnehmern
bis zum 1. April 1910 abzuschließen. Auf solche Bedingungen würden
sich die Rohrlieger auf keinen Fall einlassen; auch dürfen keine Ver-
schlechterungen der jetzigen Lage eintreten; damit wäre sonst der
Streik erklärt. Ein Kampf würde aber dann auch nicht auf das
Rohrliegergewerbe beschränkt bleiben, sondern könnte leicht weite
Kreise in Mitleidenschaft ziehen. Der Deutsche Metallarbeiterver-
band nicht zugelassen, emittiert der Allgemeine Gewerkschafts-
verband bietet die Hand zum Frieden auf ein weiteres Jahr, wird es
aber nicht zulassen, daß die Verhältnisse verschlechtert oder daß er-
schwerende Bedingungen an den Friedensschluß geknüpft werden.

An der Diskussion beteiligten sich zahlreiche Redner, die meist
im Sinne des Referenten sprachen und auch mit der Beurteilung
der Taktik Wiesenthals nicht zurückhielten und für Annahme des
von den Vertrauensmännern empfohlenen Vorschlages eintraten.
Die Notwendigkeit, den alten Vertrag unverändert fortbe-
stehen zu lassen und in bezug auf den Termin ebenfalls keine Kon-
zession zu machen, wurde wiederholt betont.

Handke legte die folgende Resolution vor, die gegen wenige
Stimmen angenommen wurde:

„Die am 23. August tagende Versammlung erkennt an, mit
Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche Konjunktur, daß es
nur unter Überwindung von großen Schwierigkeiten möglich wäre,
eine Verbesserung der bestehenden Arbeitsverhältnisse zu erreichen.
Da aber aus Grund der Erklärung des Vertreters vom Allge-
meinen Metallarbeiterverband, im Falle eines Angriffsstreiks von
den Mitgliedern dieses Verbandes auf eine Mitwirkung nicht zu
rechnen ist und dadurch die Schwierigkeiten noch größer werden
und die Sachlage verschoben wird zum Vorteil der Unternehmer
und zum Schaden der Arbeiterschaft, erklärt die Versammlung sich
mit dem Vorschlage, daß die Arbeitgeber die Tarifkündigung
zurückziehen, einverstanden. Sie beauftragt die Schlichtungs-
kommission, eine dementsprechende Vereinbarung mit den Arbeitgebern
zu treffen.“

Eine zweite Resolution wurde eingebracht und von zahlreichen
Rednern empfohlen, von einzelnen aber als unklug belächelt. Der
Vorstand empfahl ihre Annahme ebenfalls. Sie lautet:

„Die heutige Versammlung protestiert aufs neue gegen die
durch nichts beweisbaren Behauptungen der Vertreter des All-
gemeinen Metallarbeiterverbandes. Sie spricht den Vertretern
des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Kupferschmiede- und
des Schmiedeverbandes ihr vollstes Vertrauen aus. Sollten die
Unternehmer auf den Vorschlag der Schlichtungskommission nicht
eingehen, so verpflichten sich die Anwesenden, mit aller Energie
die aufgestellten Forderungen zu vertreten und zu diesem Zwecke
als letztes Mittel zur Arbeitsniederlegung zu greifen und dafür
zu sorgen, daß sämtliche Berufsangehörige sich dem anschließen.“

Gegen wenige Stimmen wurde auch diese Resolution ange-
nommen und die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die
Rohrliegerbewegung geschlossen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil derantw.:

Zur Lohnbewegung der Expeditionsarbeiter.

Die in den Expeditionsbetrieben Berlins beschäftigten Roll-
kutscher, Bodenarbeiter usw. waren am Sonntag, den 23. d. M.,
im großen Saal des Gewerkschaftshauses außerordentlich zahlreich
versammelt, um den Bericht der Lohnkommission über die erneute
Verhandlung vom 20. August entgegenzunehmen.

Werner vom Transportarbeiterverband berichtete in sehr
ausführlicher Weise, daß die Expediteure trotz längerer Unter-
redungen Vorschläge an diesem Tage nicht gemacht haben. Die
Kommission der Arbeitnehmer wurde sich alsdann einig, statt 5 M.
Lohnzulage für die Rollkutscher nur noch 3 M. pro Woche zu ver-
langen. Die darauf erfolgte Generalversammlung der Expediteure,
welche am Freitag stattfand, hat einige Zugeständnisse gemacht,
welche der Kommission am selben Tage schriftlich mitgeteilt
wurden. Das Schreiben, welches verlesen wurde, hat folgenden
Inhalt:

„Sowohl die im bahnamtlichen Betriebe als auch die bei
Privatpediteuren tätigen Rollkutscher und Begleiter sollen
künftig den höheren Lohnsatz von 24 bzw. 28 M. für die Woche
schon nach sechsmonatlicher Dienstzeit erhalten. Die gleiche Er-
höhung der Löhne auf 28 M. soll nach sechsmonatlicher Dienst-
zeit in einem Betriebe auch bei den Bodenarbeitern eintreten.
Den gegenwärtig in Dienste stehenden Kutschern, Begleitern und
Bodenarbeitern soll ihre bisherige Dienstzeit hierbei in An-
rechnung gebracht werden. Jedem Kutscher, Begleiter und Boden-
arbeiter soll im Falle der Auflösung des Dienstverhältnisses und
seines Wiedereintritts bei einer anderen Expeditionsfirma sofort
der höhere Lohn gezahlt werden, falls er nachweist, daß er in
seiner unmittelbar vorausgegangenen Stellung während der
Dauer von sechs Monaten ohne Unterbrechung bei ein und der-
selben Expeditionsfirma tätig war.“

Die Fortdauer des Vertrages wird auf die Zeit vom
1. September 1908 bis 1. November 1910 festgesetzt. Ferner teilen
wir Ihnen mit, daß wir unsere Mitglieder ersuchen werden,
Ihren Wünschen bezüglich eines verschleißbaren Raumes für
Gegenstände sowie Herstellung von Waschgelegenheit, Anbringung
eines Verbandskastens mit den notwendigsten Verbandstoffen
und Anbringung von festen Kutschersitzen und Trittbrettern an
den Rollwagen nach Möglichkeit weitgehend entgegenzukommen.“

Mit Rücksicht auf die Verhältnisse empfahl der Referent, die
Vorschläge der Expediteure unter der Voraussetzung, daß für die
Jugendlichen sowie für die Stalleute ebenfalls Verbesserungen ein-
treten, anzunehmen. Wegen des Ablaufs des Endtermins des
Vertrages glaubt Redner eine Verständigung zu erzielen.

In der sehr regen Diskussion erklärten sämtliche Redner ohne
Ausnahme, daß die Zugeständnisse viel zu gering und die Expedi-
teure bei etwas gutem Willen wohl in der Lage wären, bessere
Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen. Ganz besonders
wurde betont, daß für die Stalleute, welche teilweise 12 bis
15 Stunden Arbeitszeit haben und in einzelnen Betrieben 80 bis
100 Pferde zu besorgen haben, durchaus gar keine Verbesserungen
zu verzeichnen sind. Auch für die Jugendlichen, deren Tätigkeit
keine leichte und die nur einen Verdienst von 12 bis 14 M. pro
Woche haben, ist effektiv nichts herausgekommen. Sollte der
Kampf, welchen die Expeditionsarbeiter keineswegs herbeiführen
müssen, dennoch von den Arbeitgebern provoziert werden, so kann
man versichert sein, daß alle in Betracht kommenden ohne Aus-
nahme ihren Mann stellen werden. Auch die Unfragen, welche
auf einigen Bahnhöfen an die Arbeiter, ob des Fahrens kundig,
gemacht wurden, können die Expeditionsarbeiter nicht abschrecken.
Bei der Abstimmung fand nachstehende Resolution einstimmige
Annahme:

„Die heute, am 23. August, versammelten Rollkutscher und
Begleiter nehmen erneut Kenntnis von dem Verlauf der Ver-
handlung mit den Herren Expediteuren und den von denselben
gemachten Zugeständnissen. Die Versammlung erklärt diese Zu-
geständnisse in Rücksicht auf die herrschende Leuerung und in
Rücksicht darauf, daß die Kutscher und Stalleute ganz unberück-
sichtigt geblieben sind, für unannehmbar. Sie beauftragt die
Kommission, noch einmal um Verhandlungen bei den Herren
Expediteuren nachzusuchen und zwar auf der Grundlage der am
Donnerstag, den 20. August 1908, seitens der Lohnkommission
gemachten neuen Vorschläge. Im übrigen erteilt die Versamm-
lung der Kommission Vollmacht, in diesem oder jenem Punkt der
Vorlage eventuell noch neue Vorschläge machen zu können.“

Deutscher Buchbinderverband, Zahlstelle Berlin. Die am
22. August beendete Urabstimmung über die Beschlüsse der General-
versammlung ergab folgendes Resultat: Für den Antrag, die
Unterstützung der Arbeitslosen betreffend, 1488 Mitglieder.

Wegen die Durchführung des Antrages stimmten 1637 Mitglieder.
Der Antrag ist mit einer Majorität von 169 Stimmen abgelehnt.
Für den Antrag, die Ueberweisung der Waisensammlung an den Ver-
bandsvorstand für die Pforzheimer Mitglieder, stimmten 1035 Mit-
glieder und gegen den Antrag 1964 Mitglieder. Der Antrag ist
mit einer Majorität von 919 Stimmen abgelehnt. Die Ortsver-
waltung wird der am 23. August stattfindenden Generalver-
sammlung eine Vorlage über die Unterstützung
der durch lange Arbeitslosigkeit in Not ge-
ratenen Mitglieder unterbreiten.

Tarifablauf in der Lederindustrie.

Der Verband der Lederarbeiter hielt am Sonntag eine Extra-
versammlung ab. Eingangspunkt derselben gab Pellow einen Be-
richt über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission. Den zweiten
Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum Tarif, be-
handelte Heidelberg. Der Tarif, der im November dieses
Jahres abläuft, hat drei Jahre bestanden. Bei Ablauf desselben
war die Geschäftsfrage gut, jetzt hingegen ist sie ungünstig. Die
Unternehmer tüfteln sich schon, um jegliche Forderungen der Ge-
hilfen abzuwehren. Ueberall wird in letzter Zeit die Handarbeit
durch die neuesten Maschinen verdrängt, um weniger abhängig
vom Arbeitspersonal zu sein. Aber selbst in der letzten un-
günstigen Periode sei es an manchen Stellen geglückt, bessere Lohn-
bedingungen zu erzielen. Das ist nur dem geschlossenen Vorgehen
der organisierten Arbeiter zu danken. Das Hauptgewicht bei Lohn-
bewegungen muß jedoch stets auf die Verkürzung der Arbeitszeit
gelegt werden. Die Freigabe des 1. Mai ist in dem jetzigen Tarif
nicht festgesetzt, doch soll diese Forderung im neuen Tarif aufgestellt
werden. Des weiteren sollen für qualifizierte Arbeiter nicht un-
organisierte Arbeiter eingestellt werden. Jetzt gehe das Bestreben
der Unternehmer dahin, an Stelle der Arbeiter, die eine vier-
jährige Lehrzeit durchgemacht haben, 17-18jährige Burschen ein-
zustellen. Verhandlungen wegen des neuen Tarifs sollen schon
vor der Kündigung des alten angebahnt werden. Alle Anzeichen
sprechen dafür, daß für diesen Versuch die Krise zu Ende geht und ein
neuer geschäftlicher Aufschwung zu erhoffen ist. Aus taktischen
Gründen soll über die sonstigen Forderungen nicht berichtet werden.
In der Diskussion kam die volle Einstimmigkeit der Anwesenden
mit den Vorschlägen des Vorstandes zum Ausdruck und diese wurden
von der Versammlung ohne Gegenstimme angenommen.

Aktion, Steinfeger und Kammer!

Die Baustellen Rosenthal und Blankenburger Straße zwischen
Malchow und Blankenburg des Steinsehmeisters Herrn E. Junge
sind für Steinfeger und Kammer gesperrt wegen Nichtanerkennung
des Tarifs.

Kollegen! Weidet die Firma. Herr Junge hat sich geäußert,
Galizier kommen zu lassen und in Arbeit einzustellen, aber nicht
den Tarif, der von Arbeitgebern und Arbeitnehmer abgehandelt
ist, anzuerkennen. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Sum Konflikt mit den Randreitern.

In der vorigen Nummer berichteten wir über den Konflikt des
Hafenbetriebsvereins mit der anfänglich der vorjährigen Aus-
sperung von ihm geschaffenen Kontraktarbeiterkolonne. Inzwischen

hat die von den Kontraktarbeitern eingesetzte Kommission mit den
Sachwaltern der Reeder verhandelt, welche auf der Annahme dieses
grundlegenden Paragraphen des neuen Kontraktes bestanden:

„Der Arbeiter wird vom Hafenbetriebsverein fest angestellt
und in Schauerrei- und anderen Hafenbetrieben beschäftigt. Der
Arbeiter ist verpflichtet, jede ihm vom Verein oder dem
Betrieb übertragene Arbeit im Hafen von
Hamburg-Altona und anderen Seehäfen im
Elbgebiet oder auf der Unterelbe zu verrichten,
auch Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit zu leisten. Für Ar-
beiten in Häfen, die nicht an der Elbe liegen, werden besondere
Vereinbarungen getroffen.“

Die Reeder wollten sich mithin eine jederzeit zur Verfügung
stehende Streikbrecherkolonne schaffen. Wie aus der Fassung des
Paragraphen ersichtlich ist, heißt es nicht mehr „Schauerleute“,
sondern „Hafenarbeiter für alle Fälle und für alle in Betracht
kommenden Häfen“.

Am Sonntag nahmen die Kontraktarbeiter hierzu Stellung.
Dieser Paragraph wurde zwar scharf kritisiert, aber bestimmte Frei-
schlüsse wurden nicht gefordert, sondern jedem Kontraktarbeiter frei-
gestellt, ob er die Unterschrift leisten will.

Bei den neuen Kontrakt bis zum 20. August nicht unter-
schreibt, soll am 1. September zum 1. Oktober gelündigt werden.

Ausland.

In Kanada sind 8000 Eisenbahnhandwerker der großen Pacific-
Bahngesellschaft in einen Streik getreten. Jede Bahnversteife
vom Atlantischen bis zum Pazifischen Ocean ist in Mitleidenschaft
gezogen. Die Organisation der Arbeiter ist vorzüglich. Sie ver-
langen, daß ein gemeinsamer Ausschuss von Vertretern der Di-
rektoren und der Werkstätten die Arbeitsbedingungen festsetzt, um
den Beschwerden der Arbeiter stets gerecht werden zu können. Die
Gesellschaft hat Japaner als Streikbrecher eingestellt und die alten
pensionierten Arbeiter unter der Drohung, daß sie sonst ihre
Pensionen verlieren, zur Dille herbeigezogen. Dieser Streik ist der
größte, der bisher in Kanada ausgebrochen ist. Die Presse ver-
langt, daß die Regierung eingreife, um den Streik beizulegen, denn
das Volk habe ein Recht, zu verlangen, daß die Hauptverkehrslinie
des Landes im vollen Betriebe bleibe.

Aus der Frauenbewegung.

Katholikentag und Arbeiterinnen.

Der Abgeordnete Pieper forderte auf dem Nürnberger
Katholikentag betreffs des Fortbildungunterrichts für Arbeiterinnen,
dafür zu sorgen, daß nach der in Aussicht stehenden Verringerung der
Gewerbenobelle in den von Staat und Gemeinden einzurichtenden obli-
gatorischen Fortbildungsschulen für Arbeiterinnen der Religions-
unterricht nicht beseitigt werden werde. Die Angst um
das Seelenheil der Schwestern läßt die frommen Hirten nicht ruhen.
Und dabei wird es täglich durch eklatante Beispiele bewiesen, daß
schon die achtjährige Religionspaulei in der Volksschule nichts
weniger als stützende Wirkungen zeitigt. Wie es mit der Sittlichkeit
in streng katholischen Gegenden bestellt ist, weiß jeder, der in diesen
frommen Gefilden aufgewachsen ist oder längere Zeit daselbst sich
aufgehalten hat.

Den armen Arbeiterinnen kürzere Arbeitszeit, auskömmliche
Löhne, überhaupt menschenwürdige Lebensbedingungen zu verschaffen,
dafür sind die frommen Seelenhirten nicht zu haben. Sie wollen
aber auch, selbst wenn sie es wollten, was noch nie der Fall war,
beim ersten, schäblichsten Anlauf mit dem katholischen Ausbeutertum
karambolieren. Nur recht viel Dibelkost, recht viel Weibschmuck,
das kostet nichts, lenkt aber die gefährdeten Sklaven vom Klassen-
kampf ab.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Aktion! 5. Kreis. Am Donnerstag, den 27. August, treffen sich
die Genossinnen des 5. Kreises zu einem gemütlichen Kaffe-
trinken um 2 Uhr in Treptow im Lokale „Lindengarten“,
Treptower Chaussee 26.

Brandkatastrophe in Konstantinopel.

6000 Gebäude vernichtet.

Eine Riesenfeuersbrunst hat am Sonntag die Hauptstadt der
Türkei heimgesucht. Nachmittags um 2 Uhr brach in einer Schule
des Stadtteils Altbazar Feuer aus, das, begünstigt durch den
starken Wind, in kurzer Zeit eine große Ausdehnung erlangte. Die
Feuerwehr war stundenlang der Katastrophe gegenüber machtlos
und erst um Mitternacht gelang es, den Brandherd zu lokalisieren.
Etwa 6000 Häuser fielen der Feuerzunge zum Opfer, Tausende
von Familien sind obdachlos. Viele Personen, besonders Frauen
und Kinder, kamen infolge der Verwirrung in den Flammen um.
Erschwert wurden die Rettungsarbeiten durch die ungeheure Hitze,
die eine Annäherung an den Brandherd fast unmöglich machte. Auch
von den zu den Löscharbeiten herbeigeleiteten Feuerwehrleuten und
Soldaten sind einige ums Leben gekommen. Erst in den frühen
Morgensstunden war die Gewalt des Feuers gebrochen. Der an-
gerichtete Schaden ist bisher nicht abzuschätzen. Zahlreiche Bazare,
Kaufhäuser und Moscheen sind eingestürzt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gekentertes Boot.

Elbing, 24. August. (B. L. G.) Am Sonntagabend schlug im
Elbinger See ein Boot um. Zwei Männer sind ertrunken. Zwei
Personen konnten sich durch Schwimmen retten. Die Leichen der
Ertrunkenen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Eisenbahnarbeiterstreik.

Wien, 24. August. (B. L. G.) Der „Wien. Ntg.“ wird aus
Ungarn gemeldet: Die Arbeiter der österreichischen Eisenbahn streiken.
Der Güterzugverkehr ist eingestellt. Wien befindet sich in einem allgemeinen
Ausstand.

Schiffszusammenstoß.

Antares, 24. August. (B. L. G.) Im Donauhafen Hirsowa
kollidierte der österreichische Postdampfer „Paul Joseph“ mit dem
rumänischen Kriegsmonteur „Vegetorul“. Beide Fahrzeuge er-
litten schwere Schäden. Personen sind nicht verunglückt.

Schwerer Unglücksfall.

Wien, 24. August. (B. L. G.) Bei der im Bau
befindlichen Automobilgarage in Reudelle brach eine Stütze.
Sieben Personen wurden getötet, mehrere verwundet.

Eine Bestie in Menschengestalt.

Marseille, 24. August. (B. L. G.) Der Italiener Tasso ermordete
eine sechsjährige Frau, bei welcher er Geldschulden hatte. Er
schnitt darauf die Leiche in Stücke und wälzte sie nach Südamerika
schicken. Ein Nachbar, welcher durch den Leichengeruch aufmerksam
gemacht wurde, benachrichtigte die Polizei. Diese hielt eine Haus-
suchung ab, wobei sie die Leiche fanden. Der Mörder wurde ver-
haftet und war gefällig.

Die Generalversammlung von Groß-Berlin.

Die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und der Umgegend am Sonntag füllte Freyers großen Saal in der Koppenstraße, dessen Galerien von Gästen dicht besetzt waren. Der erste Punkt der Tagesordnung war der Vorstands-, Kassen- und Revisionsbericht über das erste Halbjahr 1908.

Der Vorstandsvorsitzende Ernst führte im Vorstandsbericht aus: Als wir unsere letzte ordentliche Generalversammlung abhielten, zitterte die Empörung über die verlegende, arrogante Art, wie der Beauftragte der preussischen Junker die Forderung nach politischer Gleichberechtigung ablehnte, noch nach. Wir gelobten uns damals, bei der Wahl die Antwort auf diese unerhörte Provokation zu geben. Ehe es aber zum Wahlkampf kam, bot uns der 18. März nochmals Gelegenheit, unsere Reize zu mischen. In 46 Versammlungen wurde gegen die Entziehung der Arbeiterklasse protestiert. In dieser Zeit legten weite Kreise der herrschenden Klassen nach Proletariatsblut. Auf jener Seite wurde gehetzt und geschickt, und die Regierung wurde aufgefordert, die Proletarier im Wasserrod zu Geneserzwecken der Freiheit zu benutzen. Ernst und ruhig aber wies das Proletariat diese Provokation zurück. Dann wurden die Vorbereitungen zum Wahlkampf getroffen. Noch im vorigen Jahre wurden die nicht preussischen Genossen zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit aufgefordert, selbstverständlich nicht aus Liebe für den preussischen Staat, sondern um das elende Wahlrecht wenigstens voll ausnützen zu können. Im Januar begannen dann die Vorlesungen des Genossen Dirich, an denen 200 Genossen teilnahmen, um später die gewonnenen Kenntnisse in der Wahlagitiation zu verteidigen. Es folgte ein Nachkurs, an dem 57 Genossen teilnahmen. Um das Selbststudium zu fördern, wurde den Genossen das Handbuch zur Landtagswahl zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt. Dem bereits bei der Wahl von 1903 schwer empfundenen Mangel, daß die Reichstagswahlkreise nicht mit den Landtagswahlkreisen übereinstimmen, wurde durch die vorübergehende Organisation nach Landtagskreisen und durch Einsetzung eines Wahlleiters für jeden Urwahlbezirk entgegengewirkt. Am 31. Januar beriet der Zentralvorstand über die weitere Führung des Wahlkampfes. Wie leichtfertig die Wahlkreise aufgestellt waren, zeigte sich darin, daß nicht weniger als 10 000 Reklamationen eingereicht wurden. Die Aufstellung der gewählten Liste von Wahlmännern — 7677 in Berlin, 5474 in den Vororten — vollzog sich in fast allen Bezirken binnen kurzer Zeit. So wurden dank der Begeisterung und dem Eifer der Massen alle Schwierigkeiten überwunden, und groß war die Freude, als am 8. Juni bekannt wurde, daß fünf oder sechs Sitze erobert waren. Noch einmal mußten die Kräfte gemessen werden in der Stichwahl, die zur Eroberung des 12. Kreises führte. Welche Arbeit bei der Landtagswahl geleistet wurde, zeigt sich unter anderem darin, daß an Drucksachen verbreitet wurden: 1 1/2 Millionen Stimmzettel, 1 Million Wahlaufforderungen, 1 Million Schleppzettel, 1 Million Handzettel, 1 1/2 Millionen Postkarten, Plakate usw. und 5 1/2 Millionen Flugblätter. Hunderte von Versammlungen und viele Hunderte von Sitzungen und Besprechungen wurden abgehalten. Wie groß unser Stimmenzuwachs ist, läßt sich leider noch nicht genau feststellen; sicher ist, daß wir ungefähr 2000 Wahlmänner mehr gewonnen haben als 1903. Außerdem ist unsere Organisation gestärkt aus dem Kampfe hervorgegangen. Berlin hat sich im Wahlkampfe gut geschlagen, und unsere Organisation hat sich dabei bewährt. Die gewonnenen Erfahrungen werden uns zu weiteren Erfolgen führen. Gelehrlich reden unsere Gegner davon, wir hätten Terrorismus ausgeübt. Es sind die Säulen der Regierung, die Lehrern, Beamten, Bürgermeistern die freie Meinungsäußerung unterbindet, die den Staatsangestellten und Arbeitern das gesetzliche Koalitionsrecht verweigert, es sind dieselben Leute, die als Unternehmer ihre Arbeiter jederzeit auf die Straße werfen, wenn diese irgendwelche wirtschaftlichen Forderungen stellen! Da wehren wir uns unserer Haut und wir werden den herrschenden Klassen und ihrer Regierung zeigen, daß wir nicht länger Amboß, sondern auch einmal Hammer sein wollen. Wollen die Herren nicht, daß wir die Waffen gebrauchen, die sie uns aufgezogen, so sollen sie die offene Stimmabgabe besetzen. Unser Kampf gegen das infame Wahlgesetz wird nicht eher ruhen, als bis das Ziel erreicht ist. — Dem Parteivorstand hat der Verband 10 000 M. für den Wahlkampf in der Provinz überwiesen.

Außer der Wahlbewegung ist noch ein großer Teil anderer Arbeit geleistet worden. Am 18. März legte der Vorstandsvorsitzende einen Kranz auf den Gräbern der Märzgefallenen nieder. Am 26. März wurde das Flugblatt gegen das Reichsvereingesez verbreitet. Zur Kaiserfeier fanden 80 Vormittagsversammlungen und 79

Abendveranstaltungen statt, die trotz der in der furchtbaren Krise begründeten gedrückten Stimmung der Arbeiterschaft zahlreich besucht waren. Ueber die Regelung der Kaiserfeier an sich kam es leider zu Differenzen zwischen Parteivorstand und Verbandsvorstand, da dieser den bekannten Vereinbarungen nicht zustimmen konnte. Öffentlich wird der Parteitag in Nürnberg in dieser Frage eine bessere Regelung treffen. Die Verbandsbibliothek ist ergänzt worden und steht den Referenten zur Verfügung.

Am 19. Juni wurde ein Flugblatt an die Landtagswähler zur Stärkung unserer Organisation und zur Gewinnung neuer Abonnenten für den „Vorwärts“ verbreitet. Ferner sind die Gemeindevahlen in den Vorortkreisen Teltow-Weeslow und Niederbarnim zu erwähnen, durch die unsere Partei eine Anzahl neuer Sitze gewonnen hat.

Der Arbeiter-Samariterkolonne wurden 300 M. überwiesen. Durch Entgegenkommen der Buchhandlung war es dem Zentralvorstand möglich, für billigere Lieferung von Literatur und Agitationsbrochüren zu sorgen. Auf diese Weise wurden im vorliegenden Halbjahr bezogen: 220 Handbücher zur Landtagswahl, 1900 Exemplare von Kautskis: „Marx' historische Leistung“, 600 Hefchen: „Marx' Werttheorie“, 200 Bände „Berliner Arbeiterbewegung“, 3000 „Hochverratsprozeß Liebschütz“, 2000 Protokolle vom Stuttgarter Parteitag, 800 vom Preussentag und ungefähr 7000 sonstige Broschüren. Außerdem werden 1200 Exemplare der „Neuen Zeit“ geliefert, und der Umsatz der Parteipostreue an Broschüren beläuft sich auf monatlich 6500 M. In diesen Zahlen zeigt sich der Drang unserer Genossen, sich weiter auszubilden und immer tiefer in das Wesen unserer Partei einzudringen.

Ferner beschäftigten wir uns mit dem weiteren Ausbau der Organisation, um auf Grund des neuen Vereinsgesetzes die Agitation unter den Frauen so erfolgreich wie möglich zu gestalten. Der Zentralvorstand schloß sich den Vorschlägen der Frauenkonferenz an. Hoffen wir, daß wir durch das Zusammenarbeiten in einer Organisation weite Kreise zielklarer Mitstreiterinnen gewinnen.

Die Lokalkommission hatte namentlich in den Vororten einen hartnäckigen Kampf für die Gewinnung von Lokalen zu führen. Der Preschkommission lag u. a. der Antrag der Propagandalokalkommission für das Genossenschaftswohnen vor, wonach für diese Bestrebungen eine besondere Rubrik im „Vorwärts“ reserviert werden sollte. Die Preschkommission lehnte das ab, gab aber der Redaktion anheim, die Genossenschaftsbewegung mehr als bisher zu berücksichtigen. Um die sozialistischen Bestrebungen in der Genossenschaftsbewegung nicht zu unterstützen, wurde der „Vorwärts“ für die „Freie Vereinigung der Pflanzler“, die „Freie Vereinigung der Zimmerer“ und für die „Freie Vereinigung der Gewerkschaften“ gesperrt. Wegen des Streites in Pantow wurde die Redaktion aufgefordert, einen eigenen Berichtserfasser nach den dortigen Versammlungen zu senden.

Die Agitationskommission hat vor allem ihre ganze Kraft den Landtagswahlen gewidmet. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Vertreter der Gewerkschaften und des Arbeiter-Adolfshilfsbundes sich eifrig in den Dienst der Partei stellten. — Die Auskunftsstellen der Partei, wie sie jetzt in Wittenberge, Prignitz, Brenzlau, Schwedt, Jehdenitz, Eberswalde, Drielen, Landsberg, Reudamm, Schwebitz, Senftenberg, Finsterwalde, Jüterbog, Küstzin, Gäßtebese, Sommerfeld, Leitersdorf, Sonnenburg und Kröschitz bestehen, haben sich gut bewährt. Infolge der Ausbreitung der Arbeit und um die Agitation noch besser betreiben zu können, macht sich die Anstellung eines zweiten Sekretärs notwendig.

Alles in allem war das verfloßene Halbjahr außerordentlich reich an Arbeit, der aber die Freude des Erfolges nicht fehlt. Zur Betätigung der Arbeit waren unter anderem notwendig 2 Generalversammlungen, 10 Zentralvorstandssitzungen, 13 Sitzungen des Aktionsausschusses, 6 Sitzungen mit anderen Körperschaften. Außerdem nahmen Vertreter des Zentralvorstandes an 23 Sitzungen der Gewerkschaftskommission teil. Die Zahl der Posteingänge betrug 2413, die der Postausgänge 4991. Referate wurden 603 vermittelt. Der Redner schloß mit der Aufforderung an die Genossen, wie bisher unablässig mit aller Kraft für die Ziele der Partei zu wirken und zu streben, vor allem auch nicht nachzulassen im Kampf für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht.

Der Kassierer Wöste bemerkt in seinem Bericht, daß die Kassenverhältnisse

sich im verfloßenen Halbjahr nicht besonders günstig gestaltet haben, was selbstverständlich vor allem in der ungeheuren Arbeitslosigkeit seine Ursache habe. Die Einnahmen beliefen sich auf 104 775,79 M. gegenüber 184 711,77 M. im selben Halbjahr 1907. Am 1. Januar 1907 waren 33 523,07 M. Kassenbestand vorhanden, so daß damit die Gesamtsumme der Einnahmen 138 298,86 M. ist. Die Ausgaben betrugen 119 892,19 M. und der Kassenbestand war demzufolge am 1. Juli 1908 18 484,07 M. Dem Parteivorstand wurden an Monatsbeiträgen 74 000 M. überwiesen. Für die

Landtagswahl wurden 13 108,30 M., darunter 4777,25 M. an den Magistrat für Abschreibung der Wählerlisten ausgegeben. — Die Sammlung für das Auer-Denkmal ergab 3387,86 M. Die Gesamtkosten für die Errichtung des Denkmals waren 5650 M., das Defizit von 2262,14 M. wurde aus der Verbandskasse gedeckt.

Der Kassierer Klammer erklärte in seinem Bericht, daß die Revisionskommission Kasse, Bücher und Belege geprüft und alles in bester Ordnung befunden hat, weshalb sie beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht nimmt zunächst Kranz (4. Kreis) das Wort, der gemäß dem Parteitagssantrage des 4. Wahlkreises für konsequente Durchführung der Kaiserfeier eintritt.

Röder-Pantow führt aus, daß der Streit in jenem Wahlverein von dem Kreisvorstand und der Preschkommission nicht objektiv behandelt worden sei. Auch mit der Entsendung eines eigenen Berichtserstatters durch die Redaktion nach Pantow sei dieser Zweck nicht erreicht worden. Wegen der Berichtserfasser in der ersten Versammlung sei nicht viel einzumenden, doch habe er das, was dem Genossen Stadthagen unangenehm gewesen sei, nicht wieder gegeben. Der Berichtserfasser der letzten Versammlung habe aber durchaus nicht objektiv berichtet. Wenn dieser noch einmal nach Pantow käme, würde er rausgeworfen werden. Ihm selbst, dem Redner, sei ja geradezu nachgesagt worden, daß bei ihm in Gelbfaden wohl nicht alles in Ordnung wäre. Ebenso sei der Schluß des Berichts, daß „nur“ 200 Genossen amfahnd waren, eine absichtliche Fälschung der Genossen Groß-Berlins. Habe doch der Wahlverein nur 600 Mitglieder, und wenn 33 Proz. die Versammlung besuchten, so sei das doch kein schlechter Besuch.)

Ostrowski (4. Kreis) wünscht, daß mit dem Pantower Streit endlich Schluß gemacht werde. Vom Genossen Stadthagen hätte der Redner eine andere Antwort an Freilich erwartet, als die von der „Auge durch den Kopf“. In der Kaiserfeierfrage müsse man dem Parteitage das Vertrauen entgegenbringen, daß er die Sache so regelt, daß das deutsche Proletariat endlich eine würdige Art der Feier erringt. Der Redner erklärt ferner, daß die Parteibroschüren und Bücher, namentlich der Neue Welt-Kalender und der Arbeiter-Kriegskalender zu teuer seien. Er äußert schließlich den Wunsch, daß Wöste als Obmann der Preschkommission sein Amt niederlegen möge, um seine ganze Kraft dem Sekretariat widmen zu können.

Chrast (6. Kreis) hält es für unbedingt notwendig, daß den Genossen in der Pantower Angelegenheit Aufklärung darüber gegeben wird was gegen Kudig und Fehler vorliegt.

Wöste erklärte, daß wenn dies geschehen sollte, die Aufrollung der ganzen Streitsache notwendig werde. Er erübt die Versammlung die Sache von der Diskussion auszuschließen, bis das Schiedsgericht gesprochen. Es entspreche nicht den guten Gesplogenheiten in der Partei, durch allgemeine Diskussion den Verhandlungen eines Schiedsgerichts vorzugreifen. Der Redner fährt weiter aus, daß die „Vorwärts“-Redaktion in der Pantower Angelegenheit durchaus objektiv gehandelt, ebenso wie die Preschkommission, die an ihrem Beschluß, einen eigenen Berichtserfasser nach Pantow senden zu lassen, so lange der Streit dauert, festhalten werde. Dem Genossen Ostrowski erwidert der Redner, daß er das Amt in der Preschkommission ausgeübt habe, als er noch beim Privatunternehmer arbeitete, sowohl als Gewerkschaftsbeamter und auch jetzt als

*) Anmerkung der Redaktion. Obwohl Genosse Wöste dem Genossen Röder-Pantow auf seinen Vorwurf wegen mangelnder objektiver Berichtserstattung über die Pantower Versammlungen an Ort und Stelle bereits geantwortet hat, möchten wir noch besonders diesen Vorwurf als einen gänzlich unmotivierten entschieden zurückweisen. Unsere Berichtserfasser, die an den leidigen Pantower Streitigkeiten gänzlich uninteressiert sind, haben den ihnen gewordenen Auftrag, den sachlichen Kern aus den in den Pantower Versammlungen gepflogenen Debatten herauszuschälen, nach bestem Wissen erfüllt. Sie aber zum Verbreiter all der vielen in den Versammlungen gefallenen persönlichen und gehässigen Angriffe und Verunglimpfungen einzelner Personen zu machen, hat der „Vorwärts“ keine Ursache; dazu ist unser Blatt zu schade. Diese nützen auch nicht nur nicht unserer Sache, sondern sind vielmehr geeignet, sie zu schädigen und unseren Gegnern Waffen gegen uns zu liefern. Entschieden verurteilt werden muß aber die Art, in der Beauftragte unseres Blattes in Ausübung ihrer Pflicht von dem Genossen Röder persönlich attackiert werden, indem er ihnen bei ihrem Wiedererscheinen in Pantow den Hinauswurf in Aussicht stellt. Ein derartiges Benehmen, charakterisiert sich als alles andere, nur nicht als parteigenössisch.

Kleines feuilleton.

Im Pariser Schmuggel-Museum. In dem ehrwürdigen Bau des Pariser Hotel de Ville befindet sich ein seltsames Museum, von dem nur wenige Pariser wissen und das nur von wenigen Lernbegierigen besucht wird. In einer Reihe von Räumen befindet sich, sorgfältig geordnet, eine ganze Sammlung von heterogenen Gegenständen. Da sieht man neben fälschen Sattelgurte, neben künstlichen Blumenarrangements seltsam geformte Kautschukbeutel, alte Uhren, die mit melancholisch zitternder Stimme die Stunde schlagen, und tausend andere Geräte, an denen der Laie vergeblich etwas Auffälliges sucht. Aber gerade die Unauffälligkeit ist die Tugend dieser Ausstellungsobjekte, ihr Ziel ist es, nicht besonders beobachtet zu werden; denn alle diese Gegenstände, die hier aufgestellt liegen, sind die Ergänzungen des Gründungsgeistes schlaues Schmugglers, die mit Scharfsinn und Fleiß verfertigt haben, dem Staate nicht zu geben, was des Staates ist. Da sieht man einen umfangreichen Vollen alter Papiere; der ganze Scharfblick eines geübten und erprobten Zollmannes gehört dazu, um herauszufinden, daß dieser Vollen einen Hofraum birgt, in dem bester 50-prozentiger Alkohol verborgen war. Oder dort gewahrt man einen breiten gürtelartigen flachen Schlauch; er zerteilt in die Hälfte eines schlauen Schmugglers, der dadurch gewiß den Eindruck eines niederen, sehr wohlgenährten Bürgers machte. Auf welchem Wege mögen die Zollwächter entdeckt haben, daß der vertrauens-erweckende Embonpoint des würdigen Reisenden eigentlich aus feinstem holländischen Likör bestand. An den Wänden hängen schöne Pferdegeschirre; sie sind hohl, Spiritusofen und erlebte Tabale mögen in ihnen oft den Weg über die Grenze gefunden haben, ehe ein Beamter darauf kam, das Geschirr einmal genauer zu untersuchen. Daneben steht eine harmlos dreinschauende alte Wärmflasche; wenn der Omnibus von Charenton einlief, dann sah man oft ein altes würdiges Mütterchen dasfliehen, die sich gegen die Winterkälte kümmerlich zu schützen suchte, mit ihrer alten treuen Wärmflasche. Bis ein Zollwächter sich einmal bückte, daran klopfte, die Wärme vermehrte und entdeckte, daß das harmlose Gefäß höchst verdächtig nach Eau de Cologne roch. Daneben stehen andere seltsam geformte Kannen; leidende Damen, aufscheinend von der Wasserluht gepöbelnt, trugen sie sorgfältig besetzt unter ihren Kleidern. Das Meisterstück aber ist ein prachtvoller großer Totenkranz aus zartem weichen Moos, aus dem die Kunst des Gärtners kleine duftende Weiden hervorpräpichen ließ. Eines Tages zog von Revallios-Perret eine Weerbigung heran nach dem Montmartré-Archiphof. Auf der Totenbahre, über dem Sarge, lag der Kranz als die letzte Spende der Angehörigen und als ein Zeichen der Liebe, die nie aufhört. Aber die Pariser Zollwächter waren pietätlos, ihre kundigen Hände glitten hin über die zarten Weiden und das weiche

Moos, sie hoben den Kranz ein wenig, und schnell stellte sich heraus, daß der Verstorbenen hier nicht mit Blumen, sondern mit einer mächtigen Krone voll feinsten alten Rognaks zur letzten Ruhestätte geleitet wurde.

Die Erziehung der Sinne. Der Professor Elmer Gates vom Smithsonian Institut in Washington hat, ausgehend von der Erkenntnis, daß unsere Jugendziehung eine planmäßige Ausbildung und Schulung der Sinne so gut wie ganz vernachlässigt, eine Reihe von Experimenten vorgenommen, die außerordentlich interessante Resultate ergeben haben. Die jetzige Erziehungsweise, die die Ausbildung der sinnlichen Wahrnehmungsorgane bei den Kindern der Natur überläßt, führt nicht selten zu einer einseitigen Verkümmern dieses oder jenes Wahrnehmungsorgans, ein jeder lernt sehen, hören, tasten und riechen, so gut er es selbst kann, und nirgends ist von einer systematischen Entwicklung der Sinne die Rede. So beobachtet man denn auch in der Praxis sehr selten eine parallele Entwicklung aller sinnlichen Wahrnehmungsorgane; bei dem einen ist das Gesicht besser entwickelt als der Tastsinn, bei dem andern vermittelt ein ungeschultes Hörgorgan nur wenig präzise Lautvorstellungen und der Geruchssinn ist bei vielen Menschen stark verkümmert. Professor Gates hat keine Verläufe mit seinen eigenen Kindern vorgenommen und in jahrelanger stiller Arbeit den Wert seiner Methoden erprobt. Der systematischen Schule der Sinne geseht er eine geregelte Übung des Gehirns hinzu, von klein auf erzielt er die Kinder zu rationalem Denken und erreicht so mit der Zeit eine Scharfheit des Denkprozesses, die überraschen kann. Seine Experimente beginnen damit, daß er zunächst dem Kinde die primitiveren Farbenunterscheidungen vermittelt und dann nach und nach die Aufgaben verfeinert und steigert. Er bedient sich dabei kleiner farbiger Plättchen, die auf die zartesten Nuancen abgestimmt sind. Das Kind lernt nun die zartesten Tönungen von einander zu unterscheiden, und diese Übungen werden fortgesetzt, bis das Gesicht so geübt ist, daß Fratzen und Schwantungen nicht mehr eintreten. Diese Lehrtunden beginnen bereits in frühesten Kindheit im Alter von zwei oder drei Jahren, kurz in dem Augenblick, wo das Kind zu sprechen beginnt, und sie enden mit dem neubenten oder achten Jahre. Vom vierten Jahre ab tritt zu der Erziehung des Gesichtsinnes die des Gehörs. Der Gelehrte bedient sich dabei eines Sonometers, mit dem Tonstärke und Schallwellen sich messen lassen, und zugleich des Audiometers von Hughes, der die Schärfe des Hörens nachprüfen läßt. Eine Anzahl von besonderen Spielzeugen dient dann der Schulung raschen Denkens; die Kinder werden geübt, ihre Sinneswahrnehmungen in immer schnellerem Tempo zu bewußten Vorstellungen umzuwandeln und sofort die Schlüsse zu ziehen. So hat der Gelehrte für seine Kinder eine Plakette herstellen lassen, in der sich Löcher von verschiedenen Größen befinden; die Aufgabe ist, die in die betreffenden Löcher genau passenden Bolzen von verschiedener Dicke immer schneller einzuflicken. So lernt

das Auge, die Dimensionen des Bolzen und des Loches rasch in Beziehung zu setzen, und mit der Zeit gelingt es, auf diese Art die Wahrnehmung der Kinder außerordentlich zu schärfen und zu beschleunigen. Dem gleichen Zweck dient ein Ringpiel, das aus einer Art Hufeisbe besteht, an der sich Haken befinden. Das Kind übt sich nun die Ringe mit immer wachsender Schnelligkeit an die betreffenden Haken zu bringen. Ein besonderer Apparat, ein sog. Mergetheriometer, ein Instrument, das die Muskelkraft registriert, dient dabei der Messung der aufgewandten physischen Energie, die ebenfalls nach und nach gesteigert wird. Professor Gates hat beobachtet können, daß die Muskelkraft dabei gesteigert oder geschwächt werden kann durch die Erhöhung der Wärme oder Kälte der Glieder wie auch durch gewisse Reizmittel, wie Tee oder Kaffee. Seine Versuche haben gezeigt, daß der Morgen die beste Zeit für Muskelübungen ist und daß es von außerordentlich günstiger Wirkung ist, wenn allen Übungen eine kurze Ruhepause vorausgeht. In Amerika bringt man den interessanten Versuchen des Gelehrten die lebhafteste Aufmerksamkeit entgegen, und man hat bereits damit begonnen, die Methode Proföel durch die neue Methode Gates zu ersetzen und die planmäßige Schulung der Sinne und der Energie aus dem Reich wissenschaftlicher Versuche in die Praxis hinüberzuführen.

Sumor und Satire.

— Dementi aus Konstantinopel. Es ist unwar, daß die deutschen Schiffe anlässlich der Proklamierung der türkischen Verfassung nicht geslaggt hätten. Sie hatten geslaggt; sogar — halb-mast.

— Russische Sparsamkeit. „Erzählen, unsere Gefängnisse sind überfüllt, wir müssen sie durch Neubauten erweitern.“ — Nein, nein, die Finanzlage Rußlands erheischt Sparsamkeit, schaffen wir in unsern Gefängnissen lieber Platz durch den Strang.“ (Simplicissimus.)

Notizen.

— Ferdinand Freiligrath soll in seiner Vaterstadt Soest ein Denkmal erhalten.

— Die Herztöne photographisch aufzuzeichnen gelingt mit Hilfe eines von Professor Weiß konstruierten Apparates. Nach der „Anschau“ werden die Schallschwingungen durch ein festmontiertes Rohr, das an die Brust gedrückt wird, auf eine kreisförmige Seifenlamelle (Seifenblase) übertragen. Auf dieser ruht ein Hebelchen, dessen Bewegungen photographisch aufgenomnen werden. Das Gewicht des bewegten Systems beträgt nur etwa fünfhundertstel Milligramm. Mit Hilfe dieses sinnreichen Apparates ist es gelungen, die normalen Herztöne in kurzen aufzuzeichnen und auch die bei Herzfehlern austretenden Geräusche photographisch zu fixieren. Der Apparat ist in gleicher Weise zur Aufzeichnung anderer Schall- und verwandter Schwingungen von geringster Intensität geeignet.

Angestellter der Partei keine Ursache habe, die Kerner niederzulegen, wenn er wieder dazu gewillt werde.

Wittorf (8. Kreis) äußert sich in der Pantower Frage im selben Sinne wie Weis.

Ein Antrag des Genossen Wilhelm auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Ernst bemerkt in seinem Schlusswort, was die Raifeler Angelegenheit so sei sicherlich die Mehrheit der Berliner Genossen für eine bessere Durchführung. Aber man werde sich auch hierin den Beschlüssen des Parteitagtes fügen müssen. Was den Wunsch nach Verbilligung der Reichshäuser betreffe, so habe darüber auch die Gesamtpartei zu entscheiden. Zur Pantower Angelegenheit äußerte der Redner den Wunsch und die Hoffnung, daß die gegenseitige Wechselseitigkeit baldigst aufhören möge.

Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge.

In dritten Punkt der Tagesordnung: Anträge, Beratung und Beschlußfassung, kommen zunächst die

Anträge über die Frauenorganisation

zur Verhandlung. Es sind folgende:

Frauen und Zentralvorstand.

1. „Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.“

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet.“ (Mit 33 gegen 5 Stimmen im Zentralvorstand angenommen.)

Der Zentralvorstand wünscht, daß der Frauen- und Mädchenbildungsverein sich am 1. Januar 1909 auflöst, wenn bis dahin — entsprechend den Beschlüssen des Parteitagtes in Nürnberg — die Frage der Organisierung der weiblichen Jugend für Berlin geregelt ist.“ (Mit 27 gegen 11 Stimmen im Zentralvorstand angenommen.)

2. „Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer können für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte eingerichtet werden, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.“ (Mit 30 gegen 3 Stimmen im Zentralvorstand angenommen.)

3. „Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.“

Für Groß-Berlin soll der Beitrag für weibliche Mitglieder 20 Pf. betragen.“ (Beschlusparagraf mit 30 gegen 2 Stimmen im Zentralvorstand angenommen.)

Vierter Kreis.

Zu Absatz 3: „Der Beitrag für weibliche Mitglieder wird auf 10 Pf. pro Monat festgesetzt.“

Leitow-Weeslow.

Zu Absatz 3: „Die Generalversammlung erhebt energisch Protest gegen den Beschluß des Zentralvorstandes Groß-Berlins betreffend die Festsetzung des Beitrages für die weiblichen Mitglieder und beantragt, den Beitrag so niedrig wie irgend möglich zu bemessen.“

4. „Dem Vorstande des Kreiswahlvereins muß mindestens ein weibliches Mitglied angehören.“ (Mit 35 gegen 8 Stimmen im Zentralvorstand angenommen.)

5. „Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.“ (Mit 30 gegen 4 Stimmen im Zentralvorstand angenommen.)

6. „Solange betreffs der Besichtigung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegation der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.“ (Mit 30 gegen 10 Stimmen im Zentralvorstand angenommen.)

7. „Das Eintrittsgeld für weibliche Mitglieder beträgt wie für die männlichen 20 Pf. bei Einhandigung der Broschüre: „Die Grundzüge der Sozialdemokratie.“ Organisierte Frauen zahlen kein Eintrittsgeld.“ (Mit 44 Stimmen einstimmig im Zentralvorstand angenommen.)

Niederbarnim.

„Von den Beiträgen der Genossinnen sind an Groß-Berlin 5 Pf. zu entrichten.“

Ernst bemerkt zu den Anträgen: In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Frauen und der Entscheidung der Parteigenossen habe der Vorstand den Beitrag auf 20 Pf. festgesetzt. Der Zentralvorstand habe damit lediglich der Meinung der Parteigenossen und Genossinnen Rechnung getragen. Der Protest von Leitow-Weeslow sei darum durchaus unangebracht.

Ostrowski hält den Protest für vollkommen berechtigt. Es hätte gar nichts geschadet, wenn man mit der Festsetzung der Beiträge bis zur Generalversammlung gewartet hätte. In Gewerkschaft und Partei habe man mit den geringsten Beiträgen begonnen, und so müsse es auch nun in der Frauenorganisation geschehen, um die Massen zu gewinnen. Der Redner empfiehlt den Antrag des vierten Kreises, die Beiträge der weiblichen Mitglieder auf 10 Pf. festzusetzen.

Frau Engels protestiert gegen den Antrag, durch den die Frauen gewissermaßen zu Genossen zweiter Güte gemacht würden. Wir Frauen wollen, daß sehr viel Agitation für uns entfaltet werde, und weil wir wissen, daß das mehr kostet, als durch 10 Pf. Beitrag ausgebracht werden kann, wollen wir 20 Pf. gerne zahlen. Es handelt sich doch dabei um nur 2 1/2 Pf. mehr die Woche, und es wäre übel angebracht, wenn die Genossinnen hier gegen unseren Willen den niederen Beitrag beschließen würden. Wohl bin ich selbst als Mitglied des vierten Kreises gezwungen, für den Antrag zu stimmen. Die Gründe aber, die dort dafür angeführt wurden, sind so hinsichtlich wie möglich. Da wurde gesagt, daß die Männer den Beitrag der Frauen mitzahlen müßten. Aber die Statistik hat ja längst bemerkt, daß die Masse der Frauen als Lohnarbeiter mitverdienen muß, und in Familien, wo das nicht der Fall ist, wird es wohl so gut stehen, daß die Frau noch viel leichter die 20 Pf. zahlen kann. Für Groß-Berlin sind 7000 bis 8000 Frauen zu den Wahlvereinen übergetreten, und diese haben doch wohl das erste Recht zu bestimmen, daß sie den höheren Beitrag zahlen wollen. Im übrigen haben sich ja die meisten Bezirke schon in den Wahlabenden für den 20 Pf.-Beitrag entschieden, so daß sich die Minorität dem fügen muß.

Krang erklärt, daß in seiner Abteilung die Genossen der Meinung sind, daß der 10 Pf.-Beitrag genügt. Hermann Wolf, 2. Kreis, hält es ebenfalls für notwendig, mit den niedrigsten Beiträgen zu beginnen, um die Frauen auf breiterer Basis als bisher zu organisieren. Ebenso sprechen Wilhelm und Schmölke, 4. Kreis, für den niedrigen Beitrag. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Ernst führt in seinem Schlusswort aus, daß der Zentralvorstand, gebunden durch die Abstimmung, die doch als die Entscheidung der Wahlabende vorlag, bei der Festsetzung des Frauenbeitrages die Grundzüge der Demokratie durchaus nicht verletzt habe. Er weist darauf hin, daß in Gewerkschaften wie Partei Anträge auf Beitragserhöhungen in der Regel auf Heftigkeit belächelt wurden und zwar mit denselben Behauptungen wie hier, daß das Wachstum der Organisation dadurch gehindert werde, daß aber regelmäßig großer Gewinn an neuen Mitgliedern die Folge war. Hier nun, wo die Frauen selbst den 20 Pf.-Beitrag angeboten haben, wäre es doch ganz verkehrt, ihnen den 10 Pf.-Beitrag aufzuzwingen.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages vom 4. Kreis mit 319 gegen 273 Stimmen.

Ernst erklärt, daß da für den August der 20 Pf.-Beitrag schon geltend sei, der nun beschlossene Beitrag von 10 Pf. wohl erst mit dem Monat September in Kraft treten könne, eine Rückzahlung der 10 Pf. vom August wohl nicht gewünscht werde. — De-

gegen wurde kein Widerspruch erhoben. — Der Protestantrag von Leitow-Weeslow wurde mit 200 Stimmen für und 254 gegen abgelehnt. — Ernst erklärte, daß die Generalversammlung damit entschieden habe, daß der Zentralvorstand richtig gehandelt habe, als er über die Festsetzung der Beiträge beschloß. Hätte die Generalversammlung in dieser Hinsicht anders entschieden, so wäre der Vorstand genötigt gewesen, zurückzutreten.

Die übrigen Anträge zur Frauenorganisation wurden mit starker Mehrheit angenommen, mit Ausnahme des letzten von Niederbarnim gestellten. In dieser Hinsicht beschloß die Generalversammlung, daß der volle Beitrag von 10 Pf. an die Zentralkasse abgeführt werden soll.

Darauf kommt folgender Antrag des 2. Kreises zur Verhandlung:

„Bei wichtigen Anlässen (18. März usw.) sollen vorher die Wahlabende beraten, welche Stellungnahme hierzu einzunehmen ist.“

Es sollen die Genossen nicht wieder vor fertige Tatsachen gestellt werden, wenn sie den Anforderungen nicht voll und ganz nachkommen können.

Der Antrag wird jedoch, nachdem Voelke klargestellt hat, warum in solchen außerordentlichen Fällen nicht erst lang und breit in den Wahlabenden beraten werden kann, mit starker Mehrheit abgelehnt.

Sodann wird über den folgenden Antrag des 3., 4. und 6. Kreises beraten:

„Parteienossen, welche zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, wird nach zweimonatlicher Arbeitslosigkeit oder Krankheit auf Antrag der „Vorwärts“ gratis geliefert.“

Der Antragsteller muß aber mindestens seit zwei Jahren Abonnetter des „Vorwärts“ sein.“

Weis führt hierzu an, daß der Zentralvorstand die Annahme dieses Antrages empfiehlt, jedoch unter der Bedingung, daß der Beschluß als provisorisch gelten soll, die endgültige Beschlußfassung erst im nächsten Frühjahr stattfindet. Der Redner berichtet ausführlich über die Berechnungen, die der Zentralvorstand auf Grundlage der Arbeitslosenstatistiken von Gewerkschaften angestellt hat, um den Ausfall an Einnahmen abzuschießen, der mit der Durchführung des Beschlusses verbunden sein wird und teilt außerdem mit, daß der Zentralvorstand an die Gratislieferung noch die Bedingung zu knüpfen für notwendig hält, daß die betreffenden Genossen, soweit sie nicht bettlägerig krank sind, sich den „Vorwärts“ von ihrer Parteipostition abholen. Wer auf diese geistige Kost Wert lege, werde den Weg nicht scheuen.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte mit den vom Zentralvorstand empfohlenen Bedingungen angenommen.

Zur Verhandlung kommt dieser Antrag des 4. Kreises:

„Die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins wolle beschließen:

In derselben Weise wie im Jahre 1908 eine Statistik über die gewerkschaftliche und politische Organisationszugehörigkeit der Parteigenossen Groß-Berlins aufgenommen wurde, ist jetzt (in der stillen Zeit nach der Wahl) eine Statistik über die Zugehörigkeit der Berliner Parteimitglieder zu den offiziellen Religionsgemeinschaften aufzustellen und die Ergebnisse — wieviel Mitglieder derselben und wieviel Dissidenten der Partei in Berlin angehören — im „Vorwärts“ oder im „Mitteilungsblatt“ bekanntzugeben.“

Frome, 6. Kreis, ersucht um Ablehnung des Antrages. Man solle bedenken, wieviel Arbeit eine solche Statistik mache. Wenn in Zukunft wieder einmal aus anderen Gründen eine Statistik notwendig werde, könne man dabei auch diese Frage berücksichtigen.

Hoffmann, 4. Kreis, empfiehlt den Antrag. Es sei ja durchaus nicht die Absicht, die Personen zu nennen, die der Kirche angehören oder nicht. Wer aber den Artikel im lokalen Teil des „Vorwärts“ vom Freitag gelesen habe, der müsse begreifen, daß es sich hier um eine wichtige Frage handelt. Der Zweck des Antrages, der nicht von mir herrührt, ist auch keineswegs, etwa für die freireligiöse Gemeinde Propaganda zu machen.

Prethaler empfiehlt im Namen des Zentralvorstandes Ablehnung des Antrages. Das Resultat einer solchen Statistik könne nicht einwandfrei festgestellt werden, da man sich dabei auf das Wort des einzelnen nicht verlassen könne.

Ritter, 3. Kreis, spricht ebenfalls gegen den Antrag. Wir können auch niemand verpflichten, aus der Kirche auszutreten.

Es folgt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen.

Es ist ein

Protest der anwesenden Genossinnen

dagegen eingereicht, daß bei der Abstimmung über die Beitragshöhe der Antrag auf 20 Pf. als der weitestgehende nicht zuerst abgestimmt wurde. Ernst erklärt, daß allerdings in dieser Hinsicht ein Fehler begangen sei, und stelle der Generalversammlung anheim, die Abstimmung eventuell nochmals vorzunehmen. Weis, als Sekretär der Provinz Brandenburg erklärt, daß eine große Anzahl von Wahlvereinen der Provinz bereits den 20 Pf.-Beitrag beschlossen hat, die Genossinnen selbst ihn zahlen wollen.

Durch Anträge der Versammlung wird der Redner verhindert, weiter zu sprechen. Es wird beschlossen, über den Protest zur Tagesordnung überzugehen.

Die Versammlung beschloß dann, die noch nicht erledigten Anträge bis zur nächsten Generalversammlung zurückzustellen, um das als 4. Punkt der Tagesordnung aufgeführte Referat des Genossen Rollenbuhr über

Die politische Bedeutung der Budgetbewilligung

entgegenezunehmen.

Zu diesem Punkte lag vor folgende

Resolution Rollenbuhr:

„In Erwägung, daß die Staatsberatungen in den Parlamenten der scheinverfassungsmäßigen Staaten die einzige Gelegenheit bieten, die bestehenden Gesetze, den Gesetzesentwurf und die Verwaltung zu kritisieren und bei der Schlußabstimmung über den Etat die einzige Gelegenheit gegeben ist, unsere Stellung zu den geltenden Gesetzen, dem Gesetzesentwurf und der Verwaltung des Staates zum Ausdruck zu bringen,

in welcher Erwägung, daß die Versammlung in der Annahme des Etats eine Zustimmung zu den bestehenden Zuständen und ein Vertrauensvotum für die Regierung erteilt, erwartet die Versammlung von den Abgeordneten der Partei im Reichstage und den Landtagen, daß sie so lange gegen die Annahme des Etats stimmen, als der Staat den Klassencharakter trägt und die Sonderinteressen der bestehenden Klassen und deren Bürokratie gegen die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

Eine Zustimmung wäre nur dann zu billigen, wenn wesentliche Forderungen unseres Programmes erfüllt und Garantien gegeben sind, daß sie im demokratischen Sinne durchgeführt werden.“

Außerdem hatten die Genossen Grunwald, Heinrich Schulz und Ströbel diese Resolution eingebracht:

„Der Etat ist der verfassungsmäßige Ausdruck der politischen und wirtschaftlichen Klassenherrschaft; ihn annehmen heißt deshalb nichts anderes, als der Klassenherrschaft die Mittel zur Ausübung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht zu gewähren.“

Von dieser Erkenntnis ausgehend, protestiert die Generalversammlung mit Entschiedenheit gegen die Budgetabstimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Baden und Bayern. Sie sieht darin einen Verstoß gegen den Sinn des Lübecker Parteitagbeschlusses.

Um solchen Verstößen in Zukunft auch den Schein einer Berechtigung zu nehmen, erwartet die Generalversammlung, daß der Rührberger Parteitag den letzten Abjag der Lübecker Budgetresolution freistellt.“

Zu der Resolution Rollenbuhrs lag ein Antrag Nedetzki vor, statt der Worte „wesentliche Forderungen“ zu setzen: „unsere und unser Programm voll und ganz“; ferner zwei Änderungsanträge Eduard Verurstein, im ersten Abjag die Worte „und bis“

auf der ersten Seite bis zum Schluß des Absatzes zu streichen, und statt der Worte „nur dann zu billigen“ bis zu „durchgeführt werden“ zu setzen:

„nur dort zu billigen, wo die Abstimmung diese Bedeutung nicht hat und das Budget gegen das vorherige wesentliche Verbesserung im Sinne unserer Forderungen enthält.“

Außerdem stellte Adolf Hoffmann den Antrag, der Resolution anzufügen:

„Diese Zustimmung darf aber nur dann erfolgen, wenn die Landesorganisation, oder — falls diese nicht so schnell einzuberufen ist — die Zeitung derselben vorher ihr Einverständnis gibt.“

Der Referent Rollenbuhr führte hierzu aus, daß er die Frage so behandeln werde, als ob jene Vorgänge in Süddeutschland nicht da wären, um sie so rein akademisch zu erledigen. Aber die Vorgänge selbst seien geeignet, das Bild zu verklären. Die Frage, ob es Aufgabe der Gesamtpartei ist, die Marschroute zu geben, ist ganz entschieden zu bejahen, denn wir sind nicht Parteien, sondern eine Partei mit einheitlichem Programm. Nun sagt man, daß die Abstimmung eine Frage der Taktik sei. Aber es ist selbstverständlich, daß die Gesamtpartei auch über die Taktik zu bestimmen hat, was auch immer anerkannt ist. Der Etat selbst ist eine wesentliche Grundlage des Konstitutionsismus.

Nun wird behauptet, daß in anderen Staaten die Genossen bei der Budgetabstimmung anders handeln. Dabei ist anzuerkennen, daß es Staaten gibt, wo ganz andere Grundlagen des Staatsrechts vorhanden sind, wie in Amerika, wo das Volk die Richter und Beamten wählt. Dann gibt es konstitutionelle Staaten, wo die Regierung der Mehrheit des Parlamentes entnommen, das Parlament aber das Verbleiben des Ministeriums zu entscheiden hat. Aber solche Staaten haben wir nicht innerhalb des Deutschen Reiches. Es sind scheinverfassungsmäßige Staaten, wo die Monarchen die Minister wählen, und zwar solche, die ganz im Widerspruch zu der Mehrheit des Volkes stehen.

In solchen scheinverfassungsmäßigen Staaten besteht das Budgetbewilligungsrecht des Parlamentes hauptsächlich, weil davon der Kredit des Staates abhängt. Nun sagen die süddeutschen Genossen häufig, daß in ihren Staaten alles besser bestellt sei als in Preußen. Aber damit ist nicht gesagt, daß es dort gut ist; es kann sogar manches Hundsmiserabel sein. Es gibt keinen Bundesstaat, in dem die Forderungen unseres Programmes auch nur einigermaßen erfüllt sind, keinen, wo das allgemeine gleiche Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes durchgeführt ist, keinen, wo die Bürger direkt mitzureden haben über die Gesetzgebung, keinen, wo das Volk die Beamten wählt, oder wo die Religion Privatangelegenheit ist, oder wo die Weltlichkeit der Schule, die Unentgeltlichkeit auch des Unterrichtes an den höheren und höchsten Lehranstalten durchgeführt ist usw. Es wird auch noch keine Regierung geben, die diese Forderungen zu ihrem Programm erhoben hat. Day wir das alles fordern, können wir bei der Budgetberatung ja nicht durch Anträge, wohl aber durch unsere Kritik und durch die Abstimmung zum Ausdruck bringen. Wenn aber jemand bei der dritten Lesung für den Etat stimmen will, so hat er nicht das Recht, bei der ersten Lesung dagegen zu sprechen, und umgekehrt. Gewiß ist das Stimmgeben gegen den Etat eine einfache Demonstration, so lange wir in der Minderheit sind; aber es kann auch etwas anderes werden. Wenn wir in der Mehrheit sind und die Regierung die beschlossenen Gesetze nicht durchführt, ist es das einzige Mittel, sie dazu zu zwingen. Es gibt Genossen, die nicht immer „Rein“ sagen wollen. Aber, wo etwas gegen das Gemeinwohl verstößt, ist es doch ihr Recht und ihre Pflicht, Rein zu sagen. Die süddeutschen Genossen sagen nun, wir urteilen, ohne ihre Gründe gehört zu haben. Nun, offensichtlich wird das Schweigegebot, das uns bisher verhinderte, sie ausführlich zu erfahren, zum Parteitag aufgehoben sein. Ich werde wohl schmerzlich zu einem anderen Resultat kommen. Aber es scheint nicht zweckmäßig, dem Urteil des Parteitagbeschlusses entgegenzusetzen, wie es die Resolution Grunwald tut. Darum sollten wir erst ihre Gründe hören.

Grunwald bemerkt dagegen, daß es eine Verschleierung wäre, wenn man nicht ansprechen wolle, warum wir uns mit der Frage der Budgetbewilligung befassen, die Vorgänge in Baden und Bayern nicht erwähnen wollten. Was die grundsätzliche Frage betrifft, so könne im Klassenstaat der Etat nichts anderes sein als der Ausdruck der Klassenherrschaft. Damit ist nicht gesagt, daß er nicht einzelne Positionen enthalten kann, die wir billigen; aber das sind doch nur Nebensachen. Wer den Etat gut heißt, nimmt damit die Grundlagen der jeweiligen Regierung an. Wie der internationale Kongreß zu Amsterdam beschlossen hat, daß kein Sozialdemokrat Mitglied einer bürgerlichen Regierung werden darf, so muß man auch jedem Sozialdemokraten verbieten, seine Zustimmung zum Budget zu geben. Jede Budgetbewilligung verleiht auch so schon gegen jenen Amsterdamer Beschluß, denn das Budget ist nichts anderes als die materielle Möglichkeit des Regierens.

Unser Lübecker Beschluß läßt ja leider Ausnahmen zu. Aber die Urheber dieser Resolution haben nie daran gedacht, daß dies so ausgenutzt werden sollte, wie nun von den süddeutschen Genossen. Weil die Motive verkannt worden sind, ist es notwendig, den Beschluß nun so klar und unabweisbar wie nur möglich zu gestalten. Das ist nur dadurch herbeizuführen, daß wir den letzten Absatz der Lübecker Resolution streichen. Die Resolution des Genossen Rollenbuhr ist leider viel zu allgemein gehalten. Wir wollen klar zum Ausdruck bringen, worum es sich handelt. —

Verstein führt zur Begründung seiner Änderungsanträge an: Der erste Antrag sei rein formeller Natur. Daß bei der Schlußabstimmung zu den Etats die einzige Gelegenheit gegeben wäre, unsere Stellung zum Ausdruck zu bringen, treffe nicht zu; es gäbe dazu vielmehr unzählige Gelegenheiten in allen Parlamenten. Der zweite Antrag solle allerdings den süddeutschen Genossen entgegenkommen. Redner stimmt unbedingt dem zu, daß die Gesamtpartei das Recht haben muß, den Genossen die Marschroute vorzuschreiben; doch müsse diese Marschroute so sein, daß sie ihnen auch die notwendige Bewegungsfreiheit läßt. Keine Abstimmung gehe so ruhig vor sich wie die Schlußabstimmung über das Gesamtbudget. Jegendwellige politische Bedeutung werde in der Regel nicht daran geknüpft. Um eine Regierung zu Fall zu bringen, habe man in konstitutionellen Ländern andere Mittel. Nun sage man, mit dem Budget bewillige man dem Klassenstaat die Mittel zu seiner Existenz. Er, Redner, sei in die Lage gekommen, im Einverständnis mit der ganzen Reichstagsfraktion dem Klassenstaat härtere Mittel vorzuschlagen, als die Regierung fordert. So bei der Erbschaftsteuer, wo die Fraktion, nachdem ihre eigenen Anträge nicht angenommen wurden, erklärte, für die Kommissionsvorschlüsse zu stimmen. Er, Redner, sei früher ein Gegner der Budgetbewilligung gewesen. Nachdem aber eine so große Anzahl von Parteigenossen, unter ihnen recht radikale, anderer Meinung wurden, sei auch er dazu gekommen, die Frage näher zu prüfen. Wenn diese Genossen sich in Gegenlag zu der Partei stellten, sich entschlossen, mit Ja zu stimmen, so solle man sie doch erst hören und nicht erst die Türen schließen, durch die man doch vielleicht hindurch müsse. Ich habe nichts dagegen, daß die Genossen erst, wie der Antrag Hoffmann will, die Zustimmung ihrer Landesorganisation einholen. Hoffmann ruft: Dann gieße ich meinen Antrag zurück! Daß wir, wie man behauptet, eine Reformpartei werden, das jagt mir keine Furcht ein; aber daß wir eine bürgerliche Reformpartei werden, das glaube ich nicht. Wir bleiben immer die Arbeiterpartei. Der Redner meint, daß die Gefahr viel größer sei, daß Genossen, die sich von einer gegenteiligen Meinung überzeugt haben, nicht den Mut haben würden, sie der Mehrheit gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Hierauf beschloß die Versammlung auf Antrag des Genossen Grotzer, die Diskussion über diesen Punkt auf eine außerordentliche Generalversammlung zu verschieben, die noch vor dem Parteitag stattfinden soll. Es wird als selbstverständlich angesehen, daß die Mandate der Delegierten auch für diese Fortsetzung der heutigen Versammlung gelten. Die Vertagung war notwendig, weil der Saal für eine andere Veranstaltung vermietet war, die um 8 Uhr, als die Generalversammlung geschlossen wurde, beginnen sollte.

10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 21. Aug.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Debatte über den Punkt Agitation in der Wäscheindustrie wird fortgesetzt und bringt viel Interessantes über die traurigen Verhältnisse in dieser Branche.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Ueber die

Entwicklung der Tarifverträge im Schneiderberufe

referierte Mirus, Berlin. Der Abschluß von Tarifverträgen steigerte sich in den letzten Jahren ganz gewaltig. Im Jahre 1904 hatte der Verband 43 Tarifverträge abgeschlossen, 1905 waren es schon 98, 1906 138, 1907 217 und am 1. Juli 1908 276. Diese 276 Tarife beziehen sich auf 7579 Betriebe mit 59 050 Personen. Mit dem Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband, kurz Adav genannt, sind von den 276 Verträgen allein 92 abgeschlossen. Referent bespricht eingehend die einzelnen Bestimmungen, die im Tarif festgesetzt werden müssen (dem Zeitlohn sollte in Zukunft bei Abschluß von Tarifen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden), und behandelt dann die seitigen Punkte bei Tarifabschlüssen mit dem Adav. Das mit dem Adav abgeschlossene Tarifvertragschema löst für beide Teile nur von Vorteil sein. Der Regelung eines Einheits-tarifes über das ganze Reich ständen große Schwierigkeiten entgegen. Voraussetzungen müßte sein, daß die Lohnverhältnisse in den einzelnen Orten sich gleichen. Das wäre aber heute nicht der Fall und die Frage des Einheits-tarifes noch nicht genügend geklärt. Mirus behandelte dann besonders ausführlich die Frage der Uebernahme der Tarifverträge auf die Hauptvorstände. Er begründet zu dieser Frage, in der große Meinungsverschiedenheit unter den Mitgliedern herrscht, folgende Resolution, die vom Vorstand dem Verbandstag unterbreitet wird:

Der 10. ordentliche Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter erklärt sich mit dem, mit dem Adav getroffenen Vereinbarungen vom 31. Januar und 21. November 1907, unter Veräußerung des Antrages 14, Abs. III der Vorlage, einverstanden. Die Delegierten erklären ferner, daß sie die Uebernahme der bereits abgeschlossenen oder in nächster Zeit abzuschließenden Tarife durch die Hauptvorstände nicht prinzipiell verweigern, jedoch diese Frage zurzeit noch nicht genügend geklärt erachtet. Sie sind aber auch der Auffassung, daß die jetzige Form der Tarifabschlüsse dieselbe Wirkung hat, weil die Zentralvorstände jederzeit bereit sind, für die Aufrechterhaltung und Durchführung der Tarifverträge mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten. Der Vorstand ist ermächtigt, mit dem Vorstand des Adav weitere diesbezügliche Verhandlungen zu führen.

Die Diskussion ist sehr ausgefallen. Sie dreht sich hauptsächlich um den Punkt Uebernahme der Tarifverträge durch die Hauptvorstände, d. h. daß an Stelle der lokalen Instanzen, nur die Hauptvorstände die vertragsschließenden Parteien sein sollen. Im Prinzip sind die Redner wohl für die Uebernahme, sie sind aber der Ansicht, daß diese Frage noch nicht genügend geklärt und der geeignete Moment dafür noch nicht gekommen ist. Eine Reihe Redner sprechen auch gegen Doppel-tarife, d. h. daß ein Geschäft in Ausnahmefällen nach zwei Klassen arbeiten lassen kann. Auch wird gemüßigt, daß Vorarbeiten für die Einführung von Bezirks- und Reichstarifen getroffen werden sollen.

Die Debatte wird durch Schlussantrag beendet, und da die eingesehene Kommission ihre Arbeiten noch nicht erledigt hat, zunächst das Referat über:

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Biederungsbranche

entgegengenommen. Der Referent Tausch, München hebt hervor, daß den Kollegen in den Bekleidungsämtern das Koalitionsrecht bedeutend geschmälert wird. Ein typisches Beispiel hierfür sei ein Vorkommnis beim 9. Armeekorps in Altona. In dem dortigen Bekleidungsamt habe ein Kollege während dem Frühstück zu einer Versammlung eingeladen und sei deshalb ohne Kündigung entlassen worden. Die Militärverwaltung habe daraufhin diese Bekanntmachung erlassen:

„Von Einstellung sind Personen ausgeschlossen, die sozialdemokratischen oder staatsfeindlichen Bestrebungen Vorschub leisten, oder von denen vorauszusetzen ist, daß sie den Frieden zwischen der Wehrmacht und den Arbeitern und den Arbeitern untereinander fördern wollen.“

Im Bekleidungsamt in Kiel müßten die Arbeiter vor Einstellung ein ärztliches Attest nicht nur für ihre Person, sondern auch für ihre Frau und Kinder vorlegen. Redner bespricht weiter sehr ausführlich die Verhältnisse der Bekleidungsämter in den verschiedenen Staaten und weist nach, wie schlecht die in der Biederungsbranche tätigen Personen bezahlt werden. Die Organisation müßte vor allen Dingen darauf bringen, daß Tagelöhne eingeführt, das Koalitionsrecht gewährt und Vertriebsstellen eingeführt werden. Der Referent begründet folgende Resolution, der der Verbandstag auch ohne Diskussion zustimmt:

„Zugleich der von Reich, Staat und Gemeinde zu vergebenden Arbeiten ist der Verbandstag der Ansicht, daß es Pflicht der Behörden ist, diese Arbeiten in eigenen, allen hygienischen und technischen Anforderungen entsprechenden Verhältnissen, unter Einhaltung der am Orte bestehenden Tarifverträge und Gewährleistung voller Koalitionsfreiheit, anfertigen zu lassen. Solange bestehende Forderungen nicht erfüllt sind, ist es Pflicht der Behörden, die Arbeiten nur an solche Unternehmer zu vergeben, welche die vorgenannten Bedingungen in jeder Weise erfüllen. Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, alle im Submissions- und Lieferungsverfahren vorkommenden Mißstände als Material zu sammeln und durch den Hauptvorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sowie den Landtagsfraktionen in den einzelnen Bundesstaaten und unseren Vertretern in den Kommunen zur geeigneten Verwertung zu überweisen.“

Von einem Bericht vom Gewerkschaftskongress wurde abgesehen und gegen 4 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Der Verbandstag erklärt sich mit den auf dem 6. Gewerkschaftskongress gefassten Beschlüssen einverstanden.“

Zum Punkt Internationale Schneiderkonferenz, die am nächsten Montag in Frankfurt a. M. beginnt, hält Stühmer, Berlin ein kurzes Referat. Er schildert die internationalen Beziehungen, die durch die Konferenz noch weiter ausgebaut werden sollen.

Dann erstattet Kunze, Berlin den Bericht der Statutenberathungskommission. Nach dem Vorschlag dieser Kommission stimmt der Verbandstag u. a. folgenden Anträgen zu:

„Der Uebertritt der Mitglieder anderer Organisationen kann unter Anrechnung der geleisteten Beiträge erfolgen.“

„Das Eintrittsgeld wird Befreiung und solchen Kollegen, die nach beendeter Lehrzeit gleich dem Verbands beitreten, erlassen.“

Sechster Verhandlungstag.

Der Bericht der Statutenberathungskommission wird weiter entgegengenommen und zunächst die Beitragsfrage behandelt. Die Kommission schlägt vor, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 45 Pf., und für weibliche Mitglieder auf 30 Pf. pro Woche festzusetzen. Dies wäre eine Erhöhung um 10 und 5 Pf. Der Vorschlag rief eine lebhafteste Debatte hervor. Es äußern sich nicht weniger als 28 Redner zu dieser Frage und erörtern nachmal alle Gründe für und gegen die Erhöhung der Beiträge. Einer Beitragserhöhung um nur 5 Pf. würde die Mehrzahl der Opponenten zustimmen. Bei der Abstimmung stimmen 60 Delegierte für den Kommissionsvorschlag, 41 dagegen. Da aber zur Statutenänderung eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, ist der Kommissionsantrag abgelehnt. Der Verbandstag korrigiert dann seinen früheren Beschluß bezüglich Einheitsbeitrages und beschließt gegen 25 Stimmen die Einführung von Staffeltarifen.

Verbandsvorsitzender Stühmer, Berlin schlägt die Festsetzung von zwei Klassen vor. Und zwar für männliche Mitglieder 40 und 50 Pf., für weibliche Mitglieder 20 und 25 Pf. Wochenbeitrag. Er plädiert für Selbstentscheidung. Gegen wenige Stimmen werden diese Vorschläge angenommen. Zugestimmt wird ferner einem Antrag der Kommission, daß an Stelle von Extra-beiträgen doppelte Wochenbeiträge gefestigt werden müssen.

Durch die Abmachungen mit dem Arbeitgeberverband machte sich eine Reihe Änderungen des Streitreglements nötig und arbeitete der Hauptvorstand ein neues Reglement aus. Die wichtigsten Bestimmungen desselben, denen der Verbandstag zustimmt, betreffen: Angriffsbewegungen müssen mindestens drei Monate vor Beginn, in Orten oder Branchen, wo Tarifverträge bestehen, mindestens drei Monate vor Kündigung derselben, dem Verbandsvorstand und den Gauleitern gemeldet werden. Ohne Zustimmung des Vorstandes darf in keine Lohnbewegung eingetreten werden. Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, die an die Arbeitgeber zu stellenden Forderungen mindestens acht Wochen vor Einreichung und vor der endgültigen Beschlußfassung in einer Branchensammlung und der darauf folgenden Mitgliederversammlung dem Vorstand zur Genehmigung zu unterbreiten. Den vom Vorstand eventuell getroffenen Änderungen der Forderungen ist Rechnung zu tragen. Mit der Einreichung der Forderungen bei den Arbeitgebern oder deren Organisation ist zugleich die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen zu betonen und um Festsetzung einer Sitzung zu ersuchen. Es darf nur dann in einen Streit eingetreten werden, wenn sich mindestens zwei Drittel der am Orte befindlichen Mitglieder dafür entscheiden, die mit dem Arbeitgeberverband in dem „Uebereinkommen“ vorgesehenen Instanzen in einer Sitzung zu den Differenzen Stellung genommen haben und der Vorstand seine Zustimmung gegeben hat. Die Zustimmung zu einer Angriffs- oder Abwehrbewegung kann verweigert werden, wenn nicht mindestens zwei Drittel der in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind. Zugleich der an einem Streit oder einer Aussperrung Beteiligten übernimmt der Verband nur für solche Kollegen und Kolleginnen die Verpflichtung, die dem Verband angehören.

Zur Genossenschaftsfrage wird diese Resolution abgelehnt:

„Der Verbandstag erachtet in der Genossenschaftsbewegung ein wichtiges Kampfmittel in der Arbeiterbewegung, er verpflichtet daher die einzelnen Filialen, dahin zu wirken, daß überall da, wo sich Konsum-Genossenschaften befinden, unsere Mitglieder derselben als Mitglieder beizutreten haben.“

Joseph, Frankfurt a. M. berichtet für die über die

Tariffrage

eingesehene Kommission. Diese schlägt folgende Resolution vor, die gegen eine Stimme angenommen wird:

Der zehnte ordentliche Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter erklärt sich mit den zwischen den beiden Hauptvorständen getroffenen Vereinbarungen vom 31. Januar und 21. November 1907 im allgemeinen einverstanden. beantragt jedoch bezüglich des zweiten Teiles der Resolution 1 vom 21. November 1907 eine Abänderung in folgender Fassung: Die gekündigte Partei hat die Verpflichtung, ihre Gegenvorschläge innerhalb 4 Wochen nach erfolgter Kündigung aus ihrerseits einzureichen (bei Voraussetzung einer dreimonatlichen Kündigung) oder auf Grundlage des bereits vorliegenden Tarifentwurfs zu unterhandeln. Des weiteren den Absatz 2 des Uebereinkommens dahin abzuändern, daß die Einberufung der Sitzung in der Regel in der darauffolgenden Woche stattzufinden hat. Der Verbandstag erklärt ferner, daß er die Uebernahme der bereits abgeschlossenen oder in nächster Zeit abzuschließenden Tarife durch die Hauptvorstände nicht prinzipiell verweigert, jedoch die Frage zurzeit noch nicht genügend geklärt erachtet. Andererseits sind die Delegierten der Auffassung, daß die jetzige Form der Tarifabschlüsse dieselbe Wirkung hat, weil die Zentralvorstände durch das getroffene Uebereinkommen in der Lage sind, für die Aufrechterhaltung und Durchführung der Tarifverträge mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten.

Für die

Unterstützungsvereinigungen

macht die hierfür eingesehene Kommission folgende Vorschläge, denen der Verbandstag zustimmt:

Reiseunterstützung: 1. Klasse 4 Pf. pro Kilometer, 2. Klasse 3 Pf. pro Kilometer, jedoch nur für höchstens 100 Kilometer. Die Gesamtsumme darf nach einjähriger Mitgliedschaft in der 1. Klasse 20 Mk., in der 2. Klasse 15 Mk. und nach zwei- und mehrjähriger Mitgliedschaft in der 1. Klasse 30 Mk. und in der 2. Klasse 24 Mk. in einer Periode nicht übersteigen.

An Unterstützung in Fällen der Erwerbsunfähigkeit beantragt die Kommission: Für männliche Mitglieder in der 1. Klasse den Unterstützungssatz pro Woche um 1 Mk. zu erhöhen, dagegen für die 2. Klasse die jetzigen Sätze zu belassen. Ferner für weibliche Mitglieder in der 1. Klasse die Unterstützungssätze pro Woche um 50 Pf. zu erhöhen und in der 2. Klasse die jetzigen Sätze ebenfalls zu belassen. Die Dauer der Bezugsberechtigung bleibt unverändert.

Die Streikunterstützung soll betragen: Für ledige männliche Mitglieder in der 1. Klasse 14 Mk., in der 2. Klasse 12 Mk.; für Verheiratete 1. Klasse 17 Mk., 2. Klasse 15 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. bis zum Höchstbetrage von 21 Mk. in der 1. Klasse und 19 Mk. in der 2. Klasse, für weibliche Mitglieder in der 1. Klasse 11 Mk., in der 2. Klasse 9 Mk. wöchentlich. Für Mitglieder, welche dem Verbands noch keine 6 Monate angehören, beträgt die Unterstützung für ledige männliche in der 1. Klasse 11 Mk., in der 2. Klasse 9 Mk.; für verheiratete in der 1. Klasse 13 Mk., in der 2. Klasse 11 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. bis zum Höchstbetrage in der 1. Klasse von 17 Mk. und in der 2. Klasse von 15 Mk. Für weibliche Mitglieder in der 1. Klasse 8,50 Mk. und in der 2. Klasse 7,50 Mk. Für Mitglieder, welche dem Verbands noch keine 6 Monate angehören, kann eine geringere Unterstützung gewährt werden.

Als Uebertretungsbedingungen werden festgesetzt: Der Uebertritt von der einen in die andere Beitragsklasse kann jederzeit erfolgen. Die Unterstützungssätze der höheren Klasse (1. Klasse) treten jedoch erst nach Ablauf von 52 Wochen vom Beginn der höheren Beitragszahlung an gerechnet in Kraft. Bei dem Uebertritt von der höheren in die niedere (2.) Klasse kommen die Unterstützungssätze der 2. Klasse gleichzeitig mit dem Uebertritt zur Anwendung.

Die neuen Bestimmungen des Statuts treten am 1. Januar 1909 in Kraft. Denjenigen Kollegen, die dann gleich in die höchste Beitragsklasse übertreten, wird bezüglich der Unterstützungssätze keine Karenzzeit angedröhnet.

Bei der Wahl des Vorstandes werden einstimmig Stühmer als erster, Mirus als zweiter Vorsitzender wiedergewählt. Heitmann, Berlin als Kassierer, Käming, der bisher Kassierer war, als Sekretär neugewählt und Sabath, Berlin als Redakteur wiedergewählt.

Der nächste Verbandstag findet 1910 in Hamburg statt. Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Vorsitzender Schäblich, Hamburg schließt ihn mit einem Hoch auf die Organisation.

Soziales.

Soziale Bilder aus dem Buchdruckgewerbe.

Man nimmt vielfach an, daß die Buchdrucker in Deutschland zu den beschafftesten Arbeitern zählen und daß ihr Berufsverhältnis mäßig wenig Unfallgefahren aufzuweisen habe. Der Bericht der Deutschen Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft pro 1907 widerlegt aber diese Ansicht.

Dem an sich sehr gut geschriebenen Bericht entnehmen wir folgendes:

Versichert waren 8916 Betriebe an 2282 Orten, gegen 6783 an 2287 Orten im Jahre 1906. 829 Betriebe wurden im Berichtsjahre neu aufgenommen und 145 gelöscht. In Konkurs geraten sind 85 Firmen.

Beschäftigt wurden in den versicherten Betrieben 122 571 Arbeiter, gegen 187 257 im Vorjahre.

Wichtig ein Zugang von 6723 Arbeitern. Die Berufsgenossenschaft ist jetzt in 12 Sektionen eingeteilt. Die Durchschnittslöhne der Versicherten betragen laut Bericht am 1. Januar 1908:

Sektion	I (Hannover)	II (Köln a. Rh.)	III (Frankfurt a. M.)	IV (Stuttgart)	V (München)	VI (Salle a. S.)	VII (Leipzig)	VIII (Berlin)	IX (Dresden)	X (Hamburg)	XI (Stettin)	XII (Posen)
mit	9399	20187	8313	14114	10499	10704	20649	25682	6212	7410	4904	4971
Versicherten	1038	1056	1131	1117	1061	977	1146	1394	911	1287	894	798

Während auf einen Betrieb in Sektion Berlin durchschnittlich 88,1 Personen entfallen, kommen in München durchschnittlich 18 und in Sektion Stettin gar nur 14,3 auf einen Betrieb. Den höchsten Durchschnittslohn zahlt man in der Sektion Berlin, den niedrigsten in Posen.

Der Bericht erwähnt entscheidend, daß der neue Lohnsatz für Buchdrucker nicht für alle Versicherten gelte, da ja auch Hilfsarbeiter usw. beschäftigt seien. Eine Erhöhung des Durchschnittslohnes habe aber stattgefunden gegen das Vorjahr mit 4,8-5 Proz. in Sektion IV, IX und I, während eine Steigerung von 6-7 Proz. in Sektion VII, V und VI stattgefunden habe.

Im Berichtsjahre wurden 2818 Unfälle gemeldet. Auf 1000 Versicherte kamen durchschnittlich 19,7 Unfälle. Bemerkenswert ist die Zahl der gemeldeten Unfälle im ständigen Wachstums sich befindende. Ferner: „Die Bemühungen der Arbeiterchaft und ihrer Berater, sowohl die unheimlichen Vorkommnisse im Betriebe als Unfälle zur Geltung wie auch Krankheitserscheinungen aller Art mit einem Unfälle in Zusammenhang zu bringen, veranlassen die Unternehmer häufig zu Melbungen, an welche früher nicht gedacht wurde“. Und das ist gut so, genügt aber als Erklärung der Steigerung der Unfallziffer nicht ganz. Ebenso falsch ist der Satz: „Insbesondere muß hervorgehoben werden, daß von den ärztlichen Sachverständigen immer mehr dazu übergegangen wird, Leiden verschiedener Art wie namentlich Lungen- und Nervenleiden und Alterserscheinungen durch einen Unfall zu erklären.“ Das Gegenteil ist der Fall und sollte man diese Ausschreiberei doch lassen. Etwas näher kommt man der Wahrheit, wenn man den Arbeiterwechsel heranzieht. Im Bericht heißt es darüber: „Die Arbeiter wechseln ihre Stellen häufiger als früher, wo größere Geselligkeit und Anhänglichkeit an die einzelnen Betriebe ein besseres persönliches Verhältnis zum Arbeitgeber und ein längeres Verbleiben in einer Stellung mit sich brachte. Der jetzt öfter eintretende Wechsel erfordert neues Angewöhnen an andere Verhältnisse, an andere Maschinensysteme usw. und trägt zur Erhöhung der Unfallgefahren untreitig bei.“

Die Zahl der entschädigten neuen Unfälle betrug 428 und beträgt durchschnittlich auf 1000 Personen berechnet:

Jahre	an Maschinen	andere Unfälle	zusammen
1885-1890	1,3	0,25	1,55
1891-1895	1,43	0,42	1,85
1896-1900	1,79	0,55	2,34
1901-1905	1,86	0,84	2,70
1906-1907	1,90	1,14	3,04

Daß die Maschinenunfälle weniger zugenommen haben, als die anderen Unfälle, führt der Bericht auch darauf zurück, daß jetzt erstreckterweise neue Maschinen mit den Sicherheitsvorrichtungen geliefert werden. Dabei hätten auch die gerichtlichen Urteile mitgewirkt. Neuerdings habe erst wieder das Oberlandesgericht Stuttgart eine Maschinenfabrik der Berufsgenossenschaft zu Schadenersatz verpflichtet, weil die gelieferte Maschine ohne genügenden Unfallschutz geliefert sei. — Weiter wird berichtet: „Die wichtigsten Unfälle entfallen auf den Montag, die meisten auf den Sonnabend.“ Die Zahlen sind nach den letzten sechs Jahren zusammengestellt, wie folgt: Montag 327, Dienstag 373, Mittwoch 358, Donnerstag 340, Freitag 389, Sonnabend 424 Unfälle.

Von verschiedenen den Alkoholkonsum bekämpfenden Vereinigungen wird die Anzahl der Unfälle mit dem übermäßigen Alkoholgenuß in Verbindung gebracht. Es wird insbesondere behauptet, daß die Unfälle sich an denjenigen Tagen vermehren, welche den Sonn- und Festtagen und den Lohnzahlungen folgen. Für den Sonntag trifft dies bei unserer Berufs-genossenschaft jedenfalls nicht zu.

Die drei technischen Aufsichtsbeamten haben im Berichtsjahre nur 756 Betriebe besichtigt. Der Beamte des ersten Bezirkes erklärt ganz trocken: „Keine Besuche zeige ich vorher an und, wenn es sich machen läßt, auch den Besichtigungstag. Dieser Modus schafft größere Gehör, daß das Mitglied amessend ist und den Anordnungen sinngemäß entspricht.“ Das nennt man „unberufliche Revisionen“ und die Unternehmer sind „immer da“. Der Beamte sagt: „Jugendliche Personen werden vielfach an Regelbroschüren beschäftigt, die zu unseren gefährlichsten Maschinen zu rechnen sind.“ Und wie hält sich der Beamte? „Ich halte dann und wann Gelegenheit, auf den Unternehmern einzuwirken, daß er den Schwelger dieser Preise reduziere, wodurch die Unfallgefahr vermindert und hierbei proportional die Unfallgefahr ermäßigt wird.“ Mit solchen Versprechungen gibt sich der Beamte zufrieden. Der zweite führt die „große Mehrzahl der Unfälle auf Unvorsichtigkeit, offensibare Leichtsinn usw.“ zurück. Sehr bequeme Lösung der Frage.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, von 7 bis 9 Uhr Mittags, wochentags abends von 7 bis 9 Uhr Mittags, wochentags abends von 7 bis 9 Uhr Mittags, wochentags abends von 7 bis 9 Uhr Mittags, wochentags abends von 7 bis 9 Uhr Mittags.

Danzig. Sie könnten nur Beschlüsse und bei der Eltern-deputation ferner beantragen, einnehmen bis zur Entscheidung die Beitragszahlung zu unterlassen. Nach dem Beschluß kann ungeachtet eingetretener Beschlüsse und Beschlüsse die Steuer bestritten werden. Sie ist nachher eventuell zurückzahlen. — S. 110. Rein Anders steht es mit eingeschickten Briefen. — S. 500. Unigen Sie sich mit dem Schneider möglicherweise vor dem Termin, weil Sie in solchen Umständen beurteilt werden würden und durch den Termin erhebliche Kosten entstehen.

— S. 46. Eine Anrechnung des Vertrages würde kaum Aussicht auf Erfolg haben. Es sei denn, daß Sie bereit sind, Ihre Frau in Ihrem Haushalt wieder aufzunehmen und die Herstellung des ehelichen Lebens ernstlich fordern. — S. 111. Leider ja. — S. 56. Sie müßten schreien beim Gewerbegericht Ihren Lohn einfordern und daselbst Urteil beantragen. — S. 74. Respektieren Sie gegen die Aufforderung unter Angabe, daß Sie aus der Kirche ausgetreten sind. — S. 75. Der Gläubiger ist im Recht: eine ausgedehnte Forderung verfährt erst in 30 Jahren. Die Verjährungszeit läuft von jeder Forderung ab von neuem. — S. 81. Die Ansicht, daß man von einem Vertrage, Mietsverträge oder einem anderen Vertrage innerhalb einer gewissen Zeit (24 Stunden, 3 Tage usw.) zurücktreten könne, ist zwar weit verbreitet, aber durchaus falsch. Nach geschlossenem Vertrage kann man, wenn nicht besondere Umstände vorliegen, vom dem Vertrage nur mit Zustimmung des anderen zurücktreten. — S. 100. Die Forderung gegen Sie ist unberechtigt und anherdem verjährt. Lassen Sie es auf eine Klage ankommen. — S. 78. Sie würden nur Anspruch an die Verjährungskommission einlegen können. — S. 28. 1. Ja. 2. Nein: der ausgedehnte Unterhaltsbeitrag umfaßt den gesamten Unterhalt erforderlicher Beitrag. 3. Bürgerliches Gesetzbuch, §§ 1705-1718 und irgend ein Kommentar zu dem Bürgerlichen Gesetzbuch, den Sie in dem öffentlichen Bibliotheken einsehen können. — S. 1. Ja.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 25. August.
Anfang 7 Uhr.

Königl. Opernhaus. Hofopern.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Schauspielhaus. König Richard II.

Neues königl. Opernhaus. Aigoletto.

Deutsches. Rebea.
Kammerspiele. Dystkrate.
Anfang 8 Uhr.

Leitung. Der Raub der Sabinerinnen.

Neues. Der Dieb.
Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.

Kleines. 2x=5.
Romische Oper. Der Herrische. Die Frau Warrens Gewerbe.

Trianon. Brüderlein Jozette — meine Frau.

Wesen. Ein Walztraum.

Schiller. O. (Wagner-Theater.)
Alessandro Stradella. Hierauf: Die Hugenotten. (4. Akt.)

Schiller. Charlottenburg. Das Stiftungsfest.

Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Diebin.

Luffen. Sule.

Thalia. Ritterschmädchen.
Bernhard Noie. Das Geheimnis von New York.

Metropol. Das muß man seh'n.

Uyosko. Vera Violetta. Spezialitäten.

Gebrüder Herrnsfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachtleben.

Vollinge. Spezialitäten.

Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anfang 7 Uhr.

Carl Haberland. Spezialitäten.

Gustav Behrens. Die Goldenprinzessin. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Walhalla. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Hebbel-Theater
Königsgrüner Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten v. Bernard Shaw.
Mittwoch: Operette.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Dieb.
Mittwoch: Vaccarat.
Donnerstag: Der Dieb.

Kleines Theater.
Dienstag, den 25. August a.
Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walztraum.
Operette von Oscar Strauß.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in 3 Akten von G. Feytaud.
Deutsch von Wolf Jacoby.
Wagen und folgende Lager: Der Floh im Ohr.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Suse.
Täglich: Suse.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57

Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und
Restaurant: Militär-Konzert.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/6*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wechentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Friedrich-Wilhelmstädtisches
8 Uhr. Schauspielhaus. 8 Uhr.
Sommerpielzeit. Leitung v. G. W. W. W.
Dienstag, den 25. August 1908:
Ein Rabenvater.
Schwank in 3 Akten v. Barno u. Böcher.

Passage-Theater.
Heute zwei Vorstellungen.
Nachm. 3-7 Uhr (kleine Preise).
Abends 8-11 Uhr.

BELLINI
der König aller Gedankenleser
mit seinen noch nie gesehenen,
aus Unglaubliche grenzenden
Gedankenübertragungen =
Das großartige August-Programm!
Grete Gallus, Fritz Steidl usw. usw.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese
aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Metropol-Theater
Zum 340. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Hausen gefallt.

WINTER GARTEN
Eröffnungs-
Programm.

The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger
— Ephraim Thompson, dressierte
Elephanten — Okabo, Japaner-
Truppe — Die 5 Mowatts, Koulen-
Jongloure — Die 12 Tiller Girls,
Engl. Gesangs- u. Tanztruppe —
Cornalia und Eddo, Amerikanische
Excentrics — Der Zukunftspred,
Wettrennen m. lebenden Pferden.
Karl Hertz, Zauberkünstler.
Boyer 66 Lafory, französ. Skagorin.
Der Biograph.

Apollo Theater
9 1/2 8 Uhr: Die Attraktions-
Novitäten.

9 1/2
Vera Violetta.
Vandeville-Operette von Ch. Groler.
10 1/2: Graf Zeppelin auf seiner
großen Fahrt.
11 1/2 Uhr: Konzert im Theatergarten.

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und
Restaurant: Militär-Konzert.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/6*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wechentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

Schiller-Theater.

(Wagner-Theater.) **Worwitz-Oper.**
Dienstag, abends 8 Uhr:
Vorlesung
Gastspiel Heinrich Bötel.
Alessandro Stradella.
Romantische Oper in 3 Akten von
Fr. v. Flotow. Hierauf:
Die Hugenotten.
4. Akt. Von Giacomo Meyerbeer.
Rittwoch, abends 8 Uhr:
Populäre Vorstellung 5. halb. Preis:
Zum letztenmal:
Der Prophet.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Populäre Vorstellung 5. halb. Preis:
Zum letztenmal:
Die Zauberflöte.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Spezialitäten.
Anfang 4 1/2 Uhr

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rusticana und
die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonnt. 8. Wochent. 8 1/2 Uhr.

Folies-Caprice
Linienstr. 132 a. d. Friedrichstr.
Telephon Amt III 8050.
Sonnabend, den 29. August:
Premiere.

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Wieder-
Eröffnung
Sonnabend, den 29. August.
Billetvorverk. täglich von 10 1/2 bis
1 1/2 Uhr für die ersten 7 Vorstellungen.

Walhalla
Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Noues Progr. Dress. Elefanten.
Beliebigst. Sittierung-Theater.
Anf. d. Nacht 8 Uhr. Anfang des
Gartenfests. 7 Uhr. Kleine Preise.

W. Noacks Theater
Direktion: Rab. Ditt. Oranienstr. 10.
Letzte Woche!
Angeklagt!
Kriminalroman in 7 Bildern.
Wom. bedeut. Ermüd. Anfang des
Konzerts 7. der Vorstellung 8 Uhr.
Sonnabend: Königin Luise.

Brunnen-Theater
Badstraße 68. Direkt.: Will Voigt.
Täglich:
Der jüngste Leutnant.
Erstklassige Spezialitäten.
The Horas Kurt Elys
Paul Coradini. Mr. King and Miss Cooke
Büglers 8 wüde Königslöwen.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Mittwoch, 26. August: 40-jähriges
Sühnenjubiläum von Karl Bödel.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schöenhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Heute:
Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Riesen-Programm.
„Mit-Heidelberg die feine.“
Ab. 9 1/2 Uhr: Gaddio II, Todessturz.

Leihhaus
Gelegenheitskufe vorfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren
Ecke Ritterstr. Prinzenstr. 28

Achtung! Auf vielseitigen Wunsch!
Am Donnerstag, den 27. August,
von Weidendammerbrücke
der (Prinz Louis-Ferdinand-
Str., a. d. Friedrichstraße)
nach **Brandenburg a. d. Havel**
(Restaurant „Gehäuse“).
Abfahrt 7 1/2 Uhr morgens. Fahrpreis hin u. zurück 2 M., einloch 1,50.
Avis! Sonntag, den 30. August, 7 Uhr, u. Deuph! 15 Weidendammer-
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel. Amt 7, 580, 13459.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/6*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wechentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

Neue Welt
Hasenheide 108-114.
Gr. Bayerisches Kellerfest
Heute:
Prämierung
der ähnlichsten Zwillinge
nicht unter 18 Jahren.
3 Preise
60.—, 40.—, 20.— M.
Legitimationen sind mitzubringen.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Neu! Neu! Neu!
Die Goldenprinzessin.
Operette.
Wiederaufstreifen von Gustav Behrens
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Taschek. Kinetograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Bitte ausschneiden!
Vorzugsbillet!
Vitascope-Theater,
110 Invalidenstraße 110
gibt 700 Personen fassend, gültig
für 1-4 Personen
Mittw. 75 Pf. nur 50 Pf.
Dienst. 50 : : 30 :
Sonnt. 30 : : 20 :
Sonnabend, Sonntag ungenügend.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 36462*
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anork.
V. Prof. u. Aerat. empf. bill.
Apoth. S. Schweitzer's Fab.
hyg. Präp., Berlin O., Holz-
marktstr. 69-70. Preis gratis.

Mitesser,
Wiel im Gesicht und am Körper, Akten,
Blumen, Blüten, Sommerproben, Kan-
juden, Karneval, Quacksalber u. c. we
haben leicht gebrauchte **Jucker's Patent-**
Medizinische Seife, D. R. P. ärztlich em-
pfehlen und tadelndem bewährt. Preis 50 Pf.
(kleine Packung, 15 Pf.) und 1.50
(große Packung, 35 Pf.) von **stärkster**
Wirkung).

Wunderbare Erfolge,
zumal bei gleichzeitiger Anwendung von
Just 200. Creme, dem herrlichen und
ausgezeichneten Hautcreme. Preis 1 M. 2.-,
Probepack 75 Pf. sowie bei nach dem
gleichen Patent hergestellten, wasserlöslichen
mittelem **Just 200. Seife,** Preis 50 Pf.
(kleine Packung), und 1.50
(große Packung), werden jährlich
berühmt. Jeder, der bisher vergeblich hoffte,
mache einen Versuch. Für die erste Haut der
Haut verwendet die deutsche Kaiserin
Victoria **Just 200. Seife, D. R. P.** Preis
50 Pf. und **Winnmoor-Kinder-Creme,**
Preis 40 Pf., Zappelpack 75 Pf. bei
Seife, Creme und Seife für die feinste
Haut. **Roberval** zu haben. Wo nicht,
direkt Versand nach **Just 2. Jucker & Co.,**
Berlin, Teltowstr. 73.

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Sie erhalten
auf Kredit
ohne Anzahlung
wöchentlich 1.- Mark
Steppdecken, Portieren,
Tischdecken, Gardinen, Stores,
Kleiderstoffe, Uhren, Teppiche,
Bettvorleger, Wäsche,
auch
Herren- und Damen-Garderobe,
Betten u. einzelne Möbelstücke,
Kinder- und Sportwagen,
sowie
ganze Wohnungseinrichtungen.
Wilhelm Peters Nachf.
Rixdorf, Friedenstr. 18
zwischen Hermannplatz und
Görlitzer Bahnhof.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Dresdler
Johann Reichle
(8. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Rixdorfer Friedhofes (Marien-
borfer Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
236/10 **Der Vorstand.**

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Stad-
arbeiter
Johannes Reichle
am 22. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 25. August, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Rixdorfer Ge-
meinfriedhofes am Mariendorfer
Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
98/9 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband
der Steinsetzer (Pflasterer)
und Berufsgenossen Deutschlands.
Bezirk Spandau.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Kammer
Adolf Friedrich
am 21. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 25. August, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Rixdorfer Friedhofes
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
175/17 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der
Schmiede Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß Freitag, den 21. August, der
Kollege
Rudolf Lässig
im Alter von 29 Jahren an
Lungenentzündung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 25. August, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Rixdorfer Friedhofes
aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
176/13 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.
Sage allen Freunden, Bekannten
und Kollegen für die zahlreiche Be-
teiligung bei der Beerdigung meiner
lieben Frau sowie für die vielen
Krankenspenden, insbesondere den
Kollegen der Firma E. Gräber
meinen herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte 12006
Franz Berger, Rixdorfstr. 14.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Vaters, unseres guten
Vaters, sagen wir hierdurch allen
Bekanntem und Kollegen unseren
besten Dank.
186/7
Witwe Jakobowski und Kinder.

Dankfagung.
Sage allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den Kollegen der
Firma Biedl sowie den Mitgliedern
des Deutschen Metallarbeiter-Ver-
bandes, dem sozialdemokratischen
Volkverein Berlin VI und dem
Vorterrverein „Hoffnung“ für die
rege Beteiligung und die reichen
Krankenspenden bei der Beerdigung
meines lieben Vaters, unseres
guten Vaters unseren besten Dank.
Minna Kurth nebst Kinder.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters und unseres guten
Vaters sagen wir hiermit allen Ver-
wandten, Freunden, Kollegen und
Parteigenossen sowie dem Verband
der Drehtischlerer unseren besten
Dank.
12116
Johanna Lucas nebst Schönon.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme, sowie für die reichen
Krankenspenden bei der Beerdigung
und Beerdigung meines einzigen
Sohnes, des **Formers Ernst**
Schauer sage ich allen Freunden
und Bekannten, den Kollegen sowie
Kollegen und der Firma H. Borzig
meinen innigsten Dank.
12115
Die Mutter Anna Schauer.

Blumen- und Franzbinderei
von **Robert Meyer,**
an der Mariannen-Straße 2.

Partei-Angelegenheiten.

Häufiger Wahlkreis. Achtung! Die 2. Abteilung hält am Mittwoch, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, einen Extrazahlabend bei Borde, Neue Königstraße 7, ab. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Der Abteilungsführer.

Die Kreisversammlung der sozialdemokratischen Frauen des Kreises Zeltow-Weestow-Storlow-Charlottenburg findet heute in Tempelhof, Wilhelmshof, Berliner Straße 9, abends 8 1/2 Uhr, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Max Grünwald über die Frauenkonferenz und den Parteitag in Nürnberg und die Reorganisation der Frauen. Diskussion. Wahl der Delegierten.

Wilmersdorf. Dienstag, den 26. d. M., 8 1/2 Uhr, findet im „Luisenpark“ die Mitgliederversammlung des Wahlkreises statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Der bevorstehende Parteitag in Nürnberg“. Referent Genosse Ritter. 2. Bericht von drei Kreisgeneralversammlungen. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Schöneberg. Die Versammlung des Wahlkreises findet am Dienstag, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Neuen Rathausgassen, Reiner Straße 8, statt. Tagesordnung lautet: 1. Vortrag des Genossen Rosenstein über: „Alkoholismus und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie“. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Köpenick. Mittwoch, den 26. August, abends 8 Uhr, findet im P. Kurzner'schen Lokal, Paruther Straße 10, die ordentliche Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 4. Die Frauenfrage. 5. Verschiedenes.

Straßen. Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der „Perle“, Alt-Straßen 21.

Friedrichshagen. Den Genossen zur gefl. Kenntnis, daß die Bibliothek des Wahlkreises Mittwoch abend infolge des Lichtbildervortrages nur von 8-8 1/2 Uhr geöffnet ist. Nach dem Vortrag findet keine Ausgabe der Bücher statt. — Die Bibliothek befindet sich in dem vorderen Lokalraum.

Wieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Dienstag, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Paul Richter, Paffelwerder und Henn-Straßen-Ecke seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Vortrag der Genossen M. Thiel-Tempelhof. Es ist Pflicht der Genossen, ihre Frauen mit in die Versammlung zu bringen. Gäste haben Zutritt.

Reinickendorf-Or. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal des Genossen Hall, Hausdörferstr. 43, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlkreises statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kado: Die deutsche Revolution 1848/49. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten (Bericht von den Generalversammlungen von Wieder-Barnim und Groß-Berlin; Frauengeneration). 4. Ergänzungswahlen (Vorstand, Revisor und Vergütungs-Komitee). 5. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Die Verpachtung von Klosets ist nicht nur in Restaurants, Vergnügungslökalen, Theatern usw. üblich. Auch aus der Zentralmarkthalle I geht und geht die Frage zu, daß dort die Klosets zum Teil „verpachtet“ seien und nur gegen Zahlung einer Gebühr benutzt werden dürfen. In Restaurants usw. bringt die Klosettverpachtung den Lokalhabern einen recht hübschen Gewinn, für den sie nicht eine Hand zu rühren brauchen. Aber auch die Pächter, mit denen solche Lokalhaber in Verbindung treten, können zumeist einen nicht zu knappen Profit einladen, ohne hierfür eine nennenswerte Müheleistung leisten zu müssen. Denn in der Regel sind diese Pächter nur wucherische Ausbeuter, die die einzelnen Klosetts mit tüchtigem Aufschlag weiter verpachten an sogenannte Unterpächter und es diesen überlassen, die Klosetts zu reinigen und aus den Benutzern möglichst viele Trinkgelder herauszuholen. Im „S o r t i r s“ ist schon öfter gezeigt worden, daß Unterpächtern manchmal eine unerhörte hohe Pacht abgenommen wird, daß sie das die Klosetts benutzende Publikum beschleichen und artig zu bedienen haben, daß sie selber aus eigener Tasche alle erforderlichen Requiraten beschaffen müssen, und daß sie schließlich von den Benutzern die Trinkgelder, aus denen die Generalpächter samt den Lokalhabern ihren Profit beziehen, nicht mal direkt fordern dürfen. Nicht ganz so schimpflich ist das Pachtsystem, aber das uns aus der Zentralmarkthalle I berichtet wird, aber verwerflich genug ist auch das noch. Auch die Markthallenverwaltung hat, als sie die Idee kam, hier die Klosetts teilweise zu verpachten, sie nicht etwa an Personen verpachtet, die selber die Bedienung des Publikums übernehmen wollten. Auch sie ließ sich nur mit Leuten ein, die „so etwas nicht nötig haben“. Man sagt uns, in der Zentralmarkthalle I sei die Pachtung in Händen einer Unternehmung, die gleichfalls die dem Pächter auferlegte Reinigung des Klosetts durch andere Personen beorgen läßt. Ob auch diese Personen für die Erlaubnis, die Klosetts reinigen zu dürfen, selber noch eine Pacht zahlen müssen, wie das in Restaurants usw. üblich ist, oder ob sie eine Vergütung dafür erhalten und eventuell von wem diese bezahlt wird, das ist nicht so ganz klar. Es scheint jedoch, daß sie eine kleine Vergütung kriegen. Dafür wird dann aber in der Markthalle für die Benutzung der verpachteten Klosetts eine Gebühr gefordert, die unweigerlich gezahlt werden muß. Auch hier ist es also das Publikum, dem dreist zugemutet wird, die Kosten der Reinigung der Klosetts selber zu bezahlen. Die Markthallenverwaltung ist ja mit diesem Verfahren nur dem Beispiel der Eisenbahnverwaltung gefolgt; eigentlich sollte sie es aber für unter ihrer Würde halten, solche profitablen Praktiken nachzuahmen. Und wird übrigens versichert, daß es in der Markthalle mit der Zahlung der tarifmäßigen Benutzungsgebühren nicht mal immer abgetan sei. Das Bedienungspersonal, sagt man uns, zeige deutlich genug, daß doch noch auf Trinkgeld gewartet werde. Wenn diese Angaben zutreffen, so muß vermutet werden, daß die dem Personal gewährte Vergütung zu dürftig ist, um allein hiervon bestehen zu können. Wir möchten wirklich wissen, welchen Lohn die Pächterin zahlt. Interessant wäre es auch zu hören, wieviel von den eintreffenden Gebühren sie als Pacht an die Markthallenverwaltung abgibt. Oder braucht sie überhaupt nichts abzugeben und hat nur aus dem Gebührentrag das Personal zu bezahlen? In diesem Fall hätte die Markthalle aus dem Pachtverhältnis keinen baren Gewinn, aber zum mindesten eine Kostenersparnis. Auch das sollte sie nicht als ein ihrer würdiges Verfahren ansehen. Niemand sollte sie es für zulässig halten, den Standinhabern und dem tausenden Publikum die Kosten der Klosettreinigung aufzupacken. Es ist wahr, daß neben den verpachteten Klosetts noch andere vorhanden sind, die unentgeltlich benutzt werden dürfen. Aber diese anderen befinden sich oft in einem Zustand, daß kein Mensch sie benutzen kann. Wer hat dafür zu sorgen, daß auch sie regelmäßig gereinigt werden? Ist das der Pächterin als Pflicht mit auferlegt worden? Derselben Pächterin, die nur damit gedient sein kann, daß die anderen Klosetts recht fleißig benutzt werden und die Benutzungsgebühren recht reichlich fließen?

Fernsprechverkehr. Der Fernsprechverkehr Berlin ist heute auf folgende Orte ausgedehnt worden: Försterei Beutel, Försterei Krams, Grün, Hochwalde, Kreis Meseritz und Preddöhl. Sie liegen sämtlich im Reichstelegraphengebiet. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt im Verkehr mit Hochwalde und Preddöhl je 1 Mark, mit dem übrigen Osten je 50 Pfennig.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist wegen Bauarbeiten genötigt, verschiedene Linien zu verlegen. An der Ecke der Haupt- und Mühlenstraße in Schöneberg wird eine neue Kreuzungsanlage eingebaut. Um die Kreuzung in der Nacht vom Donnerstag, den 27. zum Freitag, den 28. August in der Zeit von 1 Uhr bis 5 Uhr früh betriebsfrei zu halten, werden in jener Nacht die nach 1 Uhr über diese Stelle gehenden Wagen abgelenkt. Bei Linie 56 Danziger Straße-Schöneberg geht der 12.15 von der Danziger Straße abgehende Wagen anstatt durch die Klazien- und Hauptstraße durch die Brunnenwald- und Martin-Luther-Straße bis zur Mühlen- und Hauptstraßenecke. Bei Linie 74 Kniprodestraße-Schöneberg verkehren die Wagen, die von 11.51 an von der Kniprodestraße abfahren, nur bis zur Ecke der Eisenacher und Hauptstraße. Bei Linie D Steglitz-Zoologischer Garten wird der Wagen ab Zoologischer Garten 12.42 von der Golzstraße durch die Brunnenwald-, Martin-Luther-, Koberger und Hauptstraße geführt. Bei Linie E Steglitz-Potsdamer Platz verkehren die Wagen, die von 12.49 aus Steglitz und 12.57 von der Linkestraße abfahren, über die Koberger, Martin-Luther-, Brunnenwald-, Kaiser-Friedrich- und Bahnstraße sowie umgekehrt.

Geistesranke Leichenschneider.

Auch Geistesranke müssen in den Irrenanstalten arbeiten. Es heißt zwar, daß kein eigentlicher Arbeitszwang besteht, und tatsächlich sieht auch niemand mit der Heppische hinter den Anstaltsinsassen. Aber so gewisse kleine Daumschrauben werden doch angezogen, um zur Arbeit wenigstens zu animieren. Die hohe Bedeutung der Beschäftigung gerade für Geistesranke wird sicher von keinem Vernünftigen unterzogen werden. In diesem Punkte liegt nach moderner wissenschaftlicher und richtiger Anschauung eines der wichtigsten Heilmomente. Bei der Auswahl der Beschäftigung muß natürlich nach individuellen Grundzügen, also nach dem Geschmack und der Anpassungsfähigkeit des einzelnen Kranken, verfahren werden. Im allgemeinen geschieht dies. Besondere Wünsche hierbei werden, soweit sich das aus der Art der Krankheit und der Anstaltsordnung verträglich, bereitwillig berücksichtigt. Manche Arbeitsstellen, beispielsweise die Kalkfaktorie des Irren- und Anstaltsbeamten, sind gewissermaßen Vertrauensposten und verschaffen den Kranken nicht unbedeutende Vorteile. Andererseits sind wiederholt Klagen laut geworden, daß Kranke mit Arbeiten beschäftigt werden, zu denen sie unter keinen Umständen hinzugezogen werden sollten. Hierzu gehört, wie der breiten Öffentlichkeit wohl kaum bekannt sein dürfte und vielfach Zweifeln begegnen wird, aber doch tatsächlich wahr ist, die Beschäftigung im Leichenhaule und Sezierkale. Offiziell gilt der Patient hier als Kalkfaktor des Leichenhändlers. Er soll lediglich Handlager- und Reinigungsdienste verrichten. In Wirklichkeit kommt er mit den Leichen in sehr nahe Berührung. Nicht bloß beim Transport und Anstellen der Leichen leistet der Kalkfaktor hilfreiche Hand, wogegen nicht allzuviel einzuwenden wäre. Er muß sie auch waschen und säubern. Ja, es wird uns als durchaus verbürgt mitgeteilt, daß besonders geschickte Kalkfaktoren, also doch in jedem Falle als geisteskrank geführte Personen, bei den Vorarbeiten zur wissenschaftlichen Sezierung, das heißt beim Öffnen der Bauchhöhle und des Schädels, mit Messer und Säge tätig sind. Insbesondere sind sie schon vor Jahren zum Öffnen der geöffneten Leichen betrautet worden. Ob das für Geistesranke, mag ihre Krankheit auch noch so leichter Natur sein, eine passende Beschäftigung ist, überlassen wir getrost dem Urteil aller Einsichtigen. Die psychiatrische Wissenschaft muß hier entschieden mit jeder Entschuldigung versagen.

Eine ausgedehnte Störung im Straßenbahnbetriebe fand am Sonntagmorgen im Westen Berlins und Charlottenburg statt. Infolge Plagens eines Dampflokbes im städtischen Elektrizitätswerk in Charlottenburg wurden sämtliche Speisepunkte desselben von 1.45 bis 2.25 Uhr nachmittags stromlos. Das Störungsgebiet erstreckte sich auf die Kaiserin Augusta-Allee und Huttenstraße, Kant-, Lauenzler-, Angsbürger-, Joachimshaler-, Manke-, Kettelsch- und einen Teil der Kürbiger Straße, sowie auf den Kurfürstendamm bis zur Brandenburgischen Straße. Die diese Straßenzüge passierenden Straßenbahnwagen wurden abgelenkt, bis es gelungen war, durch Zufällen von Speisepunkten benachbarter Zentralen die Störung zu beheben.

Ueber den Unfug evangelischer und katholischer Kirchengemeinden. Verlangen zur Zahlung von Kirchensteuern zu verlangen, die mit der beantragenden Gemeinde nichts zu tun haben, sei es, daß die Beantragten entweder seit Jahren aus der betreffenden Kirche amtsgemäß ausgeschieden sind oder daß sie der beantragenden Kirchengemeinde überhaupt nicht angehören, haben wir in letzter Zeit in zahlreichen Fällen berichten müssen. Fortgesetzt gehen uns neue Klagen über diesen Unfug zu, der sich schon zu einer öffentlichen Verurteilung ausgewachsen hat. Nicht uninteressant ist folgendes, was ein Leiter der „Vossischen Zeitung“ dieser schreibt: „Ich wohne seit acht Jahren in Berlin. Seit elf Jahren bin ich aus der Landeskirche ausgeschieden. „Dissident“. Niemals habe ich irgend welche Beteiligung seitens der kirchlichen Behörden erfahren. Da wird mir unterm 2. Dezember 1907 eine „Veranlagung zur Kirchensteuer und Zahlungsaufforderung“ zugestellt. Ich nahm an, daß es sich hier um einen Irrtum handele, der von selbst seine Erledigung finden werde. Aber am 8. Januar 1908 erhielt ich eine Mahnung mit der Androhung zwanngsmäßiger Beitreibung. Ich schrieb dem geschäftsführenden Ausschuss der Berliner Stadtkirche, von dem das ganze Verfahren ausgeht, daß ich einer seiner obrigkeitlichen Kompetenzen unterworfenen Religionsgesellschaften nicht angehöre und daß ich Erstattung der mir durch seinen schuldhaften Irrtum verursachten Auslagen usw. verlange. Als ich bis zum 26. März 1908 ohne Antwort geblieben war, richtete ich an den geschäftsführenden Ausschuss eine Erinnerung. Erst am 18. Juni antwortete der geschäftsführende Ausschuss, indem er von der Voraussetzung ausging, meine Veranlagung sei zu Recht erfolgt und meine Eingaben bedeuteten das „Rechtsmittel eines Einspruchs“, daß nun „als verspätet eingegangen“ zurückgewiesen wurde. Jetzt meldete ich mich am 1. Juli an das Konsistorium der Provinz Brandenburg Abteilung Berlin, von dem ich eine mich befriedigende Erledigung der Angelegenheit verlangte. Ich erklärte dabei, daß ich nötigenfalls beim Minister Schutz suchen würde gegen das merkwürdige Verhalten des geschäftsführenden Ausschusses und daß ich diesen für alle mit erwahrenden Nachteile verantwortlich machen würde, falls er seine Drohung, mit Zwangsmahregeln gegen mich vorzugehen, was bei der ihm vermittelten Kenntnis von dem Nehen jeden Rechtsgrundes zur Erhebung eines Einspruchs gegen mich nach meiner Ueberzeugung einem Mißbrauch der Amtsgewalt mindestens sehr ähnlich sehen würde, verwirklichen sollte.“ Als das Konsistorium mit der Antwort kämigen geworden war, trug ich am 12. Juli dem Minister die Angelegenheit vor. Dieser benachrichtigte mich am 17. Juli, daß er die Sache dem zuständigen Evangelischen Oberkirchenrat zur Erledigung überwiesen habe. Der Evangelische Oberkirchenrat erließ am 18. August den Bescheid, daß meine an das Konsistorium gerichtete Beschwerde „nach Anhörung des geschäftsführenden Ausschusses der Berliner Stadtkirche dem Herrn Polizeipräsidenten hierseits zur zuständigen Entscheidung vorgelegt worden ist, die zunächst abzuwarten sein wird“. Und dann heißt es: „Bei dieser Sach- und Rechtslage sind wir für ein materielles Eingreifen in die Angelegenheit nicht zuständig und haben auch hinsichtlich der

formellen Behandlung der Sache durch die kirchlichen Behörden von Aufschubwegen keine Veranlassung, die Verfügungen des geschäftsführenden Ausschusses der Berliner Stadtkirche und des Konsistoriums zu beanstanden.“ Mit dem Recht dürfte ich beanspruchen, daß der geschäftsführende Ausschuss den ihm unterlaufenen Irrtum anerkennen und entschuldigen würde. Statt dessen Schriftstück auf Schriftstück! Was soll der Polizeipräsident „entscheiden“? Und was ist das für eine „Entscheidung“, die „zunächst abzuwarten sein wird“? Was vom Polizeipräsidenten verlangt werden kann, ist doch nur eine Auskunft darüber, ob die Tatsache, daß ich Dissident bin, richtig ist. Aber zu dieser Auskunft ist der Polizeipräsident gar nicht in der Lage. Was er bekunden kann, ist nur, ob ich als Dissident polizeilich gemeldet bin. Ueber die Tatsächlichkeit meines Dissidententums kann nur das Amtsgericht Auskunft erteilen, vor dem ich vor elf Jahren meinen Austritt aus der Landeskirche erklärt habe, der mir bei dem vordienend geschiedenen prächtigen Verhalten der kirchlichen Behörden wahrlich nicht zum Leidwesen gereichen kann. Aber nützlich erscheint es mir auch für die Allgemeinheit, zu wissen, wie die den kirchlichen Behörden verliehenen staatlichen Hoheitsrechte von ihnen gehandhabt werden.“

Ehe tragödie unter Taubstummen. In der Sonntagmorgen hat sich in der Müllerstr. 129 ein Ehe drama unter Taubstummen abgespielt, das in engem Zusammenhang mit jener Tragödie steht, die sich, wie erinnerlich, vor einer Woche in der Fehmarstr. 17 zwischen dem Telegraphenarbeiter Franz Krautwurst und der Näherin Gertrud Münchberg zutrug. Der am 17. Mai 1871 zu Brühl, Kreis Jnowaglaw, geborene taubstumme Tischler Erich Firkau ist der Onkel der von Krautwurst erschossenen Gertrud Münchberg, der er sehr zugetan war. Firkau lebte mit seiner taubstummen Frau, der am 18. Februar 1874 geborenen Luise Firkau in gutem Einvernehmen, bis er vor zwei Monaten die Arbeit verlor und von dem Erlös, den die Frau aus Näharbeiten zog, ernährt werden mußte. Es entstanden oft Zwistigkeiten. Der Mann war seit der Verdringung des Liebespaars, das am Sonntagmorgen um 5 Uhr auf dem Lazareth-Firkahof in Reinickendorf eine gemeinsame Grabstätte fand, sehr ausgegert. Als die Ehefrau von der Verdringung heimkehrte, schloß er auf sie und verletzete sie am linken Oberarm. Unmittelbar darauf tötete sich Firkau durch einen Schuß in das Herz. Die Ehe war kinderlos.

Räuberüberfall in der Automobilstraße. Einen kühnen Raub vollführte der 20jährige Hausdiener Johann Kossak, der sich obdachlos in Berlin umtrieb. Als die Bureauvorsteherin Alice Gräy in einer offenen Autodrosche nach ihrer Wohnung in Charlottenburg fahren wollte, sprang auf dem großen Wege an der Rousseau-Insel im Tiergarten ein Mann von hinten in den Wagen hinein. Er rief die auf dem Sitz liegende Handtasche des Fräuleins an sich und floh. Auf das Hilfseschrei der Verurtheilten nahmen Passanten die Verfolgung des im Gebüsch verschwundenen Täters auf. Der Räuber wurde bald ergriffen und einem Schutzmann überliefert. Die Tasche enthielt 20 M. und mehrere Schlüssel. Als Entschuldigung für seine Tat gab Kossak Arbeitslosigkeit an. Er wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Unter abstürzenden Maschinenteilen begraben. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern morgen am Ollivaer Platz zutragen. Auf dem Neubau an der Ecke des Platzes und der Pariser Straße wurden schwere Maschinenteile transportiert. Durch ein verhängnisvolles Versehen kamen die Eisenteile plötzlich ins Wutschen und stürzten nieder. Unglücklicherweise kam der Arbeiter Konstantin Nabiski aus der Nehringstr. 17 unter die mehrere Zentner schweren Eisenteile zu liegen. Dem Bedauernswerten wurde der Rücken fast zerschmettert. Auch innere Verletzungen trug er davon. Nachdem er auf der Unfallstation 20 die ersten Notverbande erhalten hatte, wurde er in recht bedenklichem Zustande in das Krankenhaus Westend eingeliefert.

Eine fessame Ueberraschung am Hochzeitabend ward einem neu vermählten Paare zu teil. Der Kaufmann Georg E., der Sohn eines wohlhabenden hiesigen Kolonialwarenhandlers, feierte seine Vermählung mit einer Hausbesitzerstochter aus einem weltlichen Vororte. Die Trauung und das mit vielem Aufwand gefeierte Hochzeitsfest verliefen ohne jede Störung, nur fiel allgemein die gedrückte Stimmung des Brautpaars auf. Als aber das junge Paar die Gesellschaft verließ und sich in sein prächtig eingerichtetes Heim im Neuen Hansviertel begab, hörte seiner etwas ganz Unerwartetes. Als sie die Zimmertür aufschloffen, schallte ihnen ein rätselhaftes Gewimmer entgegen, das bald in ein veritables Kindergeschrei überging. Beim Scheine der rasch angezündeten Lampe entdeckten sie auf dem Bette ein etwa 1/2 Jahr altes Mädchen im Steckfisen. Bei dem Kinde lag ein an den jungen Ehepaar adressiertes Schreiben der Mutter des Säuglings, der er früher sehr nahegestanden. Um einen Skandal zu vermeiden, gefand er seiner jungen Frau alles und gab ihr das Verprechen, das Kind am folgenden Tage aus dem Hause zu entfernen und für seine Zukunft zu sorgen. Die verlassene Gelsche, die ihn in so origineller Weise an seine Pflichten erinnerte, hatte sich für die Angestellte eines Putzgeschäfts ausgegeben und das Kind in einem Karton als „Hochzeitsgeschenk“ eingeschmuggelt.

Dem Feuertode entronnen. In der vierten Morgenstunde des letzten Sonntags kam in der Markgrafenstraße 25 auf einem Hängeboden ein gefährlicher Brand zum Ausbruch, bei dem das Dienstmädchen Emma H. in Lebensgefahr geriet. Das Mädchen wurde durch ein starkes Knistern aus dem Schlafe geschreckt. Als es die Augen aufschlug, standen auf dem Hängeboden schon Kleidungsstücke und Wäsche in hellen Flammen. Auch das Bett, in dem es lag, hatte bereits Feuer gefangen. Trotzdem es sofort die Flucht ergriff, trug es doch noch schwere Brandwunden im Gesicht und an den Armen davon. Auf der Unfallstation in der Kronenstraße wurde die Unglückliche verbunden. Das Feuer konnte von der herbeigerufenen Feuerwehr bald erloscht werden.

Ein Dachstuhlbrand kam in der Körnerstraße 28 zum Ausbruch. Als Brandmeister Wende mit dem ersten Löscharbeitsantrieb, war das Feuer längst über seinen Herd hinaus. Es bedurfte daher längeren Wassergebens, um die Gefahr zu beseitigen. Ob in diesem Falle Brandstiftung vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Zweimal wurde die Feuerwehr außerdem nach der Brauerei Bögow in der Prenzlauer Allee gerufen. Es handelte sich jedesmal um Ausströmen von Ammoniak.

„Freiheit“, politisches Schauspiel in vier Aufzügen von Karl Vöttcher, wurde vom Luisen-Theater erworben, wo es bereits im Oktober zur Aufführung gelangt. „Freiheit“ ist das erste Stück von Vöttchers noch unter der Feder befindlichen Trilogie sozialer Dramen: „Freiheit“, „Gleichheit“, „Wahrheitlichkeit“.

Rennen in Spandau. Die Rennen am Sonntag erlitten durch eine etwas voreilige Maßnahme der Direktion unliebsame Verzögerung und erhebliche Einbuße. Angesichts des trüben Wetters und des schwachen Besuches sollten die Rennen erst ganz ausfallen. Nach 1 1/2 stündigem Warten entschloß man sich endlich zur Abhaltung der Rennen, doch mußten nun die Fliegerrennen ausfallen, da ein „Zweifundrenten“ vorgelesen war. Der Besuch hatte sich inzwischen verbessert und kamen die Zuschauer voll auf ihre Kosten. Der „Große Preis des Sportplatz Spandau“ (2000, 1800, 1600, 1400 und 1200 M.) sah Guignard, Robl, Didentmann, Rauch und Ergleben am Start. Der Franzose zieht mit der Führung von dannen, die er unangefochten das ganze Rennen hindurch behält und als einziger Gegner Robl vor sich hat, der ein brillantes Rennen lieferte; das Rennen bildete eigentlich ein Match Guignard-Robl. Nach hterren Angriffen des Franzosen auf den Dänener, die dieser aber jedesmal abweist, wird die erste Stunde beendet. Guignard 85,850 Kilometer, Robl 85,300 Kilometer. Erst in der nächsten dritten Minute gelangt es Guignard, seinen Gegner zu passieren.

In der 14. Minute wechselt Guignard seine Führung und nun nimmt Robl seinen Verlust zurück, geht in der 15. Minute an dem Franzosen vorbei und holt bis eine halbe Runde auf; dieser Abstand bleibt bis zum Schluss, da alle Anstrengungen Guignards vergeblich sind. Infolge des erbitterten Kampfes fallen vom 150 Kilometer die Weltrekord. Die übrigen Teilnehmer spielten keine Rolle. Rauf und Ergleben hielten sich sehr aktiv und fielen nur durch Rad- und Motordefekte weit zurück, während Didentman sich von allen willig überwinden ließ und nur dem Missetat der beiden anderen seinen dritten Platz verdankt. Resultat: 1. Guignard, 170,450 Kilometer; 2. Robl, 170,100 Kilometer; 3. Didentman, 153,200 Kilometer; 4. Ergleben, 134,600 Kilometer; 5. Rauf, 132,800 Kilometer.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 26. August, 7^{1/2} Uhr, veranstaltet der kgl. Musikdirektor Bernhard Jergang in der Sankt Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Hrn. Hilde Elger (Mit.), Herrn A. R. Garzen-Müller (Bass) und Herrn Konzertmeister Willi Dedert (Cello). Der Eintritt ist frei.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Ueber die Rixdorfer Schulzustände teilt uns einer unserer Leser seine dort gemachten Erfahrungen mit. Er schreibt: „Wer da glaubt, daß etwa in Rücksicht auf die in der Großstadt Rixdorf dominierende Arbeiterbevölkerung die hiesige Volksschule auf einem besonders guten Niveau stehe, der irrt ganz gewaltig. Ich wohne nun seit circa einem Jahre im besagten Rixdorf und habe während dieser Zeit bezüglich der Volksschule die sonderbarsten Wahrnehmungen machen müssen. Mein Junge im Alter von acht Jahren besucht die sechste Klasse einer Rixdorfer Gemeindegemeinschaft. Während der Zeit seines hiesigen Schulbesuches hat er Turnunterricht noch nie genossen. Meine Frage danach beantwortet er stets damit, die Turnhalle sei noch nicht fertig gestellt. Sie soll auch tatsächlich im Bau begriffen sein, wobei es recht sonderlich anmutet, daß die Vollendung des Baues gerade angesichts der heutigen wirtschaftlichen Misere auf sich warten läßt.“

In der Klasse werden weiterhin circa 64 Kinder unterrichtet. Es liegt klar zutage, daß der Lehrer eine so große Anzahl unmöglich in eingehender Weise sich einzeln vornehmen kann. Die Folge ist, daß die Kinder ein für ihr zartes Alter viel zu großes Pensum von Schularbeiten mit nach Hause bekommen in der Erwartung, daß die Eltern nachhelfen werden. Diese haben aber in den meisten Fällen dazu keine Zeit. Die Folge einer solchen Ueberbürdung ist aber, daß der Schulunterricht bei den Kindern weder Lust noch Freude, sondern eine leichtbegreifliche Mißstimmung auslöst. Da bringt so ein Kind alljährlich Schreien und Wehklagen — und nicht zu knapp — mit nach Hause, wozu auch sehr oft noch Leseaufgaben und diverse Gedichte zum Auswendiglernen kommen. Das ist aber viel zu viel des „Guten“ und bereitet geradezu den Kindern die Kern- und Jugendlust. Die Lehrer sollten doch endlich einen bescheidenen Anfang machen und sich wenigstens nach und nach den Ansprüchen der hervorragendsten Pädagogen anschließen, wonach häusliche Schularbeiten überhaupt vermieden werden sollten.

Über die heutige Schullustigkeit läßt das nun einmal nicht zu. Der Lehrer, dem die Aufgabe zufällt, seine kleinen Zöglinge bis zu einem bestimmten Abschnitte des Schulunterrichts zu bringen, kann das bei der viel zu großen Anzahl der seinem Unterricht unterstellten Kinder unmöglich in der Schule bewältigen, er muß trotzdem oft vielleicht das Unzulässige einer solchen Unterrichtsmethode einsehen, den Kindern noch eine stattliche Menge häuslicher Schularbeiten mit auf den Weg geben.

Weiter fällt mir in Rixdorf auf, daß Kinder von sieben bis acht Jahren auch schon, wie das in der Klasse, die mein Junge frequentiert, üblich ist, bereits im Sommer um 7 Uhr früh in der Schule antreten müssen. Geviß, Morgenstunden soll ja wohl nach der Theorie Gold im Munde haben. Hier aber ist das Kind, wenn es um 6 Uhr früh aufstehen muß, nicht genügend ausgeruht. Das Minimum, das einem solchen Kinde täglich an Schlaf zugemessen wäre, sind 10 Stunden. Ein Kind müht also, am anderen Tage frisch und ausgeruht in der Schule zu erscheinen, schon abends um acht Uhr ins Bett gebracht werden, was im Großstadtleben und speziell im Sommer als zu früh erscheint und von den Kindern als eine ungerochte Härte empfunden würde. Großstadtkinder gehen im Sommer eben in der Regel später zu Bett. Die Folge ist dann, daß sie unausgeruht und zum Teil noch verschlafen nach der Schule kommen. Glücklicherweise fällt ja noch in die erste Unterrichtsstunde fast stets der Religionsunterricht, so daß zu erwarten steht, daß das Kind, wenn es den entgangenen Schlaf schon mehr überwunden hat, den dann folgenden wichtigeren Unterrichtsstunden mit größerem Interesse folgen kann, das ja bei Religionsunterricht nicht so nötig erscheint.

Was mich aber noch besonders in Rixdorf frappiert hat, ist, daß die Schulklassen, der mein Junge angehört, in diesem Sommer auch nicht einen einzigen Schulausflug ins Freie unternommen hat! Schon im vorigen Jahre machte die Berliner Lehrerin mit den Kleinsten der Kleinen ihre, wenn auch bescheidenen, Schulausflüge. Ich führe das an, um der Evidenz, daß die Klasse, der mein Junge angehört, für Ausflüge etwa noch nicht „reif“ sei, die Spitze abzubrechen. Und welche Unsumme von Mühseligkeit liegt nicht in solchen Schulausflügen unserer Jugend in die schöne und freie Natur! Was könnten die Kinder durch einen dergestaltigen geübten Anschauungsunterricht nicht Großes profitieren! Aber der Anschauungsunterricht steht halt in Preußen als „revolutionär“ in schlimmen Geruch. . . .

Alles in allem: Die Schulzustände Rixdorfs sind, falls das, was ich innerhalb des knappen Jahres, das ich in dieser Großstadt domizilierte, wahrgenommen habe, allgemein zutreffen sollte, nichts weniger als gute und vorbildliche zu nennen. Aufgabe unserer sozialdemokratischen Stadtväter wird es sein müssen, in diese trotz ihrer immensen Wichtigkeit so vernachlässigte Materie einmal ganz energisch hineinzuleuchten!

Die Liste der stimmberechtigten Bürger liegt nur noch bis zum 30. August d. J. an den Wochentagen von donnerstags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr und am Sonntag von 8—10 Uhr vormittags im Rathause, Berlinerstr. 62/63, 1 Treppe rechts, zur Einsicht öffentlich aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste sind während der Dauer der Auslegung der letzteren beim Magistrat zu erheben.

Es ist dringend notwendig, daß ein jeder sich davon selbst überzeugt, ob er in der Liste steht und richtig eingetragen ist. Wer nicht in der Liste steht, kann nicht wählen. Wahlberechtigt ist derjenige, welcher das 24. Lebensjahr erreicht hat, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, ein Jahr am Orte wohnt und während dieser Zeit keine Armenunterstützung bezogen hat.

Weißensee.

Die Konzeptionsverlängerung der Großen Berliner wurde in der letzten Gemeindevorstellung einstimmig abgelehnt. — Das Bauprojekt der Oberrealschule hat nunmehr die Genehmigung der Vertretung gefunden. Das erste Projekt wurde der hohen Kosten wegen (800 000 M.) abgelehnt, das jetzt vorliegende soll 400 000 M. Kosten verursachen, pro Kubikmeter 20 M. — Nunmehr wird auch an den

Bau einer Volksschule im alten Ostteil herangegangen, allerdings erst nachdem die Regierung eine diesbezügliche Verfügung ergehen lassen mußte. Anfangs sollte erst ein Erweiterungsbau der alten Schule vorgenommen werden; nachdem der Bebauungsplan für den alten Ostteil vollständig geändert ist, erhält die Schule nunmehr ihren Platz an der verlängerten Großen Seestraße. Errichtet wird eine Doppelschule, zurzeit werden nur 19 Klassen gebaut und soll der Kostenaufwand rund 250 000 M. betragen, pro Kubikmeter 17 M. — Auf Grund des Volksschulunterhaltungsgesetzes verlangt die Regierung den formellen Beschluß, ob ein besonderer Schulhaushalt die Geschäfte der Schulkasse wahrnehmen soll, oder ob die Geschäfte der Schule auf den Gemeindegemeinschaft übernommen werden. Da der Schulhaushalt schon seit Jahren auf den Etat der Gemeinde übernommen worden ist, so wurde der formelle Beschluß gefaßt, es wie bisher zu belassen.

Friedrichshagen.

Die Gemeindevorstellung lehnte in ihrer letzten Sitzung die von den süddeutschen Städten ergangene Aufforderung, aus Gemeindegemeinschaften einen Beitrag für den Zeppelinfonds zu zahlen, einstimmig ab mit der Begründung, daß der dem Grafen Zeppelin erwachsene Verlust durch die öffentlichen Sammlungen hinreichend gedeckt und auch mit Sicherheit anzunehmen sei, daß seitens des Reichs die vom Reichstage bewilligte Summe ausgezahlt wird. — Der vom Landrat vorgelegene Abänderung des Statuts bezüglich der Dienstverhältnisse der Gemeindegemeinschaften und der Festsetzung der Tagesgelder bei Dienststellen wurde zugestimmt. — Die von der Aufsichtbehörde gewünschte Revision der Gemeindegemeinschaft durch Provinzialbeamte wurde von dem Gemeindevorsteher und dem Vertreter Sonnenburg (Soz.) als ein Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde bezeichnet und die Ablehnung befristet. Die Vertretung beschloß einstimmig, die Revision der Gemeindegemeinschaft wie bisher durch die Klassenprüfungscommission in Gemeinschaft mit dem Gemeindevorstand vorzunehmen. — Der Vertrag mit dem Forsthaus wegen der Verpachtung von zwei Forstparzellen zu Spielplätzen zwischen Neu-Kamerun und der Eisenbahn für eine Jahrespacht von 10 M. fand einstimmige Annahme.

Ober-Schöneweide.

Mißglück. Die Konstituierung einer demokratischen Vereinigung für den hiesigen Ort sollte in einer am Freitag einberufenen öffentlichen Versammlung stattfinden. Ein Herr Ingenieur Dr. Freund hatte das Referat übernommen. Im Saale hatten sich ganze acht Personen eingefunden, wobei bemerkt werden muß, daß der hiesige Ort 19 000 Einwohner aufweist.

Wenn denken denn die Förderer dieser Parteigründung für sich zu gewinnen? Bei ehrlichen Bürgern wie Hausbesitzern, Geschäftleuten usw. Ideale zu vermuten, wie sie einem Demokraten eigen sein sollten, ist nämlich zu viel verlangt. Was Lehrer, Gemeindegemeinschaften und sonstige Angestellte anbelangt, so sind dieselben ja so unwürdiger Bevormundung unterworfen, daß sie sich den Luxus offener ehelicher Bestimmung gar nicht gestatten dürfen, wie sie neulich Herr Dr. Freilich in einer Versammlung von ihnen forderte.

Also mit der Demokratenvereinigung ist es hier nichts. — Schade um die Mühe einiger ehrlicher Idealisten.

Tegel.

Einen schweren Ergeß hat in der Nacht vom Donnerstag der Schumannweg im Hause Spandauer Straße 30 verübt. Er wohnt in dem betreffenden Hause und kam am Donnerstagabend nach 11 Uhr nach Hause. Schon auf der Straße soll M. Aufsehen erregt haben dadurch, daß er mehrere Male hinfiel und von Passanten aufgehoben werden mußte, wobei er seinen Helm verlor, den ihm ein Nachwächter später aufhob und ihm wieder aufsetzte. Im Hause Spandauer Straße angekommen, muß sich M. in der Höhe seiner Wohnung geirrt haben. Er wohnt drei Treppen, verurteilte aber auf dem zwei Treppen belegenen Korridor ein solches Geräusch, daß der Inhaber der Wohnung, ein Herr Weile, die Korridortür öffnete, um nachzusehen, was eigentlich los sei. Der in hohender Stellung stehende Schumann geriet außer sich und wollte durchaus in die Wohnung, die ihm gar nicht gehörte.

In seiner Wut ging der Schumann auf M. los und schlug ihn mit dem Schlüssel auf den Hinterkopf, daß letzterer heftig blutete. Damit nicht genug, drohte der Ordnungswächter zu schießen und schließlich führte er auch die Drohung aus. Der Schumann ging durch die Küchentür und trat ins Gefäß. Damit war der Schumann noch nicht zufrieden, sondern drohte weiter mit der Waffe. Inzwischen waren Hausbewohner nach Schulleuten um Hilfe gelaufen. Zwei Mann, die erschienen, waren kaum in der Lage, den wütenden Kollegen zu händigen; schließlich wurde er aber von ihnen gefesselt und dann nach seiner eine Treppe höher belegenen Wohnung gebracht. Das Vorkommnis dürfte jedenfalls noch die Berichte beschäftigen.

Mariendorf.

Die Bädermeister des Ortes beabsichtigen eine Bäderzentrale zu errichten. Das Projekt — 82 Landdrohbäder mit Nebenbauten in einem Fabrikgebäude zu errichten — fand bei einer in dieser Angelegenheit stattgefundenen Versammlung von 60 Bädermeistern allgemeinen Beifall. Es wird eine Firma beauftragt werden, die Kostenschätzungen und Rentabilität vorzulegen und soll der Vorstand der Bäderinnung dem Projekte näher treten.

Gerichts-Zeitung.

Unnatürliche Eltern.

Die Leidensgeschichte eines fünfjährigen Kindes, welches von der eigenen Mutter in der empörendsten Weise gequält und mißhandelt war, kam in einer Verhandlung zur Sprache, welche die 1. Strafkammer des Landgerichts II in einer längeren Sitzung beschäftigte. Wegen Körperverletzung mittels einer des Lebens gefährdenden Behandlung war die Frau Johanna Schulz und deren Ehemann, der Arbeiter Karl S. angeklagt. — Die beiden Angeklagten sind seit sieben Jahren verheiratet. Aus der Ehe gingen fünf Kinder hervor, das älteste Kind ist die im Jahre 1903 geborene Elfriede. Das Kind war im höchsten Grade rachitisch, so daß sie in der allgemeinen Entwicklung völlig zurückblieb. Aus diesem Grunde blieb das Mädchen der Mutter stets ein Dorn im Auge. Die Kleine wurde in der denkbar schlechtesten Weise behandelt, während es die übrigen Kinder gut hatten. Fast täglich hörten Hausbewohner aus der Wohnung der Schulz jämmerliches Kindergeschrei schallen. Es wurde beobachtet, daß Frau S. mit einem Ausklopper auf die kleine Elfriede einschlug. Ein anderes Mal wurde beobachtet, daß die rachitische Mutter die Kleine zu Boden warf und sie mit Füßen trat. Häufig wurde das Kind mit dem Kopf solange an den eisernen Rand der Kochmaschine gestossen, daß es halb bewusstlos zu Boden stürzte, nachdem es sich mehrere Jahre ausgesetzt haben hatte. Einmal schlug die Angeklagte solange auf das unglückliche Kind ein, bis ein hider Knüttel in Stücke brach. Zu einer Nachbarn äußerte die „Liebesvolle“ Mutter nach dieser Mißhandlung: „Wenn die Köhre doch erst tot wäre, dann beläme ich doch von der Victoria das Versicherungsgeld!“ Wiederholt wurde das Mädchen mit eiskaltem Wasser geduscht und durfte sich dann nicht erdrosseln. Wenn sich das Kind infolge seines Leidens beschwerte, so beschuldete die unnatürliche Mutter das Geschick des Mädchens in einer nicht wiederzugebenden Weise. In diesem Zustande mußte es dann längere Zeit ausharren. Das Nachtlager des Kindes bestand aus einem Bündel verfaultem Stroh, welches die von Maden durchsetzt war. Infolge dieser Behandlung blieb die kleine Elfriede soweit zurück, daß sie, obwohl sie schon 5 Jahre alt ist, noch nicht laufen kann. Leider wird zu spät wurde von Hausbewohnern Anzeige bei der Polizei erstattet. Das Kind wurde dem Waisenhause zugeführt, wo der ärztliche Leiter feststellte, daß der ganze Körper des Mädchens mit blutunterlaufenen blassen Schwielen bedeckt war. — Wegen die Eheleute Schulz wurde die vorliegende Anklage erhoben. Die

Chefrau S. bestritt, daß ihr zustehende Pächterrecht überschritten zu haben, der Ehemann behauptete, daß er, da er den ganzen Tag über auf seiner Arbeit gewesen sei, sich nicht um alles habe kümmern können. Die Beweisführung ergab jedoch, daß die Mißhandlungen auch des Abends und vielfach auch des Nachts in Gegenwart des Mannes stattgefunden hatten, ohne daß dieser dagegen eingeschritten war. Der Staatsanwalt hielt für beide Angeklagte mit Rücksicht auf die unternommenen und von einer beispiellosen Gefährlichkeit zeugenden Mißhandlungen eine exemplarische Strafe für angebracht, um ein abschreckendes Beispiel zu geben. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb gegen die Ehefrau S. auf 3 Jahre, gegen den Ehemann auf 1 Jahr Gefängnis. Das Urteil des Gerichts lautete gegen Frau Schulz auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis, gegen den Ehemann auf 3 Monate Gefängnis.

Ein Affordstreit.

Der Werkzeugmacher S. hatte Diamantbörsen zu einem Affordschuß von etwa 70 M. in Arbeit genommen. Er wurde jedoch vor Fertigstellung des Affords von der Firma Barch entlassen. Statt der benutzten Bank sollte er eine andere Bank weiterbenutzen, hatte das aber nicht getan, da diese ihm nicht so geeignet erschien. S. hatte etwa 18 M. auf den Afford erhalten. Durch Klage beim Berliner Gewerbegericht beanpruchte er den Rest des Affordpreises in Höhe von 52 M. In der Verhandlung vor der Kammer 5 wurde festgestellt, daß dem Kläger nur einmal gefagt worden war, er könne die Börsen auf einer anderen Bank fertigmachen. — Der Gerichtshof unter Vorsitz des Magistratsrats Böbling verurteilte die beklagte Firma zur Zahlung der Affordsumme von 52 M. und führte aus: Daß die Bank, die der Kläger zur Fertigstellung benutzen sollte, nicht so geeignet war, als die andere Bank, sei mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Darauf komme es aber hier nicht an. Entscheidend sei, daß der Kläger wegen einer einfachen Verletzung nach der Gewerbeordnung nicht entlassen werden konnte, sondern nur wegen einer beharrlichen Verweigerung der Arbeit bezw. der ihm aus dem Arbeitsvertrag zukommenden Verpflichtungen. Hier liegt nicht einmal eine willkürliche Verweigerung vor. Es müsse sich um eine vorsätzliche Verweigerung handeln, darum, daß der Arbeiter seine Verpflichtung lenne und sie doch nicht erfülle. Wenn der Arbeiter im Zweifel sei, wenn er befürchte, daß ihm die Arbeit entzogen werde, wie hier, dann liege eine Verweigerung in diesem Sinne nicht vor. Hier fehle aber auch das Merkmal der beharrlichen Verweigerung, die erst einen Entlassungsgrund abgibt. Die beharrliche Verweigerung setze eine längere Dauer der Verweigerung voraus oder einen wiederholten vergeblichen Versuch, den Arbeiter davon abzubringen. Davon sei hier keine Rede. Es liege kein Grund zur Entlassung vor. Ein solcher würde auch dann nicht vorliegen, wenn der Kläger verpflichtet gewesen wäre, die andere Bank zu benutzen, und nicht gleich belangig, denn das hat er ja auf seine Kosten. Unter den obwaltenden Umständen müsse der ganze Affordschuß ausgezahlt werden.

Schieber-Trip. Der Restantier Paul Riethe, Koppenstraße 82, ersucht und mitzuteilen, daß er mit dem in Nr. 194 unter Schieber-Trip genannten Paul Riethe nicht identisch ist.

Vermischtes.

Gefunktener Dampfer. Aus Bergen wird unterm 23. August berichtet: Der Dampfer „Hofgefonten“, der Hardanger-Schifford-Ländischen Dampfergesellschaft gehörend, ist gestern Abend bei Staanevik auf Grund geraten und binnen drei Minuten gesunken. Es verlautet, daß 85 Passagiere an Bord gewesen seien, von denen 30 ertrunken sein sollen. Bis jetzt sind 15 Leichen geborgen, darunter 5 von der Besatzung.

Die Cholera in Rußland. Petersburg, 23. August. Nach einem amtlichen Bulletin sind in der Woche vom 14. bis 20. August 1145 Choleraerkrankungen mit 517 Todesfällen und seit dem 21. Juli, dem Ausbruch der Epidemie, 2024 Erkrankungen mit 900 Todesfällen vorgekommen.

Eine Freveltat. Nach weiteren von der „Agence Havas“ eingezogenen Ermittlungen ist die Meldung von der durch drei Italiener in einem Gehölz in der Nähe des Dorfes Rouvrou an der Frau eines angeblich deutschen Jollaufsehers begangenen Freveltat überliefert. Es handelt sich in Wirklichkeit um die Frau eines französischen Polizeibeamten, die von drei Italienern vergewaltigt wurde und infolgedessen vorzeitig niederkam. Personen, die unmittelbar darauf an den Tatort kamen, hatten wegen des eingetretenen Blutverlustes darauf bestanden, daß der Frau mit einem Messer der Leib aufgeschnitten worden sei. Die verhafteten Italiener gaben an, daß sie aus Rache gehandelt hätten.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin. Nach usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die nach während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitungen sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Wittlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend. Preise für Kalbfleisch und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr beschränkt, Geschäft sehr still, Preise bedeutend nachgebend. Geflügel: Zufuhr beschränkt, Geschäft schleppend, Preise abnehmend. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säbfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 24. August 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh. mm.)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (5-9 Uhr)	Stationen	Barometer (hoh. mm.)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (5-9 Uhr)
Stettin	756	W	2	Heiter	14	Darmstadt	755	NO	4	Wollig	5
Darmstadt	759	SE	4	Wollig	12	Petersburg	750	SE	3	Regen	14
Berlin	758	SE	8	Wollig	12	Wien	751	SE	3	Wollig	15
Frankfurt	763	SE	4	bedeckt	11	Berden	756	SE	1	bedeckt	11
München	765	SE	4	Regen	10	Paris	764	SE	4	Wollig	15
Wien	759	SE	5	Regen	17						

Wetterprognose für Dienstag, den 25. August 1908. Günstig, teilweise aufklarend, jedoch vorübergehend bewölkt mit Regenfällen und mäßigen Westwinden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 8.	am 22. 8.	Wasserstand	am 23. 8.	am 22. 8.
Remel, Tüft	150	+7	Saale, Brandau	86	-12
Regel, Jüterburg	-14	0	Saale, Gochau	30	-6
Beltsch, Thon	210	-23	Saale, Rathenow	34	+2
Oder, Rasthof	117	-7	Spree, Spremberg	—	—
• Krosen	110	-3	• Borsow	81	+1
• Krossen	121	0	• Borsow, Rindon	-34	0
• Krossen, Schirmitz	46	0	• Rindon	-8	0
• Krossen, Wandsdorf	20	0	• Rindon, Wandsdorf	394	-4
• Krossen, Wandsdorf	-13	+1	• Rindon	194	-6
• Krossen, Wandsdorf	-61	-53	• Rindon	203	+4
• Krossen	-175	-2	• Rindon, Wandsdorf	35	-6
• Krossen	70	-3	• Rindon, Wandsdorf	151	-9
• Krossen	82	-5	• Rindon, Wandsdorf	37	+3

) + bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel.

